Dienstag, 30. Oktober 1984 - D * * *

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 255 - 44. W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark [illegible] dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1200 L, Jugoslawien [illegible],00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Verteidigungsetat: Gegen starken Widerstand von Minister Wörner hat der Haushaltsausschuß des Bundestages die für 1985 geplanten Ausgaben von 49,3 Milliarden Mark um 251 Millionen gekürzt. Für alle großen Beschaffungen wurden zum Teil erhebliche Ausgabensperren verhängt.

Neonazis: Auf einem Bauernhof bei Schwerte hob die Polizei ein Waffen- und Sprengstofflager aus, das offensichtlich einer rechtsradikalen Wehrsportgruppe gehörte. Mehrere Personen wurden festgenommen.

Jugend-Forum: Die Jugend der achtziger Jahre ist weitgehend nicht mehr sicher, wofür sie sich anstrengen soll. Die „Integration durch Separation" funktioniert häufig nicht mehr. So lautete eine Diagnose auf dem „Forum Philippinum" der Universität Marburg. (S. 3)

Korea: Der kommunistische Norden hat sich zur Wiederaufnahme der seit elf Jahren unterbrochenen Rot-Kreuz-Gespräche mit Südkorea bereit erklärt. Dabei dürfte es zunächst um menschliche Erleichterungen wie Familienzusammenführung gehen.

Revirement: Nach seiner als sicher geltenden Wiederwahl zum Chef der Liberal-Demokratischen Partei am Mittwoch will Japans Ministerpräsident Nakasone sein Kabinett umbilden.

Großbritannien: In der Kontroverse über Kontakte zwischen den streikenden Bergarbeitern und Libyen hat der britische Gewerkschaftsdachverband Bergarbeiterführer Scargill eine Zusicherung abverlangt, keine Gelder von Libyen anzunehmen.

Nahost: Nach dem Überfall jüdischer Rechtsextremisten auf einen Bus zwischen Jerusalem und Bethlehem, bei dem ein Palästinenser getötet wurde, kam es gestern in Bethlehem zu Unruhen. Hunderte von Studenten verschanzten sich auf dem Universitätsgelände.

Bolivien: Trotz mangelnder Unterstützung will Präsident Siles Zuazo seinen vor fünf Tagen begonnenen Hungerstreik so lange fortsetzen, bis das Parlament seine Absicht fallen läßt, Zuazos Vorgehen gegen den Rauschgifthandel zu untersuchen. (S. 6)

Afghanistan: Zur Unterstützung des Atomphysikers Akbari, der wegen konterrevolutionärer Aktivitäten zum Tode verurteilt, bislang aber durch eine öffentliche Kampagne in England vor der Hinrichtung bewahrt wurde, sind jetzt Komitees in der Bundesrepublik, Belgien, Frankreich und der Schweiz geplant. (S. 6)

Hingerichtet: In der ostiranischen Stadt Sahedan wurden 33 Rauschgiftschmuggler, darunter 17 Afghanen, gehängt.

ZITAT DES TAGES



„Die wirtschaftliche Entwicklung im nächsten Jahr kann sich in einem weitgehend störungsfreien Umfeld vollziehen: niedrige Preissteigerungsrate, geringerer Anstieg der öffentlichen Ausgaben, normalisiertes Zinsniveau"

Helmut Geiger, Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, aus Anlaß des 60. Weltspartages (S. 11)
FOTO: RICHARD SCHULZE-VORBERG

WIRTSCHAFT

Rekordjahr: Der zivile Luftverkehr steuert auf ein Rekordjahr zu. In den ersten sechs Monaten stieg das Passagieraufkommen weltweit um acht und das Frachtaufkommen um 16 Prozent. (S. 11)

Privatisierung: Die türkische Regierung will ab 1985 insgesamt 263 Staatsunternehmen privatisieren.

Auslandsverschuldung: Im ersten Halbjahr '84 stiegen die Verbindlichungen Israels um 1,1 Milliarden auf die Rekordhöhe von 23,8 Milliarden Dollar. Das entspricht einer Pro-Kopf-Verschuldung von 5800 Dollar.

West-LB: Die französische Tochter Banque Franco-Allemande plant eine starke Geschäftsausweitung. Das Kapital soll von derzeit 88 Millionen Franc in den nächsten zwei bis drei Jahren um 240 Millionen Franc erhöht werden. (S. 13)

Börse: Auch zum Wochenbeginn lagen die deutschen Aktien unter Druck. WELT-Aktienindex 154,9 (156,6). Am Rentenmarkt mußten die Kurse ebenfalls weiter zurückgenommen werden. Dollar-Mittelkurs 3,0642 (3,0338) Mark. Goldpreis je Feinunze 335,80 (336,60) Dollar.

KULTUR

„Amadeus": Auch Hollywood hat sich jetzt mit all seiner Macht ins laufende Geschäft mit Peter Shaffers Mozart-Stück „Amadeus" geworfen. Entstanden ist (unter der Regie von Milos Foreman) eine billige Genie-Erklärung, über die den Mozart-Kundigen nur eines hinweg tröstet: die Musik. (S. 19)

Autoren: Zum vierten Mal innerhalb von zwei Jahren trafen sich ehemalige „DDR"-Autoren in der Bundesrepublik zum Erfahrungs- und Gedankenaustausch. Bewußt verzichtete man auf das Politisch-Spektakuläre vergangener Treffen; es wurde eine sachliche, nüchterne Arbeitswoche. (S. 19)

SPORT

Motorsport: Noch in dieser Woche wird der Waiblinger Grand-Prix-Fahrer Winkelhock den neuen Formel-1-Rennwagen von Zackspeed testen.

Fußball: Lothar Matthäus (Bayern München) wird vom DFB für seinen Platzverweis im Europapokalspiel gegen FK Moss nicht bestraft.

AUS ALLER WELT

Rauschgift: Marseiller Rauschgiftfahndern gelang der größte Fang, der je in Frankreich gemacht wurde: zehn Tonnen Haschisch im Wert von 64 Millionen Mark. Die Schmuggler konnten wegen einer Indiskretion entkommen. Eine Tageszeitung hatte die Polizei-Operation vorzeitig vermeldet. (S. 20)

Klinikum: Kein anderes deutsches Krankenhaus kann eine so beeindruckende Bilanz erfolgreicher Herzverpflanzungen aufweisen. Das Münchner Klinikum Großhadern feiert sein zehnjähriges Bestehen. (S. 20)

Wetter: Bewölkt, im Norden vereinzelt Regen. 10 bis 16 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Bonn will mehr Qualität und Wettbewerb an Hochschulen

Zustimmung zu neuem Rahmengesetz scheint gesichert / Differenzen über Details

PETER PHILIPPS, Bonn

Die Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland sollen endlich mehr Freiheit, aber auch mehr Raum für qualitätssteigernden Wettbewerb erhalten. Sie werden – immer den entsprechenden Gleichschritt der Landesregierungen vorausgesetzt – für bestimmte Studiengänge sich ihre Studenten selbst aussuchen können. Zu den entscheidenden Wegmarkierungen im neuen Hochschulrahmengesetz wird ein Zusatz im Paragraphen 10 gehören: „Mit Zustimmung der zuständigen Landesbehörden können die Hochschulen Studiengänge einrichten, zu denen Bewerber mit Hochschulzugangsberechtigung aufgrund einer Eignungsfeststellung der Hochschule zugelassen werden."

Bundesbildungsministerin Dorothee Wilms hat den Gesetzenwurf für die Novellierung des Hochschulrahmengesetzes (HRG) fertiggestellt. An der Verabschiedung durch Kabinett und Bundestag ist nicht zu zweifeln. Damit aber die Hochschulen die Chancen wahrnehmen können, die ihnen von dem Rahmengesetz geboten werden, müßten die Kultusminister der Länder auch bereit sein, die Freiheiten an die Universitäten weiterzugeben, heißt es im Hause Wilms.

Ebenfalls in Richtung Freiheit und Wettbewerb unter den Hochschulen weisen die Bestimmungen, daß hochbegabte Studenten von Pflichtveranstaltungen befreit werden können. Für sie sollen besondere Lehrveranstaltungen angeboten werden. Und die Aufstellung der Studienordnung wird künftig nicht mehr staatlicher bürokratischer Genehmigung unterliegen, sondern den „zuständigen staatlichen Stellen" nur noch „anzuzeigen" sein, von den Hochschulen in eigener Verantwortung vorgenommen werden.

Ein weiterer, wesentlicher Punkt betrifft den Freiraum für Drittmittel. Hier erfüllt die Novelle Forderungen, die seit langem von Wissenschafts- und Hochschulorganisationen an das Bildungsministerium herangetragen worden sind: „Die Mittel für Forschungsvorhaben, die ... in der Hochschule durchgeführt werden, sollen von der Hochschule verwaltet werden." Und Drittmittel dürfen „vom Land bei der Bemessung des Zuschußbedarfs der Hochschule nicht mindernd berücksichtigt werden".

Doch an diesem Punkt muß sich Frau Wilms auf Widerstand ihrer Länderkollegen, auch aus unionsregierten Ländern, einrichten. Hier wollen sie sich nicht ihren immer stärkeren Drang zum Föderalismus beschneiden. Doch trotz Differenzen in Einzelfragen haben die internen Abstimmungen ergeben, daß die Novelle nicht im Bundesrat scheitern wird.

Als Entlastungsmaßnahmen im Zeichen unabsehbarer Überlastung der Hochschulen ist die Wiedereinführung von sogenannten Diätprofessoren zu sehen, während zugleich die ursprünglich von den Experten („Knopp-Kommission") vorgeschlagene Abschaffung der C 2-Professuren nicht mehr vorgesehen ist. Dafür hat Frau Wilms den Vorschlag aufgegriffen, den Zustand der freischwebenden Assistenten zu beenden und Assistenten wieder Professoren und damit Dienstaufgaben zuzuordnen. Auch die immer wieder geforderte institutionalisierte Professoren-Mehrheit in den Gremien, die den Leiter der Universität – Präsident oder Rek-

● Fortsetzung Seite 16

Späth: Wahl zeigt Stabilität der CDU

In Baden-Württemberg schwere Verluste der Sozialdemokraten und Aufwind für die Grünen

xhk./DW. Stuttgart

Mit Erleichterung registrierte Ministerpräsident Lothar Späth die Tatsache, daß die baden-württembergische CDU bei den Gemeinderatswahlen trotz Verlusten in den meisten Städten die führende Kraft bleiben wird. Nach den Bonner Diskussionen um die Parteispenden-Affäre und den Rücktritt Rainer Barzels hatte die Stuttgarter CDU-Zentrale mit stärkeren Einbußen gerechnet. Späth, auch Landesvorsitzender der CDU, lobte deshalb die „Stabilität", die in dem Wahlergebnis für die Union zum Ausdruck gekommen sei. Dabei räumte er ein, daß die Grünen die „Gewinner der öffentlichen Stimmung" seien.

SPD-Landeschef Ulrich Lang, dessen Partei am stärksten verlor, sprach von „schweren Verlusten der Koalitionsparteien in Bonn" und meinte vor allem die FDP. Sie liege im Stammland der liberalen Partei erstmals unter fünf Prozent. In Stuttgart sackte sie von 9,6 auf 7,1 Prozent ab, in Heidelberg von 7,3 auf 2,5, in Ulm von 3,1 auf 2,3 Prozent.

In der Landeshauptstadt Stuttgart büßte die SPD acht Prozentpunkte der Stimmen ein. Hier konnten die Grünen ihren Anteil (und auch ihre Mandate) verdreifachen: von rund fünf auf 15,4 Prozent, von drei auf neun Mandate. Die SPD verliert fünf Sitze. Ein rot-grünes Bündnis ist nicht möglich, da der bürgerliche Block 34 Sitze haben wird. Die Union verlor in der Landeshauptstadt einen Prozentpunkt.

Die Grünen konnten im Durchschnitt eine Steigerung ihres bisherigen Stimmenanteils von rund acht Prozentpunkten verbuchen. Allerdings waren sie 1980 nur vereinzelt angetreten. Den größten Erfolg errangen sie in Tübingen, wo sie mit 20,9 Prozent nach der CDU (25 Prozent) vor der SPD (20 Prozent) zur zweitstärksten Kraft wurden. Zusammen mit der erstmals aufgetretenen „Freien Liste", die in gewisser Weise den Grünen ähnelt, können sie in Tübingen fast 32 Prozent der Stimmen für sich verbuchen. Bis auf wenige Ausnahmen erreichten die Grünen überall zweistellige Ergebnisse.

SEITE 4:
Potentieller Partner geschwächt

Die SPD kam landesweit deutlich unter die 30-Prozent-Marke, ihre Verluste betrugen nach den vorliegenden Berechnungen im Durchschnitt vier Prozentpunkte. Ihr Vorsitzender Lang erklärte dennoch, er warne vor „voreiligen Schlüssen aus Städteergebnissen". Denn 70 Prozent der Bevölkerung lebe in Gemeinden mit weniger als 20 000 Einwohnern.

Nur leichte Einbußen verzeichneten die in Baden-Württemberg starken Freien Wählervereinigungen (FWV). Möglicherweise kommen sie landesweit in die Nähe ihres letzten Ergebnisses von 18,3 Prozent.

Die FDP-Führung sieht in dem Ausgang der Wahlen „kein Bonner Ergebnis". Zur Begründung wurde auf das relativ gute Abschneiden der CDU und die Verluste der SPD hingewiesen. Auch das Abschneiden der FDP lasse keine Rückschlüsse auf die bundesweite Situation der Partei zu, weil in Süddeutschland die Freien Wählergemeinschaften starken Zulauf zu Lasten der Freien Demokraten erhalten hätten.

Jaruzelski warnt Gegner in der Partei

Popieluszko von Entführern in die Weichsel geworfen? / Bonn bleibt bei Genscher-Reise

DW. Warschau/Bonn

Angesichts des noch immer nicht aufgeklärten Falles Popieluszko und der Ungewißheit, in welchem Maße polnische Regierungsstellen in die Entführung des Priesters verwickelt sind, wird im Westen die Frage nach der Opportunität von offiziellen Besuchen in Warschau diskutiert. In Bonner Regierungskreisen hieß es gestern, Bundesaußenminister Genscher (FDP) werde, wie geplant, im November an die Weichsel reisen. Bonn wolle alle Möglichkeiten wahrnehmen, mit den Regierungen im Osten im Gespräch zu bleiben.

Man vermied es, eine direkte Bewertung der Rolle von General Jaruzelski vorzunehmen. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Hans-Jochen Vogel hatte, wie vor ihm der griechische Regierungschef Papandreou, den General als „polnischen Patrioten" bezeichnet.

In dem zum Abschluß seiner Beratungen veröffentlichten Kommuniqué verurteilte das polnische Zentralkomitee die Verschleppung Popieluszkos, verlangte strenge Bestrafung der Täter sowie ihrer Helfershelfer und forderte eine Untersuchung des Politbüros über die Zustände an der Basis. Das Politbüro wurde überdies beauftragt, „alle notwendigen Schritte zu unternehmen, um die Herrschaft des Rechtes zu sichern". Das Kommuniqué wurde von Beobachtern deshalb als Stärkung der Position Jaruzelskis bewertet. Mit auffallendem Nachdruck hatte Jaruzelski seinen Kurs vor dem ZK verteidigt.

Er warnte vor Nachgiebigkeit gegenüber den Gegnern, die ein Zeichen von Opportunismus und Kapitulantentum sei, aber auch vor den Dogmatikern, denen er „pseudoprinzipielle Kritik der Parteipolitik" vorwarf. Beobachter vermuten eventuelle Hintermänner der Entführer Popieluszkos im harten Parteiflügel.

Widersprüchliche Aussagen über den Verbleib der Leiche des vermutlich ermordeten polnischen Priesters Jerzy Popieluszko haben dessen Entführer gemacht. In einem vom polnischen Innenministerium herausgegebenen Kommuniqué heißt es, einer der Verantwortlichen für die Entführung habe gestanden, die Leiche am 19. Oktober bei Thorn in die Weichsel geworfen zu haben. Die anderen beiden Tatverdächtigen – alle drei sind Angestellte des Innenministeriums – erklärten dagegen, den Toten in ein Staubecken etwa 50 Kilometer von Thorn entfernt geworfen zu haben.

Bei den Tatverdächtigen handelt es sich um Hauptmann Gregor Piotrowski und die beiden Leutnante Waldemar Cielewski und Leszek Pekala. Piotrowski hat gestanden, den Priester umgebracht zu haben.

Seite 2: Wenn zwei eine Reise tun
Seite 3: Geheimpolizei und Politiker

Indische Wünsche an die Sowjets

DW. Neu-Delhi

Wachsende Spannungen zwischen Indien und Pakistan sowie den USA bilden den Hintergrund einer Reise nach Moskau, die der indische Verteidigungsminister S. B. Chavan heute antreten will. Dem Vernehmen nach will er über die Lieferung hochmoderner Panzer des Typs T-80, ferner von Raketen, Kampfhubschraubern, Radaranlagen und elektronischem Gerät für die Luftwaffe verhandeln.

Die indische Presse berichtet seit Wochen über Kämpfe mit pakistanischen Truppen in der umstrittenen Region Kaschmir, und Ministerpräsidentin Indira Gandhi hat wiederholt vor der Möglichkeit eines pakistanischen Angriffs gewarnt. Pakistan ist Empfänger einer auf fünf Jahre verteilten US-Militär- und Wirtschaftshilfe im Wert von 3,2 Milliarden Dollar (rund 9,6 Milliarden Mark). Es hat in den USA 40 moderne Düsenjäger des Typs F-16 und eine unbekannte Anzahl von Harpoon-Raketen für den Einsatz auf See bestellt.

Verschwörung in Sudan vereitelt

DW. Khartum

Eine von Libyen unterstützte Verschwörung in Sudan ist nach offiziellen Angaben vereitelt worden. Der Staatsrundfunk meldete gestern, „zahlreiche Verschwörer", die aus dem christlichen Süden des Landes stammten und angeblich die islamische Regierung von Präsident Numeiri stürzen wollten, seien verhaftet worden.

Die Putschpläne, die vorzeitig aufgedeckt werden konnten, sahen vor, daß eine Volkserhebung in Sudan provoziert und dann die Regierung abgesetzt werden sollte. Anschließend hätten die Verschwörer libysche und äthiopische Hilfe anfordern wollen, um angeblich „die Ordnung wiederherzustellen". Libyen habe die „Verräter" finanziert und versprochen, ihnen zur Unterstützung des Putsches Flugzeuge zu schicken.

Präsident Numeiri hat in seiner 15jährigen Amtszeit bisher mehr als 20 angebliche Putschversuche überstanden.

Kohlebehörde ruft Sprecher zurück

fu. London

Der Chef der staatlichen britischen Kohlebehörde, McGregor, hat den erst vor wenigen Tagen berufenen Michael Eaton aufgefordert, seine Aufgabe als Sprecher dieser Behörde nicht weiter wahrzunehmen. Eaton war eingesetzt worden, um das in den Verhandlungen mit der Bergleute-Gewerkschaft zur Beendigung des Kohle-Streiks angeschlagene Image der Kohlebehörde aufzupolieren.

In London heißt es, der Rückpfiff Eatons stehe in Zusammenhang mit den Enthüllungen über Kontakte zwischen Arthur Scargill, dem Führer der Bergarbeiter-Gewerkschaft, und dem Khadhafi-Regime, die in Großbritannien Empörung ausgelöst haben. Offensichtlich geht die Kohlebehörde davon aus, daß die Bergarbeiter-Gewerkschaft mit der Affäre ihre Verhandlungsposition geschwächt hat. Die Führung der britischen Gewerkschaftsbewegung hat die Kontakte verurteilt.

Seite 10: Scargills Kontakte

DER KOMMENTAR

Entlaubung

HERBERT KREMP

Der Südwesten Deutschlands ist etwas Besonderes, und Kommunalwahlen dort sind etwas ganz Besonderes. Wahlzettel von mehr als einem Meter Länge, an denen der Bürger über die Zeit von einigen Viertele zu Hause eingehend kumulieren und panaschieren kann – die Listen werden zugestellt –, verraten einen tüfteligen Sinn für Demokratie. Nicht jeder Volksstamm wäre zu einem derartig individuellen Wahlverfahren fähig.

Und nicht jeder prägt seine politischen Motive so farbig aus. Die Landesart ist aber nicht der Grund für die horrenden Zunahmen der Grünen, die in Tübingen sogar die Sozialdemokraten überrundeten. Sie ist auch nicht der Grund für die relative Stabilität der CDU und der bürgerlichen Freien Wählervereinigungen sowie für die hohen Verluste von SPD und FDP. Da kam zum Besonderen schon das Allgemeine: ein gewisser, nicht nur im Südweststaat auftretender Überdruß an den traditionellen Parteien und ihren „gelifteten" Gesichtern, wie der Abschwung der Wahlbeteiligung zeigt.

Da bei dem besonderen Wahlsystem die Feinausrechnung in der Regel Verluste für die großen Parteien erbringt, bieten die Stimmzettel aus den Großstädten nur ein vorläufiges Bild. Danach haben die Grünen die Roten kräftig entlaubt. Sie holten sicher auch von der CDU, hielten sich aber an das Nahestehende. Dies bestätigt – allerdings nur in diesem Falle – die Erwartung, daß Sozialdemokraten und Grüne sich brüderlich aneinander ernähren. Im Südweststaat wurde die SPD so geschwächt – in der Landeshauptstadt Stuttgart acht Prozentpunkte minus –, daß sie nur in wenigen Fällen in der Lage ist, sich von der gestärkten „neuen Kraft" in die Macht tolerieren zu lassen.

Unaufhaltsam offenbar der Verfall der FDP. Was ihr im Südwesten geschieht, geschieht am grünen Holze. Es bekommt dem Schwanz offenbar nicht, wenn er zu heftig mit dem Hund wackelt: Diese Erfahrung muß der Bonner Koalitionspartner Genscher seinen Leuten endlich vermitteln. Die traditionellen Parteien insgesamt sind eine Art Boatpeople. Auch die Sozialdemokraten dürfen nicht glauben, daß sie am Neckar gewinnen, wenn sie am Rhein „Haltet den Flick" schreien. Wenn jemand drin ist, sind sie mit drin. Bestätigt unter schwierigen Umständen sieht sich Lothar Späth, ein modern denkender und effizient arbeitender Ministerpräsident – bestätigt auch in seiner Christlich-Demokratischen Partei.

Rentenerhöhung soll bei 3,5 Prozent bleiben

PETER JENTSCH, Bonn

Die Bundesregierung will zum 1. Juli 1985 die Renten um 3,5 Prozent erhöhen. Da gleichzeitig der Krankenversicherungsbeitrag der Rentner um zwei Prozentpunkte steigen soll, bleibt den Rentnern nur eine Erhöhung um 1,27 Prozent. Das geht aus dem Rentenanpassungsgesetz hervor, das heute neben dem Rentenanpassungsbericht im Bundeskabinett beschlossen werden soll.

Bundesarbeitsminister Norbert Blüm hat sich damit Bestrebungen nach einer stärkeren Rentenerhöhung, die unter anderem Berlins Sozialsenator Ulf Fink gefordert hatte, widersetzt. Der Minister begründet seine Haltung mit der Finanzlage der Rentenversicherung, deren Verbesserung Vorrang haben müsse vor höheren Rentenanpassungen.

Der Rentenanpassungsbericht geht von den bisher auch den Etatplanungen zugrunde liegenden Zahlen aus, nach denen die Löhne mittelfristig um jährlich 4,6, die Zahl der Beschäftigten um 0,7 Prozent steigen werden. Das Bundesarbeitsministerium hält diese Zahlen jedoch für zu hoch und hat eine Lohnsteigerung von 3,5, einen Zuwachs der Beschäftigtenzahl um 0,2 Prozent pro Jahr zugrunde gelegt. Endgültige Annahmen über die mittelfristige Wirtschaftsentwicklung werden erst Mitte November nach den neuen Steuerschätzungen vorliegen.

Nach Mitteilung der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte hat sich die Schwankungsreserve Ende August auf 8,5 Milliarden Mark, das sind 1,54 Monatsausgaben, erhöht.

Vorruhestand bei den Banken ein „Renner"

DW. Hamburg

Bereits im ersten Monat nach Inkrafttreten der Vorruhestandsregelung im Bankenbereich haben sich rund 4000 Angestellte für eine „vorgezogene freiwillige Pensionierung" entschieden. Damit haben 40 Prozent der im ersten Jahr Anspruchsberechtigten von der neuen Regelung Gebrauch gemacht. Die DAG, die diese Zahlen gestern bekanntgab, hatte die Vereinbarung über einen Vorruhestand gegen den erklärten Widerstand der mitverhandelnden DGB-Gewerkschaft HBV abgeschlossen.

DAG-Verhandlungsführer Gerhard Renner wies weiter darauf hin, daß die Wiederbesetzungsquote bei rund 80 Prozent der vorzeitig freigemachten Arbeitsplätze liege. „Damit erweist sich die Vorruhestandsregelung im Bankenbereich als erfolgreiches arbeitspolitisches Instrument", unterstrich der Gewerkschafter. Der Tarifvertrag sieht eine materielle Ausstattung der Vorruhestandsleistung mit 80 beziehungsweise 75 Prozent des letzten Bruttomonatseinkommens vor. Die Beschäftigten können ohne Rücksicht auf betriebliche „Überforderungsklauseln" je nach Dauer ihrer Betriebszugehörigkeit ein beziehungsweise zwei Jahre vor dem frühesten Zeitpunkt des gesetzlichen Rentenbezuges aus dem Erwerbsleben ausscheiden.

Nach Renners Worten wird das Bankgewerbe mit rund 359 000 Beschäftigten bei den Tarifverhandlungen im kommenden Jahr die „Tarifführerschaft" im Bundesgebiet haben. Der Banken-Gehaltstarifvertrag ist zum 28. Februar 1985 kündbar.

Militär in Iran stärkt Position gegen Eiferer

Hoffnung auf Ende der Angriffstaktik mit Menschen-Ketten

rtr, Teheran

Der Wechsel in der iranischen Militärführung hat nach Einschätzung in diplomatischen Kreisen Teherans die Position der regulären Streitkräfte gegen die revolutionären Eiferer gestärkt. Das könnte auf ein Ende der weltweit verdammten Angriffstaktik der Menschen-Wellen hindeuten – und damit zugleich auf das Ende der Hoffnung auf einen raschen Sieg im Krieg gegen Irak.

Oberst Esmaeel Sohrabi (45), der neue Generalstabschef, hat sein taktisches Geschick 1979, kurz nach der Revolution, im Kampf gegen die aufständischen Kurden entwickeln können. Sein Vorgänger, Brigadegeneral Kassemali Sahir-Nedschad, wurde zu einem der beiden Vertreter des Revolutionsführers Ajatollah Ruhollah Khomeini im Obersten Verteidigungsrat ernannt. Der andere ist Parlamentspräsident Ali Akbar Haschemi Rafsandschani.

Platz zwei im Verteidigungsrat, einer Art Kriegskabinett, war drei Jahre lang unbesetzt gewesen – seit der damalige Verteidigungsminister Mustafa Tschamran an der Südfront im Granatwerferfeuer gefallen war. Daß der frühere Generalstabschef nun nachrückte, läßt darauf schließen, daß er der neue Verbindungsmann zu den Streitkräften sein und im Zusammenwirken mit Oberst Sohrabi deren Einfluß im Verteidigungsrat stärken soll.

Seine Berufung auf den vakanten Ratsposten geschah auf Kosten der Revolutionsgarde, einer Miliz, die in den vergangenen vier Kriegsjahren mit ihren Vorstellungen von Angriffstaktik mit dem Oberkommando überkreuz gelegen hat. Bei der erfolgreichen Offensive im vergangenen Februar an der Südfront wurden zwar mit der Taktik der Massenangriffe die ölreichen Madschnun-Inseln in den Sümpfen des Schatt el-Arab erobert, doch sei der Blutzoll so hoch gewesen, daß es die Berufssoldaten angewidert habe, heißt es unter Diplomaten in der iranischen Hauptstadt. „Es sieht so aus, als habe sich die Armee in diesem Punkt durchgesetzt und ihre politische Position gestärkt.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Wenn zwei eine Reise tun

Von Carl Gustaf Ströhm

Zwei Spitzenpolitiker der Bundesrepublik haben für den November Reisen nach Polen geplant. SPD-Fraktionschef Vogel will vom 7. bis 10. nach Warschau reisen. Bundesaußenminister Genscher soll ihm am 21. November folgen.

Nun ist gewiß nichts dagegen zu sagen, daß führende Bonner Köpfe sich im östlichen Europa umsehen und mit den dortigen Machthabern sprechen – auch wenn man den Enthusiasmus, mit dem sich der SPD-Fraktionsvorsitzende über den „polnischen Patrioten" Jaruzelski äußert, der „das Beste für sein Land zu erreichen bestrebt ist" (so Vogel in einem Zeitungsinterview), eher als sozialdemokratische Naivität und als Anbiedern empfinden mag.

Würde Vogel etwa, wenn er zu Mitterrand nach Paris oder zu Reagan in die USA führe, diese beiden als „französische" oder „amerikanische" Patrioten bezeichnen, die „das Beste für ihr Land wollen"? Hier wird eine gewisse Phrasenhaftigkeit mancher Politikersprüche offenbar – denn welcher Staatsmann will nicht „das Beste", so, wie er es halt versteht?

Doch davon abgesehen, tragen Reisen nach Warschau zum gegenwärtigen Zeitpunkt ein gewisses Risiko in sich. Da ist der Fall Popieluszko, der die Gemüter der Polen bewegt. Niemand weiß, wie sich die Affäre in den nächsten Wochen entwickeln wird. Niemand weiß, was noch aufgeklärt wird und was nicht – und zu welchen Reaktionen es in der Bevölkerung kommt. Kann man gerade im jetzigen Zeitpunkt mit dem polnischen Regime so umgehen, als wäre nichts geschehen und alles in bester Ordnung?

Es steht uns nicht zu, die Motive des Generals Jaruzelski zu bewerten. Ob er ein Patriot ist, können letztlich nicht deutsche Sozialdemokraten, sondern nur die Polen selber entscheiden. Wohl aber sollten Regierungs- und Oppositionspolitiker der Bundesrepublik sich davor hüten, ohne Not in unübersichtliche Situationen zu geraten. Ein Mann namens Helmut Schmidt kam mit einem blauen Auge davon, als er seinerzeit Lobeshymnen auf einen gewissen Edward Gierek anstimmte. Wenn Vogel und Genscher klug sind, schieben sie ihre Reise bis zu einem günstigeren Zeitpunkt auf.

Bedarf keiner Darlegung

Von Enno v. Loewenstern

Drei Tage lang auf brauner Heid', dann war sie aus, die schöne Zeit; in Celle steht ein festes Haus, mit der Blockiererei ist's aus – oder sagen wir: das Urteil des dortigen Oberlandesgerichts hat das Blockieren erheblich riskanter gemacht.

Es traf sieben Bauern aus dem Kreis Lüchow-Dannenberg, die drei Tage lang das Arbeits- und Gerätelager einer Celler Firma mit Traktoren verstellt hatten, die Probebohrungen im Gorlebener Salzstock vornahm. Aber die Begründung der Celler Richter, daß jede Begründung überflüssig sei, war so deutlich wie allgemeinverbindlich:

„Daß es im demokratischen Staat gegen rechtlich einwandfreie Entscheidungen parlamentarisch legitimierter Staatsorgane kein Widerstandsrecht gibt und daß diejenigen, die bestimmte energiewirtschaftliche Entwicklungen als lebensbedrohend empfinden, nicht berechtigt sind, diese Entwicklungen mit Gewalt zu bekämpfen und damit die staatliche Ordnung anzugreifen, ist selbstverständlich und bedarf keiner Darlegung."

Für viele Gerichte ist das leider nicht selbstverständlich. Man braucht nur an die Verwaltungsgerichte zu denken, die immer neue Genehmigungen für „Demonstrationen" gewähren, auch wenn es regelmäßig zu Blockaden und schlimmeren Gewalttätigkeiten kommt. Oder an jene Amtsrichter, die Blokkierer freisprechen, weil angeblich deren Demonstrationsrecht vorgeht.

Das Recht, zu demonstrieren, bleibt jedem Unzufriedenem in vollem Umfang unbenommen. Demonstrieren heißt, daß er seine Meinung zeigen kann, einzeln oder haufenweise. Die Nötigung dagegen geht über das bloße Bekunden einer Meinung hinaus; sie dient dem Zweck, den anderen, Andersdenkenden, einzuschüchtern oder gar konkret zu behindern. Hätten unsere Gerichte sich immer und überall so klar zum Rechtsstaat bekannt, gegen den es kein Widerstandsrecht gibt und gegen den es keinen gewalttätigen Kampf geben kann, so wäre uns manch heißer Herbst und manche Frage nach der Gegenwärtigkeit Weimars erspart geblieben.

Ein Präsident hungert

Von Günter Friedländer

Bolivien hat im Verlauf der 159 Jahre seiner Unabhängigkeit den traurigen Ruhm erworben, jede Schwierigkeit einer Regierung mit einem Staatsstreich zu beenden. Dem vom Unglück verfolgten Hernan Siles Zuazo ist dieser Ausweg verwehrt. Niemand ist bereit, seiner Regierung den Gnadenstoß zu versetzen. Vielleicht deshalb beschloß er, mit einem Hungerstreik, einer Art Attentat auf das eigene Leben, einen Staatsstreich gegen sich selbst zu unternehmen, statt zurückzutreten.

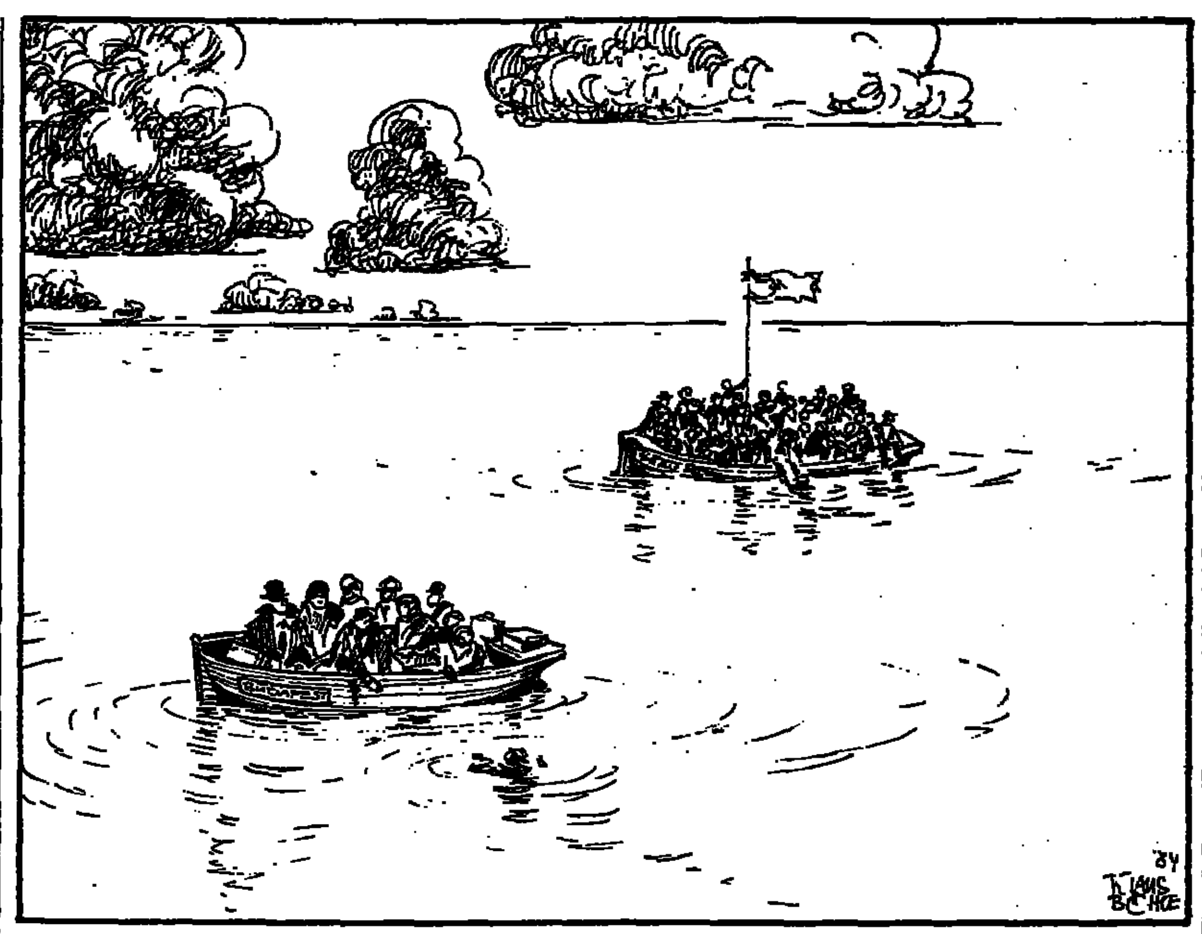
Es gibt genug Gründe für den Rücktritt: die Auflösung seiner Regierungskoalition, der völlige wirtschaftliche Zusammenbruch des Landes, das Auseinanderbrechen aller sozialen Strukturen. Die Lage komplizierte sich noch, als das Parlament Siles beschuldigte, aus persönlichen Gründen die Untersuchung des Rauschgifthandels zu verhindern.

Das wurde freilich in so vager Form gesagt, daß niemand weiß, ob man ihm vorwirft, selbst am Rauschgifthandel beteiligt zu sein. Wer Siles' politische Laufbahn während mehr als dreißig Jahren verfolgt hat, wird das nicht glauben können. Er galt nie als ein korrupter Politiker.

Der Hungerstreik hat Siles nicht geholfen. Man sieht ihn als ein billiges Manöver, eine neue Frist für seine Regierung zu erhandeln. Boliviens Bischofskonferenz tadelt das Attentat gegen das eigene Leben als unstatthaft. Die Presse beschuldigt Siles, Bolivien im Ausland lächerlich zu machen.

„El Diario", die älteste Zeitung in La Paz, schreibt: „Der Hungerstreik wird das bolivianische Volk kaum überzeugen." Und die populäre katholische Zeitung „Presencia" meint: „Die Absicht mag gesund sein ..., aber (der Hungerstreik) hat in unserem Land jede Glaubwürdigkeit verloren."

Immerhin fordert die Presse von den Anklägern des Präsidenten, ihre Vorwürfe klar zu formulieren und mit Beweisen zu erhärten. Und immerhin hat Siles' Theatralik ein unerwartetes positives Ergebnis erbracht: Die öffentliche Meinung erwartet den Rücktritt des Präsidenten als Teil eines demokratischen Prozesses, den das Land nicht aufgeben will.



Botschaftspeople KLAUS BÖHLE

Spanisches Dilemma

Von Rolf Görtz

Ein Wesenszug des Spaniers ist sein Hang zum Anarchismus. Und weil er das weiß, läßt sich der Bürger dieses Landes, einem weisen Rat des Sancho Pansa folgend, auf die Dauer nur von sehr energischen Menschen regieren. Die Nichtachtung dieser Regel – oder das Unvermögen, ihr zu genügen – brach denn auch dem ersten Ministerpräsidenten der jungen Demokratie, Adolfo Suarez, das politische Genick.

In dem Augenblick, in dem Suarez nach langer Agonie die Annäherung an die Sozialisten erkennen ließ – in diesem Augenblick hatte er das Vertrauen seiner Anhänger verloren. Ganz instinktiv wandten diese sich dem Stärkeren zu. So wählte die Hälfte der Spanier im Oktober 1982 Felipe Gonzalez. Aber nur ihn, den Chef, nicht seine Partei, die Sozialistische Arbeiterpartei Spaniens.

In seinem jüngsten Bericht zur Lage der Nation, mehr aber noch in den drei Tagen der darauffolgenden Debatte ließ Gonzalez erkennen, daß er sich der Risiken dieses Wählerverhaltens durchaus bewußt ist. Denn nicht die wachsende Unzufriedenheit der Beamten und Staatsangestellten muß er befürchten. Auch der Versuch, die Macht in der Justiz, im Schulwesen und auf den Universitäten zu übernehmen, ist nicht das, was ihm zum Nachteil ausschlägt – obwohl er bei den Studenten zusehend unbeliebter wird. Sein Hauptproblem ist die Wirtschaft.

Der Sozialist schwieg also vor dem Parlament; es sprach der Macher, der ebensogut der Chef einer anderen Partei sein könnte. Schließlich unterscheidet sich die Wirtschaftspolitik in ihrer monetären Zielsetzung in nichts von der einer konservativen Partei. „Ich habe geirrt", sagte der Ministerpräsident schlicht zu dem Vorwurf, daß er im Wahlkampf 800 000 neue Arbeitsplätze versprochen hatte, an der Regierung aber nicht verhindern konnte, daß die Arbeitslosenzahl weiter anstieg. Gonzalez erinnerte statt dessen an den Konjunkturzyklus, dessen Aufwärtstrend man behutsam fördern, nicht aber durch staatliche Willkür stören darf: die offene Anerkennung marktwirtschaftlicher Gesetze. Da hat er gelernt, wie Mitterrand in Frankreich gelernt hat.

Und das NATO-Referendum – als linker Wahlkämpfer hatte Gonzalez versprochen, es zu veranstalten. Praktisch plädierte er für den Wiederaustritt aus der Atlantischen Gemeinschaft, der die bürgerliche Regierung im Sommer 1982 gerade beigetreten war. Die Einsicht des Staatsmannes in der Verantwortung aber bewog ihn seither, die Mitgliedschaft in der NATO eher zu festigen – wenn auch mit dem vorrangigen Ziel der Eingliederung in die EG. Aber nun sprachen sich gerade mehr als die Hälfte der Spanier in einer Umfrage gegen den Eintritt aus; nur ein knappes Fünftel war dafür. Dabei spielt vor allem die Agitation des spanischen Fernsehens eine Rolle. Dort gibt eine kompromißlose Anti-NATO-Fronde den Ton an.

Eine „Elefantengrube" nannte Oppositionsführer Fraga Iribarne die Falle, die sich die sozialistische Regierungspartei selber stellte und aus der sie sich jetzt – mit Hilfe des Konsensus der bürgerlichen Parteien – zu befreien sucht. Denn auf den wichtigsten Gebieten ihrer Politik müssen die Sozialisten ihrer eigenen bisherigen Zielsetzung abschwören und den Weg ihrer konservativen Gegner gehen, wenn sie an der Macht bleiben wollen. Das betrifft die Wirtschaftspolitik ebenso wie die Außenpolitik.

In eben dieser Elefantengrube aber saßen bisher auch Fraga Iribarne und seine Volksallianz, die zwei Jahre hindurch nicht recht wußte, wie sie sich von der pragmatischen Politik der sozialistischen Regierung distanzieren könnten, die doch der ihren in vielen Punkten glich. Jetzt aber – das ergab die Debatte über den Bericht zur Lage – zeigte die Opposition ihre Alternative: wenn schon eine konservativ-fortschrittliche Politik, dann mit innerer Überzeugung.



Von der Alltagsnüchternheit eingeholt: Gonzalez FOTO: DPA

Von dieser Warte aus konnte Fraga Iribarne mit Hilfe von Zahlen der OECD nachweisen, daß es den Spaniern unter der derzeitigen Regierung schlechter geht als vorher. Tatsächlich führten die wenigen sozialistischen Ansätze, wie in der Justizreform, zu katastrophalen Mißerfolgen. Spanien steht an der Spitze der europäischen Liste bewaffneter Banküberfälle. Die zunehmende Unsicherheit auf den Straßen läßt viele Bürger am derzeitigen System zweifeln. Auch in der Drogenszene erreichte Spanien mit Gewaltverbrechen und Selbstmorden inzwischen Spitzenzahlen.

Es nützt Fragas Partei freilich nicht viel. Zwar kann sich zwischen der oppositionellen Volksallianz (gemäßigt rechts) und der regierenden Sozialistischen Partei (gemäßigt links) das Zentrum, vor allem der mit so viel Vorschußlorbeeren bedachte Chef einer künftigen Reformistenpartei, Miguel Roca, nicht profilieren. Der Katalane blieb als Sprecher dieser neuen Bewegung im Abstrakten hängen. Auch beim von den Sozialisten als künftiger Koalitionspartner hochgejubelten Adolfo Suarez ist trotz freundlicher Umfrageergebnisse kein Comeback erkennbar; noch immer sitzt er mit seinem Schwager als Zwei-Mann-Partei im Parlament.

Dennoch können die Verluste der Sozialisten nicht einfach der Volksallianz gutgeschrieben werden. Die Anzeichen wachsender Unzufriedenheit allen Parteien gegenüber mehren sich. Die soeben erfolgte Gründung einer Partei, die sich auf den nationalen Sozialismus des Falange-Gründers José Antonio Primo de Rivera besinnt, muß als ernstes Symptom gewertet werden. Hier äußern sich keine Putschisten, Faschisten oder Franquisten – diese Erklärung wäre zu billig. Hier manifestiert sich die Enttäuschung über das Risiko des neuen Bundesstaates mit seinen separatistischen Gefahren.

IM GESPRÄCH Die Kamilarows

Den Käfig verlassen

Von Ladislaus Hory

Warum dissidieren in Sowjeteuropa sogar Günstlinge und Stars des Regimes, die mit Auszeichnungen und Vergünstigungen überhäuft werden?

Professor Emil Kamilarow (56) und seine Ehefrau, die Sowjetrussin Dina Schneidermann, sind Bulgariens berühmteste Violinvirtuosen. Kein Künstler hatte bisher mehr Privilegien als sie. Dennoch ersuchten sie um politisches Asyl in Schweden.

Kamilarow graduierte 1949 am Staatlichen Konservatorium von Sofia. 1955 erwarb er seinen Doktortitel am Leningrader Konservatorium, wo er sofort als Lehrkraft engagiert wurde. Das bulgarische Staatliche Konservatorium bot ihm 1963 eine Professur an. Bereits 1951 gewann er in Ost-Berlin den zweiten Preis als Violinist anläßlich der Jugendfestspiele. Den ersten Preis gewann ebenda seine spätere Ehefrau. Dann folgten weitere Preise im Sowjetbereich. Im Westen ist man 1961 auf Kamilarow in Genua aufmerksam geworden, als er den ersten Preis der Paganini-Konkurrenz bekam. Dafür bedachte Bulgarien ihn 1962 mit dem „Dimitroff-Preis", im folgenden Jahr mit dem Titel „Verdienter Künstler", schließlich im Jahre 1978 ist er „Volkskünstler" geworden.

Dina Schneidermann stammt aus Odessa. Sie begann mit den Studien in Leningrad. In Moskau wurde David Oistrach auf sie aufmerksam und übernahm ihre Ausbildung. Durch Eheschließung Bulgarin geworden, bekam sie auch in der neuen Heimat eine Auszeichnung nach der anderen: Dimitroff-Preis 1964; Verdiente Künstlerin 1965 und Volkskünstlerin 1980. In Genf holte sie den ersten Preis im Jahre 1960. In Belgien gewann sie 1969 eine Goldmedaille mit ihrem Geigenspiel.

Das Ehepaar begründete das Bulgarische Kammerorchester 1964, mit dem es zahlreiche Auslandsgastspiele absolviert hat. So kamen die Kamilarows 1968 zum ersten Male nach Schweden. Sie haben dieses Land sofort als zweite Heimat ins Herz geschlossen. Professor Kamilarow trat als Solist mit mehreren schwedischen Orchestern auf und erteilte auch Unterricht; indessen bereiste seine Frau viele Länder als Solistin des Bulgarischen Kammerorchesters.



Wenn Stars um Asyl bitten: Die Kamilarows FOTO: DANA PRESS

Kamilarow blieb ein bescheidener Künstler und Musiklehrer. Er kümmerte sich herzlich wenig um die Politik, obwohl er in die KP eintrat – eher, um Ruhe zu haben. Er kannte keine sozialistische oder kapitalistische Musik, sondern nur gute und schlechte Musik. In einem Interview kritisierte er sogar indirekt manche Parteigrößen.

Für bulgarische Verhältnisse genossen die Kamilarows ungewöhnlich viel Freiheit. Sie konnten reisen, wann und wohin sie wollten; nach Belieben im Ausland, vor allem im geliebten Schweden, verweilen und viel verdienen. Daher war ihre Bewerbung um Asyl in Schweden eine Sensation. Kamilarow gab zu, daß sie in Sowjeteuropa die beste Ausbildung und zahlreiche Privilegien gehabt haben. Dennoch: „Wir befanden uns in einem Käfig. Und ein Käfig ist ein Käfig, wenn er auch vergoldet ist. Wir wollen als freie Musiker leben und arbeiten."

Nach eigener Darstellung werden sie materiell bescheidener versorgt sein als in Bulgarien. Dort waren sie „Stars", die jedermann kannte. In Schweden werden sie hingegen für die meisten Leute „bloß Ausländer sein, die wissen, wie man die Geige spielt".

DIE MEINUNG DER ANDEREN

BADISCHE ZEITUNG

Die Freiburger Zeitung schreibt zur „CDU-Offensive":

Politiker aller Parteien haben es schon immer als besonders klug empfunden, schwere Vorwürfe an ihre Adresse mit dem Gegenvorwurf zu kontern, hier werde eine Kampagne gestartet. Meist ist der Verantwortliche für derartiges Tun dann die jeweilige Opposition oder die Presse. Nach dem Rücktritt Rainer Barzels hat die Unionsführung jetzt wieder diese Parole ausgegeben. Quintessenz: Die Kampagne ziele „auf die Zerstörung unserer Demokratie". Das ist ein schweres Geschütz, ein Geschütz jedoch, das vermutlich keinen Treffer landen wird.

Süddeutsche Zeitung

Sie schreibt zur Aussage Brandts vor dem Flick-Ausschuß:

Wenn Brandt in Anspruch nimmt, der Vermerk „wg." in den sogenannten Diehl-Listen könne auch „gegen" heißen, muß das auch für andere Eintragungen gelten, solange für sie keine zusätzlichen Beweise beigebracht werden können. Das gleiche gilt für Brandts Bemerkung, es müsse sich bei Notizen des Flick-Managers Eberhard von Brauchitsch, die ihn in Zusammenhang mit dem Steuergeschenk für den Konzern brachten, um „Wichtigtuerei" handeln. Immerhin war „Flicks Mann" in der SPD Günter Markscheffel gewesen, ein Vertrauter Brandts und vormaliger persönlicher Referent des Bundespräsidenten Gustav Heinemann. So begrenzt die Möglichkeiten Markscheffels gewesen sein mögen, auf die SPD/FDP-Bundesregierung zugunsten des Hauses Flick einzuwirken – seine Spur führt jedenfalls näher an das Thema des Untersuchungsausschusses und des Prozesses gegen Otto Graf Lambsdorff heran als die Affäre Barzel.

BRAUNSCHWEIGER ZEITUNG

Sie kommentiert die SPD-Verteidigungspolitik:

Exkanzler Helmut Schmidt reist durch die Vereinigten Staaten und hält den Amerikanern haushaltspolitische Gardinenpredigten. Statt dessen sollte er eigentlich in der Heimat Flagge und Charakter zeigen und seiner eigenen Partei ein Warnlicht stecken, ehe diese ins verteidigungspolitische Aus abdriftet. Natürlich ist eine Opposition nicht verpflichtet, sich auf der Regierungslinie zu bewegen. Wenn sie aber das, was vor kurzem noch ihre eigene Regierungspolitik war, verleugnet, dann fragt man sich, ob ihre damaligen Bekenntnisse zu einer funktionierenden Verteidigung unwahrhaftig waren oder ob ihre jetzigen Verlautbarungen unverantwortlich ausfallen, weil sie keine Verantwortung zu tragen hat.

Mubaraks großer Plan: Eine Änderung der Resolution 242

Die Europäer sollen ihm und König Hussein den Weg bereiten / Von Jürgen Liminski

„Wir sind keine Araber, wir sind Ägypter", meint die Dame aus dem mittleren Management eines großen Betriebs in Kairo selbstbewußt. Sie heißt Ola und findet die Anschlußfrage nicht ungehörig. Mit einem Charme, der auch durch das dichte Make-up dringt, antwortet sie: „Nein, ich bin keine koptische Christin, ich bin Mohammedanerin."

Zu der Bemerkung Lord Cromers, vormals Vizekönig von Ägypten, der Islam „behindert die Entwicklung des logischen Denkens", sagt sie: „Das mögen die Europäer selber beurteilen" – und trifft damit ziemlich genau den Nagel auf den Kopf, an dem die heutige ägyptische Außen- und Nahost-Politik hängt. Denn mit dem Urteil der Europäer steht und fällt Kairos noch unvollendete Initiative zur Lösung des Nahost-Konflikts.

Präsident Mubarak, der heute in Bonn mit größerem Gefolge eintrifft, kommt nicht nur wegen deutscher Kernkraftwerke und Wirtschaftsstärke. Im Nebel der Andeutungen westlicher Diplomaten lassen sich skizzenhafte Konturen seiner Pläne ausmachen. Da ist zunächst die für Mubarak erfreuliche Erkenntnis, daß ohne Ägypten, aber auch ohne die USA eine neue Initiative nicht möglich ist. Sodann glaubt Kairo, daß das Problem PLO heißt, ohne zwischen Palästinensern und Terroristen zu unterscheiden. Und: daß der kürzeste Weg zu einer großen Lösung durch Europa führt.

Hier setzt Mubarak an. Frankreich, das an eigenen Plänen immer Gefallen findet, zieht mit. Für den französischen Außenminister Cheysson ist die PLO „notwendig" und sollte am Verhandlungstisch sitzen. Deshalb versuchen Ägypter und Franzosen, zunächst erst einmal die Resolution 242 (betreffend die Forderung nach Abzug der Israelis aus den 1967 besetzten Gebieten) des UN-Sicherheitsrats im Absatz 2 b dahingehend zu ändern, daß die PLO namentlich erwähnt wird. Territorial- und Siedlungsfragen würden sich dann ganz natürlich anschließen. Eine gemeinsame Haltung der Europäer soll Washington überzeugen. Zufällig trifft es sich, daß Mitterrand einen Tag vor Mubarak in Bonn mit dem Bundeskanzler spricht und eventuell die Gespräche Mubaraks vorbereitet. Mubaraks Visite in Bonn kommt daher einige Bedeutung zu. Die pro-arabischen Briten und Italiener sind für pro-palästinensische Initiative immer zu haben.

Auch in Bonn gibt es Überlegungen zu einer Änderung von 242. Schließlich kostet das nur politische Energie, kein Geld. Im Gegenteil. Es kann sogar etwas auf den arabischen Finanz- und Waffenmärkten herausspringen. Gelingt der Coup, darf sich Mubarak nicht nur als Führer der arabischen Sache feiern lassen, die in Nahost gern mit der palästinensischen gleichgesetzt wird, sondern auch als Führungsgestalt unter den neutralen und blockfreien Ländern. Denn die palästinensische Frage hat in diesem Kreis dank der westlichen Medien einen unverhältnismäßig hohen Stellenwert. Schlägt der Änderungsplan für 242 allerdings fehl, wird sich der Eindruck verfestigen, als könne jetzt nur noch auf einer internationalen Konferenz in Genf unter Beteiligung der Sowjets eine Lösung gefunden werden. Das gibt dem ägyptischen Bemühen das Flair des kleineren Übels, mithin mehr Schubkraft. Nur, der ägyptisch-jordanische Plan (Amman hält sich im Hintergrund, spielt aber eine Schlüsselrolle) hat mehrere Haken.

In Europa und in Kairo erhofft man sich von einem Labour-Premier in Israel mehr Kompromißbereitschaft. Daß Israel sich aber aus allen im Verteidigungskrieg 1967 unter Labour-Führung besetzten Gebieten zurückzieht, ist so unwahrscheinlich wie die Anerkennung Israels durch die PLO. Der zweite Haken ist die PLO selber. Arafat verfügt zwar noch über seine ganze Düsenmaschine, aber nur noch über die halbe PLO. Die andere Hälfte hat sich in Damaskus eingemietet. Auch wenn es Mitterrand gelingt, bei seinem Syrien-Besuch im November die syrische Führung wenigstens zu zustimmendem Schweigen zu überreden, ist das Repräsentationsproblem für die Palästinenser nicht aus der Welt. Spätestens dann muß der jordanische König Hussein in Aktion treten, wenn der Mubarak-Plan nicht vom schwarzen Loch der nahöstlichen Geschichte aufgesaugt werden soll.

Mubarak und König Hussein setzen ihre Hoffnungen auf die Europäer, die wiederum Washington, einmal von den Fesseln der Wahl entbunden, bewegen sollen, die Spitze des Geleitzugs zu übernehmen. Die Chancen stehen fünfzig zu fünfzig. Denn den Chefplanern in Kairo ist es immerhin gelungen, einen phantasievollen Cocktail aus Reagan-Plan, Fez-Plan und 242 (als Ingredienz aus Camp David) zu mixen. Andere sehen es so: Der noch unfertige Plan gleiche einer schmalen Brücke, die über [illegible] der Gegensätze in Nahost [illegible] und plötzlich über dem [illegible]

Wenn die Geheimpolizei den Politikern ins Ruder greift

Wie sicher kann sich ein kommunistisches Regime seines eigenen Sicherheitsapparates sein? Der Fall Popieluszko in Polen hat wieder eine Frage aufgeworfen, für die es im Osten schon oft Anlässe gab.

Von CARL G. STRÖHM

In den Geheimpolizeien aller Zeiten und Systeme gab es immer wieder Tendenzen einer gewissen Verselbständigung gegenüber den politischen Instanzen und Auftraggebern. Im Kommunismus, wo es eine *öffentliche Kontrolle des Geheimapparates* noch weniger geben kann als eine parlamentarische Kontrolle der Regierung, gab es bereits in der Vergangenheit mehrfach Versuche der Geheimpolizei, Politik auf eigene Faust zu machen.

In der sowjetischen Geschichte braucht man gar nicht weit zurückzu*sehen. Die Machtübernahme* des KGB-Chefs Andropow, der als erster Geheimpolizeichef in der Geschichte des Sowjetstaates zum Generalsekretär der Partei und zum Staatschef wurde, war auf ihre Weise gleichfalls ein Beweis für die Macht des geheimen Apparates. Allerdings – in früheren Jahren endeten viele sowjetische Geheimdienstchefs als Häftlinge und zum Tode Verurteilte hinter den gleichen Mauern, hinter denen sie zuvor „Regimefeinde" eingesperrt und umgebracht hatten.

Der Chef der sowjetischen GPU (Vorläufer des heutigen KGB), Heinrich Jagoda, wurde unter Stalin hingerichtet. Sein Nachfolger Jeschow wurde verhaftet und „liquidiert", nachdem er zuvor seinerseits Hunderttausende in die Lager oder gleich ins Jenseits befördert hatte. Nach Stalins Tod 1953 wurde der damalige sowjetische Sicherheitschef Berija durch eine Koalition von Militärs und Parteifunktionären seines Postens enthoben und sofort erschossen – angeblich, weil er, der mächtigste Polizeichef des sowjetischen Imperiums, seit Jahrzehnten ein englischer Spion gewesen war. In Wirklichkeit fürchteten die Parteifunktionäre, der Polizeichef werde den Terrorapparat, den er bereits zu Stalins Lebzeiten kommandierte, eines Tages gegen sie selber richten.

Die Begründung, welche die „Prawda" vom 10. Juli 1953 gegen Berija vorbrachte, erinnert in gewisser Weise an die jetzigen Erklärungen, *die das Jaruzelski-Regime* gegenüber dem eigenen Sicherheitsapparat ins Feld führt. Da war in der „Prawda" von „kriminellen Machenschaften" im Polizeiapparat und in der sowjetischen Staatssicherheit die Rede. Da hieß es, Berija und damit Teile des Sicherheitsapparates hätten ihre Aktivitäten „gegen die Partei und den Staat" *gerichtet*, ja sie hätten den Sicherheitsapparat – sprich: die Geheimpolizei – über die Partei und über den Staat gestellt.

Manches deutet darauf hin, daß der Aufstand vom 17. Juni 1953 in Ost-Berlin von Teilen des sowjetischen Geheimdienstes zumindest provoziert worden war – wenn er auch dann bald außer Kontrolle geriet. Intrigen des Geheimdienstes gab es auch in Polen: 1968 provozierte die Polizei eine antiintellektuelle und antisemitische „Reaktion". Bei den Unruhen der Ostseeküste 1970 gingen Sicherheitskräfte mit solcher Brutalität gegen die demonstrierenden Arbeiter vor, *daß es aussehen konnte*, als hätten sie es auf den Sturz und die Kompromittierung des damaligen Parteichefs Gomulka abgesehen.

Der klassische Fall eines Konfliktes zwischen einer kommunistischen Geheimpolizei und einer kommunistischen Partei- und Staatsführung trug sich 1966 in Jugoslawien zu. Dort wurde der Tito-Vertraute und Polizeichef Aleksander Rankovic überführt, nicht nur in den Wohnungen seiner Genossen aus der obersten Parteiführung, sondern sogar in Titos Schlafzimmer Mikrophone installiert zu haben. Das Ziel war klar: Rankovic wollte für den Fall des Ablebens von Tito der erste sein, der davon Kenntnis erhielt. Er hätte dann zu einer Zeit politisch handeln können, da seine Rivalen noch ahnungslos waren. Rankovic wurde abgesetzt und verschwand als Pensionist in der Versenkung.

Der jugoslawische Geheimpolizeiapparat machte schwere Erschütterungen durch. Damals brach ein ganzes Überwachungssystem zusammen. In Kroatien schrieben kommunistische Zeitungen offen, man habe Dossiers und Karteien entdeckt, in denen faktisch jeder erwachsene Bürger des Landes registriert und politisch qualifiziert worden sei. Es dauerte Jahre, bis sich der jugoslawische Polizeiapparat von diesem Schlag erholte. Die Liberalisierung in Kroatien und dann in Serbien am Ende der sechziger und zu Beginn der siebziger Jahre – sie wurde von Tito allerdings nach kurzer Dauer radikal rückgängig gemacht – dürfte zu einem guten Teil auf das politische Scheitern des Aleksander Rankovic zurückzuführen sein.

In all diesen Fällen ging es aber nicht um abstrakte Gerechtigkeit oder gar um die Menschenwürde. Es ging um Machtfragen. Nicht, daß der Geheimpolizeichef Mikrophone installierte, wurde ihm zum Verhängnis, sondern daß er seine eigenen Auftraggeber überwachen wollte. Meist führten auch Zufälle zur Aufdeckung solcher Machenschaften. Chruschtschow etwa ließ Berija verhaften, weil er und die anderen sowjetischen Parteiführer Angst hatten, Berija werde das gleiche mit ihnen tun, wenn man ihm nicht zuvorkomme.

Immer mußten aber die kommunistischen Führer, welche gegen ihre eigenen Sicherheitsapparate vorgingen, dabei eine Quadratur des Kreises vollbringen. Sie mußten einerseits der Geheimpolizei die Zähne ziehen, aber gleichzeitig dafür sorgen, daß der „Biß" gegen die sogenannten Konterrevolutionäre und Staatsfeinde nicht nachließ.

Folglich gingen die Kampagne und auch die Aufklärung der Öffentlichkeit nur bis zu einem gewissen Punkt – bis nämlich die „feindliche Clique" ausgeschaltet war. Dann setzte man seine eigenen Anhänger an die Schaltstellen. Die Existenz des Polizeistaates an sich wurde nicht in Frage gestellt.

Auch im Fall Popieluszko ist bis heute nicht klar, wer hinter der Affäre steht. Wäre es nämlich dem Fahrer des verschwundenen Geistlichen nicht gelungen, aus dem Entführungsauto zu flüchten – er ließ sich, da er nebenbei als „Stuntman" arbeitet, aus dem fahrenden Auto fallen –, so hätte es nie eine Spur gegeben. Popieluszko wäre samt Chauffeur vom Erdboden verschwunden und niemand hätte je etwas von einer Geheimpolizei-Affäre in diesem Zusammenhang gehört.

Ebenso wie im Falle der Papst-Attentäter führte also auch hier eine kleine Panne der Organisatoren zu sehr großen Wirkungen.



Das Gebet als Protest: Gläubige in der Kirche des wahrscheinlich ermordeten Priesters Popieluszko, St. Stanislaw Kostka in Warschau FOTO: AP

Protest '84 – statt Marx und Marcuse Musik und Theater

Zwei Tage lang trafen sich in Bremen Umweltschützer zu einer „Aktionskonferenz Nordsee". Arbeitskreise tagten, Ausstellungen wurden eröffnet, und es wurde getanzt und gesungen. Beginnen sich die Formen der „Aktionen" zu wandeln?

Von D. GURATZSCH

Unter den *großen alten Bäumen* vor der Bremer Kunsthalle steht eine riesige rote Skulptur aus Müll und Pappmaché. In den Händen hält sie einen Dreizack. Über ihre nackten Brüste spannen sich Transparente. Einige Passanten bleiben im Licht der Straßenlaternen stehen und buchstabieren die von Schatten *überhuschte Schrift*. „*Ihr* diskutiert, die Nordsee krepiert".

Im Innern glimmt ein Licht. Ein Mädchen und zwei Jungen lehnen ihre Fahrräder an die Riesendame und kriechen hinein. „Was machst du hier?" fragen sie den jungen Mann, der sich drinnen bei glimmender Funzel in einen Schlafsack rollt. „Ich passe auf, *daß* sie *nicht weggeschafft* wird." „Was ist das?" fragen die drei. „Ne Meerjungfrau oder so was," kommt es aus dem Schlafsack zurück, „für diese Nordseekonferenz, damit die nicht nur labern, sondern endlich was tun gegen den Dreck, der uns kaputtmacht." Die drei nicken, scheinen zu verstehen. Von der Konferenz wissen sie nichts. Als sie auf die Fahrräder steigen, sagt der eine: „Ganz schön irre." „Irre" ist ein Lob. Es ist ein Schlüsselwort der neuen Jugendbewegung. Die Selbstsicherheit der Vernünftigen soll erschüttert werden.

Der großen Nordsee-Anliegerkonferenz, die morgen in Bremen beginnt, trauen die Umweltverbände keinen Durchbruch zum Schutz der Nordsee vor Umweltgefahren zu. Sie hatten deshalb eine „Aktionskonferenz Nordsee" nach Bremen einberufen. Das Denkmal vor der Kunsthalle ist das Symbol ihres Protestes.

Protest? Das abgenutzte Wort aus *den 60er und 70er Jahren* hat sichtlich einen anderen Inhalt bekommen. In der Mensa der Hochschule für Technik, am Tagungsort der Aktionskonferenz, herrschte alles andere als revolutionäre Aufbruchstimmung. Keine roten Fahnen, keine Flugblätter, die zum Sturz der Gesellschaftsordnung aufrufen. Mao, Marcuse, Marx, *die Heroen der 68er Bewegung, sind* nicht mit einem einzigen Titel an den langen Öko-Büchertischen vertreten. Im Eingang liegen drei tote Enten – Opfer der Ölpest. Protest '84.

750 Teilnehmer aus allen Nordsee-Anliegerstaaten haben die Veranstalter gezählt, aber man sah fast nur Jugendliche von 16 bis 30 Jahren. Sie also repräsentierten die großen Umweltverbände, vom Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) bis zu Greenpeace Deutschland, aber auch die honorigen, alten „konservativen" Verbände wie den Deutschen Naturschutzring (drei Millionen Mitglieder), den Deutschen Bund für Vogelschutz, den World Wildlife Fund oder die Schutzgemeinschaft Deutsche Nordseeküste.

Zustande gekommen ist also eine riesige Allianz der Natur- und Umweltschützer wie beim Waldsterben, aber repräsentiert durch Menschen, die fast noch am Anfang des Berufslebens stehen. Trotzdem lobten die Veranstalter am Ende den „hohen Sachverstand", der in die 11 Arbeitsgruppen *eingebracht worden sei*.

Tatsächlich enthält das 16 Seiten lange Abschlußdokument eine Fülle konkreter, detailliert ausgearbeiteter Einzelvorschläge und -forderungen zur Rettung der Nordsee, gegliedert nach den Themen: Industrieansiedlung und Hafenentwicklung, Schadstoffproduktion und -vermeidung, Ressourcennutzung und -ausbeutung, Ökotoxikologie, Küstenschutz und Landgewinnung, Fremdenverkehr, Küstenfischerei, Vollzugsdefizite und Seerecht, Schiffahrt, Ölbekämpfung sowie Schutz der Küstenregionen. In einer „Bürgerversammlung" wollen die Umweltschützer das Papier morgen den Ministern überreichen, wenn diese sich in Bremens Goldenes Buch eintragen.

Statt mit riesigen Protestmärschen werben sie in Bremen mit zahlreichen Ausstellungen, Dia-Vorträgen, Filmen und einer „Fahrt ins Graue" für ihre Ziele. In der Hochschule für Technik haben die Bürgerinitiativen Informationstafeln aufgestellt. Neben traumhaften Watt- und Halligbildern, auf denen die unschuldig wirkenden weißen Sandbänke in einem azurblauen Dunst der Ferne verschwimmen, werden Bilder des Grauens gezeigt: Fische mit ballonartigen blutroten Geschwüren am Kopf (sie sollen heute schon gelegentlich ein Drittel des gesamten Fanges ausmachen), und dazu die Unterschrift: „Cuxhaven hat viele Gesichter – Fischerromantik mit einem Schuß Teer und Tang . . . , Quecksilber, Cadmium, halogenierten Kohlenwasserstoffen und vielem mehr".

Gewarnt wird vor einer neuen Demonstrationsanlage zur Kohleverflüssigung in der Unterelbe bei Cuxhaven, vor der Industrialisierung des Niedervielands bei Bremen („größte Naturzerstörung im Land Bremen seit 20 Jahren"), vor Großindustrie auf der Luneplate, vor Deponien für Millionen Kubikmeter Müll auf dem Hohe Weg Watt. Ein Transparent verkündet in eigenwilligem Deutsch: „*Dollarthafen – nein danke*. Gegen die Natur geht auch dein Leben zugrunde". Eine kleine Sonderschau „Wir fordern ein Verbot der Wattenjagd!" führt auch die primitiven Instrumente für „Störaktionen gegen Wattenjäger" vor: Scheinwerfer und Tuten.

Musik und Stehgreiftheater bedeuten den *Meeresschützern offenbar* mehr als Stinkbomben und Steinschleudern. Auf einem „Nordseefest" ist melancholische Musik zu hören mit Texten wie: „Unsere Heimat ist der Norden / wollen nicht mehr von hier gehen", und dem Refrain: „Was zerstört ist, heilt nie wieder, / was verloren, kehrt nie wieder."

Als ihrer 150 am Sonntag unter Blaulichtbegleitung zum Bremer Rathaus zogen, um am schönen Renaissance-Giebel ein Transparent „Die Nordsee muß leben" mit den Hauptforderungen anzubringen, wurden die Straßenbahnen umgeleitet und die Karussells auf dem Markt stellten die Musik ab. Die Bremer blickten freundlich und gelassen. Reden wurden nicht gehalten. Als sich das Tuch im Wind blähte, fragte ein Polizist: „Können wir jetzt ein wenig die Gleise freimachen?" Die Veranstalter nickten, die Schar verkrümelte sich.

Jugend zwischen Ablehnung und Mißtrauen

Die Jugend der achtziger Jahre scheint zum ersten Mal wieder – seit langem – nicht nur einen familiären, sondern auch einen grundsätzlichen politischen Konflikt mit den Erwachsenen auszutragen. Das Wort vom „Generationenkonflikt" ist immer schnell bei der Hand – aber ist es ein solcher?

Von PETER PHILIPPS

Ist „Jugend" eine Erfindung der Neuzeit, ein Produkt der Industrialisierung, vorgedacht von Rousseau, daß der Heranwachsende Zukunftsentwürfe erproben müsse, um von der Plattform des Erprobten aus dann in die Gesellschaft eintreten zu können? Oder ist es eine „Experimentierphase,die nur nicht jede Gesellschaft kennt beziehungsweise sich leisten kann"? Schon an diesem Punkt scheiden sich die Geister, begannen die Diskussionen des diesjährigen „Forum Philippinum" des Marburger Universitätsvereins.

Für Friedrich Tenbruck, Ordinarius aus Tübingen, lautet die Antwort: Die Auffassung, daß Jugend ein „*natürlicher Lebensabschnitt" sei, sei* eine „ebenso populäre wie falsche" Meinung, „herabgesunkenes und überständiges Kulturgut des vorigen Jahrhunderts". Damals habe man mit einer „Psychologie des Lebensalters" zu erklären versucht, daß dem Jugendalter „die Aufgabe der persönlichen Reifung und Bildung für das erwachsene Dasein" zufalle.

Wulf Schiefenhövel, Forscher am Max-Planck-Institut in Seewiesen und mit fünfjährigen Erfahrungen eines ethologischen Forschungsprojekts aus Papua-Neuguinea zurück, widersprach und bezeichnete Jugend als „ein Gefühl und eine Befindlichkeit im zentralen Nervensystem der Betroffenen". Es sei kein Zustand, der deshalb existiere, „weil sich einige Wissenschaftler kluge Gedanken gemacht haben". Es gebe ja in allen Kulturen „Flegeljahre und Einführungsriten". Sind Wilhelm Meisters Lehrjahre, der „Sturm und Drang" also nur eine Erfindung hochentwickelter Gesellschaften oder ein natürliches Phänomen?

Jugend und Gesellschaft – Realitätsbewältigung, Krisen und Auswege lautete das Thema des Forums, denn – so formulierte es der Vorsitzende des Universitätsvereins, Hoechst-Manager Hansgeorg Gareis – der akute „Mangel an Konsens zwischen Jungen und Alten ist in keinem Land so groß wie in unserem". Die in Marburg versammelten Wissen*schaftler versuchten, innerhalb* von drei Tagen den verschiedenen Aspekten auf die Spur zu kommen, „wie ein solches Verhältnis zu erklären ist" (Gareis). Zwei neue, bisher noch unveröffentlichte Umfragen sollten Hilfestellung geben.

Vor 30 Jahren wurde die erste Shell-Studie über die (west-)deutsche Jugend erstellt. Das Datum wurde zum Anlaß genommen, jetzt mit denselben Fragen die Jugend der achtziger Jahre zu konfrontieren, die Ergebnisse miteinander zu vergleichen und die damalige Jugend als heutige Erwachsene zu ihrem Verhältnis zur Jugend sowie zu ihren Erinnerungen an die eigene Jugend zu befragen.

Dabei stellte sich heraus, daß es heute einen „Jugendzentrismus" zu geben scheint, stärker als je zuvor. Werner Fuchs, *einer der Autoren der* Studie, sprach von „Ablehnung, Mißtrauen, ja Feindschaft gegenüber den Erwachsenen", die die Studie belege. Aber merkwürdigerweise gelte dies nur im allgemeinen, „im konkreten Verhältnis zu den Eltern haben wir dies nicht gefunden".

Zu den typischen Sprüchen der befragten Jugendlichen habe gehört: „In dieser Gesellschaft erlebst du eine Feindschaft, die dich total fertigmacht." Der Jugendzentrismus habe zugleich zu einer „pessimistischeren" Grundeinstellung geführt mit „deutlicher Abneigung gegen CDU/CSU und Präferenz für die Grünen".

Diesen Erkenntnissen steht, so die Shell-Studie, zugleich eine starke „Jugendfeindlichkeit" unter den Erwachsenen gegenüber: „Die ganzen Modeerscheinungen wie z. B. die Punker zeigen doch nur, daß es der Jugend zu gut geht." Es gebe heute also in der Bundesrepublik Deutschland „zwei Generationen, die wenig voneinander halten, sich auch in verächtlicher Distanz mit verschiedenen Lebensstrategien gegenüberstehen".

Für Fuchs heißt dies, daß es also keinen „eigentlichen Generationen-Konflikt" gibt. Es hat offensichtlich eher eine Verschiebung der persönlichen Prioritäten gegeben, an der die Reform des Bildungswesens einen entscheidenden Anteil hat.

In den fünfziger Jahren, der Aufbau-Phase, von denen die heute 45- bis 54jährigen geprägt wurden, entstand beispielsweise der „starke Wunsch nach Privatleben, wollte man keine Vermischung mehr mit der Politik" – sicher auch eine Folge der starken Politisierung aller Bereiche während des Dritten Reichs. In der damaligen Shell-Studie hatte nur knapp die Hälfte der Befragten Interesse für Politik geäußert, heute sind es zwei Drittel. Klaus Allerbeck, der ähnliche Ergebnisse in der Replikation einer VW-Studie beobachtete, folgerte: „Wenn man den Bildungs-Expansions-Effekt herausrechnet, ist die Zunahme der politischen Interessen gleich Null."

Beim allmählichen Herunterbohren in die tieferen Schichten der Problemlage waren sich die Disputanten gar nicht mehr so uneins: Jede Gesellschaft, so etwa Tenbruck, „muß auch die natürlichen Gegebenheiten der Altersstufen in Rechnung stellen". Dem mit der physischen Reife gegebenen Drang nach eigener Betätigung und Bestätigung müsse Raum gegeben, zugleich „für die Sukzession der Generationen gesorgt" werden. Oder, so Walter Hornstein, Lehrstuhlinhaber für Sozialpädagogik an der Bundeswehr-Hochschule in München, „Jugend muß Integration durch Separation" sein, die spezifische Vorbereitung auf die Gesellschaft.

Angesichts der Lage auf dem Arbeitsmarkt- und Ausbildungssektor ist *die* Jugend *aber* weitgehend nicht mehr sicher, wofür sie sich anstrengen soll. Die schlechten Perspektiven für die früher reibungslose Sukzession führen dazu, daß „der Spannungsbogen in sich zusammenfällt" (Hornstein). „Der Mechanismus zerbricht, statt Zukunfts- wird der Gegenwarts-Bezug" zum beherr*schenden Faktor*.

Hinzu kommt, so die Diagnose, daß die Menschen in unserer Zeit „immer stärker aus ihren traditionellen Bindungen herausgerissen und zu Einzelkämpfern" werden. Und der Mechanismus der „aufgeschobenen Bedürfnisbefriedigung" funktioniert auch deshalb nicht mehr, weil einerseits die Jugend-Zeit immer stärker verlängert wird, bis zu 25jährigen inzwischen, während zugleich eine „gesellschaftlich fast erzwungene Einstellung auf persönliche Verwirklichung" stärker Platz greift.

Mit ihren Gewinnen haben die Grünen den potentiellen Partner SPD geschwächt

Verluste der CDU weitaus geringer als in NRW / FDP erstmals unter fünf Prozent / Rommel bleibt OB von Stuttgart

XING-HU KUO, **Stuttgart**

Die ersten vorläufigen Ergebnisse der Kommunalwahl in Baden-Württemberg vom Sonntag bereiten den Kampfstrategen und Analytikern der Parteizentralen ein großes Rätselraten. Selbst die eindeutigen Sieger, die Grünen, deren Erwartungen zumindest in den Großstädten weit übertroffen wurden, können nur Vermutungen anstellen, wie sie zu diesem spektakulären Sieg gekommen sind. Bereits beim Knallen der Sektkorken am Wahlsonntag in zahlreichen Wahlpartys der Ökologen wurde gelegentlich schon die Frage aufgeworfen, ob die Partei mit nur 5400 Mitgliedern im Südwesten den neuen Anforderungen in den Rathäusern, Gemeinderäten und Kreistagen wohl gerecht werden kann.

Es besteht allerdings kein Zweifel mehr, daß die Grünen in Baden-Württemberg, die 1980 als erste in den Landtag eines Flächenstaates in Stuttgart gekommen waren, inzwischen zu einer „etablierten" dritten Kraft geworden sind. Sie stellt die um ihr Überleben kämpfende FDP in ihrem „Stammland der Liberalen" weit in den Schatten und beginnt mancherorts bereits eine ernste Konkurrenz sogar für die zwei großen Parteien, CDU und SPD, zu werden. Letztere ist im übrigen ein grünes Opfer besonderer Art. Durchschnittlich haben die Sozialdemokraten nach den ersten Zwischenbilanzen etwa vier Prozent ihrer Wähler verloren, dabei dürften die meisten dieser Stimmen in Richtung Grüne gegangen sein.

Das grüne Tübingen

Spektakulär ist der Erfolg der Grünen in der Landeshauptstadt Stuttgart, in Tübingen, Ulm und Mannheim, in Freiburg und anderen Ballungszentren. Hier zeigt sich, daß neben dem „traditionellen" Protestpotential (Studenten, Jungwähler, Umweltschützer, Anhänger der „Friedensbewegung") neue Wählerschichten, zum Teil aus dem bürgerlich-konservativen Lager, ins grüne Potential gewandert sind. Denn auch die relativ geringen CDU-Verluste und solche der FDP von rund 2,7 bzw. 2,5 Prozent dürften zu einem großen Teil in Richtung Grüne gegangen sein. Nicht umsonst hatte der gebeutelte SPD-Landes- und Fraktionschef Ulrich Lang – nach dieser Schlappe wird sicherlich die bereits entfachte Personaldebatte um seine Führungsqualitäten erneut beginnen – als Trostpflaster in der Wahlnacht erklärt, die SPD habe „nicht so viele Prozente verloren, wie die Grünen zugelegt haben".

Dies ist zwar rechnerisch richtig, aber die Ergebnisse im einzelnen sind gerade für die SPD besonders schmerzlich.

So braucht Stuttgarts Oberbürgermeister Manfred Rommel (CDU) seine Drohung nicht wahr zu machen, im Falle eines rot-grünen Bündnisses im Gemeinderat werde er möglicherweise zurücktreten. Denn obwohl die Grünen in der Landeshauptstadt ihren Stimmenanteil verdreifachen konnten (von 5 auf 15,4 Prozent, von drei auf neun Mandate), wird ein rot-grünes Bündnis nicht möglich sein. Denn der grüne Sieg in Stuttgart wurde von einem gewaltigen Aderlaß für den potentiellen Bündnispartner begleitet. Die SPD verlor 8 Prozent, sie sank von 38 auf 30,3 Prozent der Stimmen, in Mandaten: Statt 23 wird die SPD im Rathaus nur noch 18 Sitze haben.

Da die Stuttgarter CDU ihre Position halten kann (25 Mandate wie bisher) trotz eines Stimmenanteilverlustes von einem Prozent von 41,8 auf 40,8, bleibt dem „bürgerlichen Block" mit FDP, Freien Wählern und der Stimme von OB Rommel eine Mehrheit von 34 gegenüber 27 der SPD und Grünen.

Verschiebungen wird es im Kräfteverhältnis zugunsten Grün-Rot unvermeidlich in anderen Städten und Gemeinden geben. Heidelbergs Stadtoberhaupt Reinhold Zundel (parteilos, Ex-SPD-Mitglied) erklärte, die „Entscheidungsprozesse im Rathaus werden sich wohl verändern".

Denn dort eroberten die Grünen/-Alternative Liste, die erstmals angetreten waren, auf Anhieb 18,1 Prozent. In Heidelberg verlor die CDU fast drei, die SPD fünf und die FDP gar fast sechs Prozent der Stimmen im Vergleich zur letzten Kommunalwahl. Die konkrete Sitzverteilung in Heidelberg war jedoch am Montag noch nicht bekannt.

Den Rekord haben die Grünen jedoch in ihrer traditionellen Hochburg Tübingen ausbauen können: Mit 20,9 Prozent haben sie bereits die SPD (die nur 20 Prozent schaffte) überrundet. Nur fünf Prozent beträgt in der Universitätsstadt die grüne Differenz zur CDU, die etwas mehr als 25 Prozent schaffte. Zwar ist der Hinweis richtig, daß in Tübingen von den 43 830 Wahlberechtigten etwa 7500 Studenten sind (von den rund 22 000 Studenten), allerdings wählen zwar viele, aber beileibe nicht alle Studierenden grün. So kann man davon ausgehen, daß die Grünen auch in Tübingen „Etablierten" Stimmen weggenommen haben. Zählt man zu den 20,9 Prozent noch die 10,8 Prozent hinzu, die eine ebenfalls ökologisch orientierte Liste auf Anhieb erreichte, so sind die zwei Grünen gar mit 31,7 Prozent aller Stimmen die erste Kraft in dieser Stadt geworden, fast sieben Prozent mehr als die CDU.

Die Rolle von Späth

Von Tübingen aus gingen seit Jahren entscheidende Impulse der grünen Bewegung aus: Hier begann der inzwischen kaltgestellte ehemalige Sozialdemokrat Wolf-Dieter Hasenclever den Siegeszug der Grünen in Baden-Württemberg. Aber auch sein Nachfolger, der Fraktionssprecher Fritz Kuhn, stammt nicht nur aus derselben Stadt, sondern gilt unter der radikal gewordenen grünen Fraktion immer noch als relativ moderater Politiker, der auch Teilen bürgerlicher und akademischer Schichten durchaus akzeptabel erscheint.

Zweifellos haben die Grünen bei diesem Wahlgang von einigen Faktoren profitiert: Die Bonner Affären und die dritte Wahl innerhalb eines Jahres ließen die Wahlbeteiligung erneut von 62 (1980) auf rund 60 Prozent sinken. Da die Grünen jedoch ihre Wähler mobilisieren konnten – in Tübingen stieg die Wahlbeteiligung im Gegensatz zum landesweiten Trend – und in der sogenannten Parteispendenaffäre eine „saubere Weste" vorweisen konnten, gelang ihnen erneut ein bemerkenswerter Erfolg.

Gerade im Hinblick auf die Flick/-Barzel-Diskussionen in Bonn hat die baden-württembergische CDU bemerkenswerte Stabilität bewiesen. Im Gegensatz etwa zu Nordrhein-Westfalen halten sich die Unionsverluste im Südwesten nach den bisherigen Ergebnissen in Grenzen. In einigen Großstädten konnte sie sogar ihre Position halten bzw. leicht verbessern: so etwa in Pforzheim.

In der baden-württembergischen CDU hatte man in Zusammenhang mit den ausufernden Diskussionen um die Parteispenden und den inzwischen zurückgetretenen Bundestagspräsidenten Rainer Barzel (CDU) wenige Tage vor dem Wahlsonntag mit dem „Schlimmsten", so war oft zu hören, gerechnet. Die Stabilität der Südwest-CDU auch nach den Bonner Turbulenzen wird jetzt vor allem der Rolle des Parteivorsitzenden und Ministerpräsidenten Lothar Späth zugeschrieben. Späth hat es verstanden, bei allen Wirren in Bonn und in Stuttgart (hier vor allem in Sachen Katalysatoren und Tempolimit) die Unionsanhänger bei der Stange zu halten. Auch gelang es der südwestdeutschen CDU-Führung, beim Wähler deutlich zu machen, daß Stuttgart eben nicht Bonn sei und man hier durchaus den Ereignissen in der Bundeshauptstadt mit schwäbischer Skepsis begegne.

Ein Pyrrhus-Sieg?

Die Freien Wählervereinigungen (FWV), in Baden-Württemberg und Bayern bei Kommunalwahlen immer eine bedeutende Kraft neben den politischen Parteien, haben ihr Wahlziel nicht erreicht, erneut die erste Geige zu spielen. Erstmals war es der CDU im Lande vor vier Jahren gelungen, die führende Position, wenn auch nur geringfügig, dieser eher konservativen Gruppen zu übernehmen. Bei wechselnden Ergebnissen in einzelnen Städten mußte die FWV geringe Verluste hinnehmen. Landesweit dürfte sie nach den bisherigen Erkenntnissen etwa zwischen 17 und 18 Prozent (1980: 18,3 Prozent) liegen.

Bei den grünen Gewinnern beginnt die Erkenntnis zu wachsen, daß ihr zweifellos starker Anstieg auch eine Art Pyrrhus-Sieg ist. Durch die Schwächung ihres möglichen Partners SPD bleibt vielerorts die CDU-Herrschaft unangetastet. Fraktionschef Fritz Kuhn erklärte deshalb am Montag mittag, künftig müßten die Grünen sich vor allem mit der CDU „politisch auseinandersetzen".

An Rotation scheiden sich die Geister

Von C. GRAF SCHWERIN

Der Niedersächsische Landtag befaßt sich zur Zeit vor allem mit sich selbst. Der Austritt des FDP-Abgeordneten Hans Ludwig Freytag aus seiner Partei und die Diskussion über die Teilrotation der Grünen zeugen von der politischen Unruhe, die anderthalb Jahre vor der nächsten Landtagswahl zwischen den Fraktionen herrscht.

Freytag verläßt seine Fraktion, die damit von zehn auf neun Abgeordnete reduziert ist, und sucht Anschluß bei der CDU. Obwohl die CDU Freytag nicht abgeworben hat, belastet dieser Vorgang das Verhältnis zwischen den beiden Parteien, die 1986 aufeinander angewiesen sein könnten. Übertritte von drei FDP-Abgeordneten zur CDU führten 1969 zum



Bruch der großen Koalition, zur Auflösung des Landtags. Solche Erinnerungen haben ihr Gewicht.

Was sie den Grünen verwehrt, fordert die FDP von Freytag: die Rückgabe seines Mandats. Dabei richtet sich die Enttäuschung des Abgeordneten, der dem Landesvorstand der Partei angehörte, in erster Linie nicht gegen seine Fraktion, sondern gegen die Bundespartei. Wesentlich zu seiner Entscheidung beigetragen hätten das „Hickhack" um Buschhaus, das „Gerangel" um Gorleben und Dragahn, die falsche Diskussion um das Tempolimit. Die FDP sei zu einer „Vielzweckmünze geworden, die in jeden Automaten paßt", aber ihm passe das nicht.

Die Vorgänge in Bonn bestimmen die Querelen zwischen den Parteien in Hannover und dürften Auswirkung auf die Landtagswahlen 1986 haben. Daß Ministerpräsident Ernst Albrecht die absolute Mehrheit, die er braucht, gegen den SPD-Spitzenkandidaten Gerhard Schröder, der ganz offen auf ein rot-grünes Bündnis setzt, erlangen wird, gilt in der CDU nicht mehr als sicher.

Die Grenze zwischen den Abgeordneten, die für oder gegen die Rotation der Grünen im Landtag stimmten, ging quer durch die Parteien und die Regierung. Der Wahlprüfungsausschuß hatte dem Landtag empfohlen, den Mandatsverzicht von fünf der elf grünen Abgeordneten zugunsten ihrer Nachrücker anzunehmen.

Die Mehrheit der CDU sprach sich dagegen aus, ihr Fraktionsvorsitzender Werner Remmers stimmte jedoch dafür. Wie er folgten auch die beiden Verfassungsminister Egbert Möcklinghoff (Innen) und Walter Remmers (Justiz), ein Bruder des CDU-Fraktionsvorsitzenden, sowie Finanzminister Burkhard Ritz der Empfehlung des Wahlprüfungsausschusses. Da zwei der vier CDU-Mitglieder dieses Gremiums mit der SPD die Rotation für verfassungsmäßig erklärt hatten, wurden Überlegungen in der CDU-Fraktion laut, diese beiden Abgeordneten, Edzard Blanke und Hermann Sandkämper, auszutauschen. Dieser Plan galt indes weniger der umstrittenen Sache, wie seine Urheber auf den Hinterbänken der Fraktion zugaben, als vielmehr der Erprobung eines Aufstands gegen den Vorsitzenden Remmers.

Die SPD hatte das genau erkannt. Ihr Abgeordneter Horst Milde forderte Remmers auf, sich von einem Austausch der zwei Ausschußmitglieder zu distanzieren. Milde gehört diesem Gremium ebenso an wie sein Fraktionskollege Werner Holtfort, der der CDU vorwarf, sie wolle das imperative Mandat für ihre Ausschußmitglieder einführen. Jedoch nicht Remmers, sondern der CDU-Ausschußvorsitzende Winfried Hartmann, der sich entschieden gegen die Rotation ausgesprochen hatte, bezog Position: Diese „Gerüchte" seien „reiner Unsinn", es handele sich dabei um eine Machenschaft der Grünen und Sozialdemokraten.

Die Abgeordneten wurden nicht ausgewechselt. Der Ausschuß trat erneut zusammen und stimmte zum zweitenmal für die Annahme der Rotation durch den Landtag. Falls dieser nun im November das Begehren der grünen Abgeordneten wieder ablehnen sollte, muß er seine Entscheidung, daß die Rotation der Grünen nicht verfassungskonform sei, begründen. Der Staatsgerichtshof in Bückeburg, den in diesem Fall die Grünen anrufen wollen, hat dann das letzte Wort.

Prozeß gegen Franke erst nächstes Jahr

hey, **Bonn**

Der ehemalige Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, Egon Franke (SPD), sein damaliger Abteilungsleiter, Ministerialdirektor Edgar Hirt, und der Westberliner Rechtsanwalt Jürgen Stange werden sich voraussichtlich erst im nächsten Jahr vor dem Bonner Landgericht verantworten müssen. Die Staatsanwaltschaft hat sie wegen fortgesetzter Untreue und Urkundenunterdrückung beziehungsweise Beihilfe angeklagt. Jetzt wird vom Gericht eine 30seitige Verteidigungsschrift geprüft, die Hirts Anwalt übermittelt hat.

Die Ermittlungsverfahren waren am 1. März 1983 mit dem Ziel eingeleitet worden, den Verbleib von 5,56 Millionen Mark zu klären. Anklage wurde am 14. März 1984 erhoben. Hirt war der für humanitäre Fragen im innerdeutschen Verhältnis zuständige Leiter der Abteilung I und Stange von der Bundesregierung in Verhandlungen mit dem Ostberliner Anwalt Wolfgang Vogel über Freikäufe von Häftlingen aus „DDR"-Gefängnissen eingeschaltet worden.

Der Bundestag hatte die Immunität von Franke aufgehoben, weil er „teilweise" an strafbaren Handlungen „mitgewirkt" haben soll.

Steuererleichterung schon im Januar?

HH. **Bonn**

Zur beschleunigten Einführung abgasarmer Autos werden die geplanten Steuererleichterungen wahrscheinlich bereits am 1. Januar 1985 wirksam. Das Kabinett entscheidet am 7. November. Da es sich um eine reine Ländersteuer handelt, ist die Bundesregierung offen für den Wunsch zahlreicher Länder, den Termin vorzuziehen. Wahrscheinlich tritt auch die Neufassung der Mineralölsteuer (zwei Pfennig Erhöhung für verbleites und zwei Pfennig Ermäßigung für unverbleites Benzin) gleichzeitig in Kraft.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

„Zuweilen ist schon von einer neuen Gründerwelle die Rede"

Vor Schweizer Bankiers würdigt Senator Kunz Kooperation von Forschung und Wirtschaft

hrk. **Berlin**

Vor führenden Repräsentanten weltbekannter Schweizer Banken und Unternehmen beschrieb Finanzsenator Gerhard Kunz (CDU) vor einigen Tagen die wirtschaftliche Aufbruchstimmung in Berlin und wies auf die Vorteile eines Engagements in der Stadt hin: „Die Probleme sind nach wie vor immens, aber insgesamt gesehen hat Berlin wieder Tritt gefaßt", sagte der Politiker.

Aber anders als früher spreche man jetzt weniger von den Nachteilen des Standorts Berlin als von seinen Vorteilen. „Zuweilen ist schon von einer neuen Gründerwelle die Rede." Kunz war vom deutschen Generalkonsul in Zürich, Rupert Dirnecker, eingeladen worden und sprach vor einem ausgewählten Kreis von Spitzenkräften der Schweizer Wirtschaft. Kunz erklärte seinen Zuhörern:

„Alles in allem läßt sich sagen, daß die wirtschaftliche Situation, die wir heute in Berlin vorfinden, zwar keine Euphorie rechtfertigt und erst recht nicht dazu verleiten darf, die Hände in den Schoß zu legen. Vor allem die nach wie vor hohe Arbeitslosigkeit (rd. 78 000 Betroffene oder 8 Prozent, d. Red.) bedrückt uns. Aber die enge Zusammenarbeit von Forschung und Wirtschaft, die allerorten praktiziert oder in die Wege geleitet wird, die Unterstützung, die Wirtschafts- und Finanzpolitik dabei leisten, haben ein Klima der Tatkraft und des Optimismus begünstigt."

Berlin liege heute in der Dynamik der Investitionen und des Produktionswachstums über dem Bundesdurchschnitt, die Beschäftigtenzahl stabilisiere sich. Selbst hinsichtlich der Arbeitslosenquote, „die absolut gesehen noch immer unerträglich hoch ist", schneidet Berlin im Vergleich mit den norddeutschen Ländern und Großstädten „noch am besten ab". Berlin sei ein „geradezu optimaler Standort" für eine Politik der wirtschaftlichen Erneuerung durch technologische Innovation.

Die Stadt besitze vor allem eine „hohe Konzentration an Forschungspotential". Nahezu jeder 20. Arbeitnehmer in Berlin sei in der Forschung und ihrem Umfeld tätig. „Diesen Vorteil Berlins wirtschaftlich noch stärker nutzbar zu machen, Forschungsergebnisse umfassender und zügiger in neue Produkte und Verfahren umzusetzen, ist einer der zentralen Gedanken der Wirtschaftspolitik des Senats." Kunz wies in seinem detaillierten und für Berlin werbenden Vortrag auf die alte preußische und Berliner Tradition von „enger Verzahnung von Wirtschaft und Wissenschaft" hin: „Von Berlin aus traten zahlreiche technische Neuerungen ihren Siegeszug an."

Der Gast aus Berlin machte darauf aufmerksam, daß Berlin seit dem Mauerbau bis 1983 – also auch unter dem CDU/FDP-Senat – insgesamt rund 156 000 Industrie-Arbeitsplätze verloren habe. Das sind 50 Prozent aller überhaupt in der Stadt vorhandenen gewerblichen Arbeitsplätze. „Im selben Zeitraum belief sich der Rückgang in der übrigen Bundesrepublik nur auf 15 Prozent."

Um die Stadt vor einer drohenden Auszehrung zu bewahren, seien „neue Weichenstellungen" notwendig geworden. Der CDU/FDP-Senat verfolge als Leitlinie, „nicht Arbeitsplätze in Krisenbereichen um jeden Preis mit hohen Subventionen kurzfristig zu erhalten, sondern neue, qualifizierte und daher dauerhafte Arbeitsplätze in Zukunftssektoren zu schaffen. Nicht neue und höhere Subventionen, sondern neue Ideen sind gefragt!"

Vor seinen Schweizer Zuhörern am Weltbankplatz Zürich erläuterte der CDU-Politiker das jüngste, mit Bonner Hilfe über die Stadt hinausweisende Berliner Projekt: den Wiederaufbau der alten kaiserlichen japanischen Botschaft im Berliner Tiergartenviertel und ihre Ausgestaltung zu einem deutsch-japanischen und internationalen Begegnungszentrum von Wissenschaftlern und Künstlern.

Kunz hatte vor einem Jahr als Begleiter von Bundeskanzler Kohl die ersten konkreten Verhandlungen über dieses Vorhaben in Tokio geführt. Am 12. November fliegt er in Begleitung des Präsidenten der Freien Universität, Dieter Heckelmann, und von Senatsdirektor (Staatssekretär) Hermann Schuster (Wissenschaftsverwaltung) nach Japan, um die deutsch-japanische Vereinbarung unter Dach und Fach zu bringen.

Sperrvermerke für Etatansätze der Bundeswehr

dpa, **Bonn**

Der Haushaltsausschuß des Bundestages hat über alle großen Beschaffungsvorhaben von Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner (CDU) zum Teil erhebliche Ausgabensperren verhängt. Wie der Vorsitzende des Ausschusses, Rudi Walther (SPD), gestern in Bonn erläuterte, werde mit den finanziellen Sperren im Haushalt 1985 und für die Jahre danach deutlich gemacht, daß die Abgeordneten ihren Einfluß auf die Kosten der Bundeswehrplanung verstärken wollten. Betroffen seien zum Beispiel das Jagdflugzeug „Jäger 90" sowie die Luftverteidigungsraketen „Roland" und „Patriot".

Von dem vorgesehenen Baransatz von 180 Millionen Mark für den „Jäger 90" sperrte der Ausschuß 120 Millionen Mark. Die Verpflichtungsermächtigung von knapp 3,4 Milliarden Mark für die Jahre 1986 bis 1996 wurde voll gesperrt. Bis zu vollen Freigabe muß Wörner dem Ausschuß ausführliche Planungsunterlagen unterbreiten. Für die Beschaffung des Tornado wurde der Etatansatz um 100 Millionen Mark gekürzt.

„Tatsachen wurden nicht akzeptiert"

ms. **Bonn**

Zu heftigen Wortwechseln ist es bei einer Begegnung zwischen dem Landesjugendring Bremen und dem an der israelischen Botschaft in Bonn tätigen Botschaftssekretär Aviv Shir-On gekommen. Nach Berichten von Teilnehmern ging es bei dem Treffen am 24. Oktober in Bremen um die Vorbereitung eines Jugendaustauschs. Der Landesjugendring hatte sich zuvor von einem PLO-Vertreter „informieren" lassen und dann, in der Diskussion mit dem israelischen Diplomaten, die PLO-Aussagen einseitig als bare Münze dargestellt. Der israelische Diplomat sagte gestern gegenüber der WELT, einige Teilnehmer seien nicht bereit gewesen, die „geschichtlichen Tatsachen" zu akzeptieren, zum Beispiel, daß die Juden ein Volk seien. Man habe sich „nicht sehr höflich verhalten", teilweise sei man auch nicht bereit gewesen, Argumente anzuhören.

Kiel forciert die Aufforstung

rtr, **Kiel**

Mit der Verdoppelung ihres Aufforstungsprogramms will die schleswig-holsteinische Landesregierung dem Waldsterben begegnen. Jährlich sollen statt 300 Hektar nun 600 Hektar Land aufgeforstet werden, kündigte Landwirtschaftsminister Günter Flessner gestern in Kiel an. Damit hoffe die Regierung, den Waldbestand zu erhalten, bis die Schadstoffbelastung der Luft deutlich verringert sei.

Kritische Fragen an Form und Inhalt des Kirchentages

„Eine Show für die Medien" / Arbeitstagung protestantischer Christen in der CDU

HENK OHNESORGE, **Wesseling**

Die Kritik von protestantischen Christen innerhalb der CDU an Form und Inhalt des Deutschen Evangelischen Kirchentages verstärkt sich. „. . . der Kirchentag muß sich die Frage gefallen lassen, ob er sich nicht zum Resonanzboden jener Entwicklung verengt hat, die die politische Bewegung der ‚Grünen' hervorgebracht hat. Soll hier wieder – o deutsche Romantik – ‚Volkes Stimme Gottes Stimme' werden?", sagte Staatsminister Friedrich Vogel, stellvertretender Vorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, auf einer Arbeitstagung dieses Verbandes in Schloß Eichholz bei Wesseling.

Vogel beklagte, daß der neue Vorstand des Kirchentags mit dem Theologieprofessor Wolfgang Huber, der Sozialwirtin und Fachhochschulprofessorin Eleonore von Rotenhan und dem Bundesverfassungsrichter Helmut Simon „keineswegs mehr der Bandbreite des deutschen Protestantismus" entspreche. „Und Helmut Simon hat aus dieser Tatsache ja auch nie einen Hehl gemacht." Der Staatsminister kritisierte die „weitestgehenden Entscheidungs- und Gestaltungsmöglichkeiten" der hauptamtlichen Mitarbeiter über Kurs, Inhalte und Ablauf der Kirchentage in den Vorbereitungsgremien und sprach vom Kirchentag als von einem „massenmedial perfekt vorbereiteten Schauspiel der Superlative".

Der Bielefelder CDU-Landtagsabgeordnete Gerhard Rödding meinte, die Anwesenheit vieler Politiker auf Foren fördere nicht die Diskussion, sondern sei „Show für die Medien": „Eine Diskussion zwischen Eppler und Geißler ist eben unterhaltsamer als die korrekte Auslegung der Bibel." Und: „Wenn Politiker bei der Schlußkundgebung in der ersten Reihe sitzen, so reicht das." Der Kirchentag locke bestimmte Gruppen an, indem er ihre Utopien stärke und ihnen Selbstbestätigung gebe. Er trage nicht zur Konsensbildung innerhalb des deutschen Protestantismus bei.

Angesichts der massiven Medienschelte seiner Vorredner versuchte der Journalist und Geistliche K. Rüdiger Durth, die Realität verständlich zu machen. Wer kann, um wirklich repräsentativ zu berichten, in der Zeit von vier Tagen rund 2000 verschiedene Veranstaltungen in Wort oder Bild schildern? Wie viele der angereisten Journalisten – fast 2000 beim Kirchentag in Hannover – besitzen auch nur die elementarste kirchliche und theologische Sachkenntnis? Was würde der Leser, Hörer und Seher sagen, würde das Spektakuläre, das Politische in der Berichterstattung bewußt zugunsten des Stillen, des Frommen ausgespart?

„Wir können nicht besser sein, als Kirche und Gesellschaft sind", sagte Carola Wolf, als Pressereferentin Angehörige des fünfköpfigen hauptamtlichen Mitarbeitergremiums des Kirchentags. Sie schilderte die Auswahlkriterien für die beteiligten Gruppierungen und Einzelpersonen, nannte „ein Verrechnen nach links und rechts, grün und rot makaber" und äußerte die Hoffnung, auf „qualifizierte Teilnahme, nicht nur zum Zweck der eigenen Bestätigung".

Was hätte anders gemacht werden können, um den Geist der Zeit, das evangelische Gespräch einzufangen? Henning Schwarz, stellvertretender Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, führendes Mitglied im Evangelischen Arbeitskreis der Union und seit Frühjahr 1984 im Leitungsgremium des Kirchentags, gab Mißstände zu und bat – wie zuvor schon Carola Wolf – um qualifizierte Kritik, wandte sich aber gleichzeitig gegen Globalkritik. Er zeigte auch die Grenzen von Planung und Beeinflußbarkeit einer solchen Massenveranstaltung mit über 100 000 Teilnehmern und bis zu 20 000 an irgendeinem Projekt Beteiligten.

Das – vorläufige – Fazit: Es ist so gut wie unmöglich, den Kirchentag auf den primär frommen, aber nie ganz unpolitischen Charakter der ersten Nachkriegszeit zurückzuführen. Möglich, wenn auch nicht immer leicht zu erreichen, ist es aber für Kritiker, mit ihrer anderen Ansicht auf dem alle zwei Jahre durchgeführten Massentreffen des deutschen Protestantismus sowohl zu Wort als auch zur Darstellung eigener Vorstellungen zu kommen.

Die Bremer Schiffahrt atmet auf

Bonn zahlt 37 Millionen für den dringend notwendigen Ausbau der Mittelweser

W. WESSENDORF, **Bremen**

Binnenschiffer und Bremerhaven-Experten atmen auf, denn sie können künftig mehr Ladung transportieren und in den Häfen im Unterweserraum umschlagen. Dafür hat der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages gesorgt: Im Rahmen des Etats 1985 für den Bundesverkehrsminister stellte das Bundestagsgremium 37 Millionen DM für Anpassungsmaßnahmen der Mittelweser bereit. Mit dem schon lange geplanten Ausbau dieses Teiles der wichtigen Wasserstraße kann endlich das 2,5 Meter abgeladene sogenannte Europaschiff (1350 Tonnen) ab 1992 die bremischen Häfen erreichen.

Die vollbeladenen Europaschiffe sparen erhebliche Transportkosten, damit wird die Konkurrenzfähigkeit Bremens, der niedersächsischen Unterweserhäfen und der Mittelregion verstärkt. Bislang ist der 136 Kilometer lange Wasserweg zwischen Minden und der Hansestadt nur begrenzt nutzbar. Die Mittelweser verbindet aber die an der Unterweser liegenden Seehäfen – vor allem Bremen – über den Mittellandkanal mit dem Binnenwasserstraßennetz der Bundesrepublik und darüber hinaus mit Berlin und der „DDR".

Jahrzehntelang wurde um den Ausbau der Mittelweser gekämpft. „Ihr jetziger Zustand stellt einen bedeutenden Engpaß dar und muß als Sackgasse bezeichnet werden," meint der Weserbund E.V. Deshalb sei es unerläßlich, daß der Bund die Verkehrseinbindung für die Mittelweser dem Mindeststandard der nordwestdeutschen Binnenwasserstraßen anpasse. Die vorgesehenen Baumaßnahmen umfassen insbesondere den Ausbau von drei unteren Schleusenkanälen sowie die Vertiefung der Fahrrinne bis zu 50 Zentimeter in Teilabschnitten der Mittelweser. Schwerwiegende Belastungen des Ökosystems sind laut Weserbund dabei nicht zu befürchten.

Der Bremer CDU-Abgeordnete und Vorsitzende des Gesprächskreisen Küstenfragen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Reinhard Metz hatte sich im Haushaltsausschuß für das gesamt- wie regionalwirtschaftlich wichtige Projekt starkgemacht. Die Anpassung der Mittelweser war schon einmal im Bundeshaushalt vorgesehen, wurde aber unter der alten Bundesregierung fallengelassen.

Bei einer Bauzeit von vier bis fünf Jahren muß mit den Anpassungsarbeiten ab 1987 begonnen werden. Dabei bleibt für das Planfeststellungsverfahren der Zeitraum 1985/86. Dann könnte zeitgleich mit der Fertigstellung der Weststrecke des Mittellandkanals (Anbindung an das Ruhrgebiet, Dortmund-Ems-Kanal) im Jahre 1992 auch die Mittelweser zwischen Minden und Bremen für das Europaschiff (voll) befahrbar sein.

Die bewilligten 37 Millionen DM entsprechen zwei Drittel der Gesamtkosten des Ausbaus, das restliche Drittel muß Bremen aufbringen. Inzwischen hat das kleinste Bundesland sich bereit erklärt, die 12 Millionen DM in seine Haushalte einzuplanen. Allerdings gingen diesem Schritt schwere Kämpfe zwischen dem Senator für Schiffahrt, Häfen und Verkehr und dem Finanzsenator voraus, der mit allen Mitteln den kaputten Bremer Etat sanieren will.

Nach der Klausur mit einer Stimme

Rechtsexperten von CDU/CSU und FDP suchen den Konsens ohne die Öffentlichkeit

STEFAN HEYDECK, **Bonn**

Zwischen den 253 CDU/CSU- und den 35 FDP-Abgeordneten der Bonner Regierungskoalition, die in 20 Ausschüssen des Parlaments mit (oder gegen) SPD und Grüne Gesetze vorbereiten und die in ihren Arbeitskreisen und -gruppen im Vorfeld nach Problemlösungen suchen, muß es nicht die immer wieder beklagten Differenzen geben. Erst recht kann vermieden werden, daß Auseiandersetzungen um strittige politische Frage spektakulär und aus Profilierungssucht vor der Öffentlichkeit ausgetragen werden. Daß das möglich ist, beweisen jedenfalls seit geraumer Zeit die 13 CDU/CSU- und zwei FDP-Rechtsexperten.

Die haben nämlich ein „Geheimnis", das sich fast als Modell für ihre auf anderen Feldern tätigen Kollegen anbietet: Sie ziehen sich – möglichst unter Beteiligung der zuständigen Justizminister – in rund halbjährigen Abständen zu Klausurtagungen zurück. Dabei werden dann Perspektiven und Zielsetzungen beraten. Es sei „wichtig", sagte der FDP-Abgeordnete Detlef Kleinert der WELT, „daß man sich außerhalb der Hektik, des Termindrucks und der Tagesaktualität hin und wieder vertraulich austauscht". So meinte dann auch einer der Teilnehmer zu der erneut auf dem jüngsten Treffen in Wildbad Kreuth sichtbar gewordenen „Verständigungsbereitschaft" und „Harmonie" nicht ohne Blick auf die Zusammenarbeit zwischen CDU/CSU- und FDP-Parlamentariern auf anderen Feldern: „Seitdem sind Meldungen über Streitigkeiten im Rechtsbereich verstummt. So einfach ist das."

Die erste Klausur fand im Frühjahr dieses Jahres in Hannover statt. Dorthin hatte Herbert Helmrich, Vorsitzender der CDU-Arbeitsgruppe Recht, eingeladen. Zum nächsten Treffen hatte dann Max Wittmann von der CSU in die Hanns-Seidel-Stiftung (einschließlich eines Besuchs des Münchner Oktoberfests, natürlich) gebeten.

Bei diesen Gesprächen geht es den „Koalitionären" aber nicht darum, mit lockerer Hand bei sogenannten einfachen Punkten sich auf eine gemeinsame Linie zu einigen. Vielmehr werden die Probleme zuerst beraten, bei denen die Meinungen „am weitesten auseinandergehen". So wurden zum Beispiel in Hannover im Frühjahr die Weichen gestellt, damit es in der Frage der Eherechtsreform besser und schneller weiterging.

Zu wichtigen Vorabklärungen kam es auch in diesem Zirkel zum Beispiel in der Frage der strafrechtlichen Verfolgung bei der Verherrlichung von NS-Verbrechen wie der „Auschwitz-Lüge" oder dem Zugang von Vertrauensanwälten zu inhaftierten Terroristen während einer verhängten „Kontaktsperre". In Kreuth ging es hinter verschlossenen Türen zum Beispiel um die Lösung der bisher strittigen Frage des fälschungssicheren Personalausweises, das Problem der Parallelität von Auslieferungs- und Asylverfahren, die Neuregelung der Verwaltungsgerichtsordnung zur Beschleunigung von Großverfahren unter anderem gegen die Errichtung von Kernkraftwerken, Flughäfen und Autobahnen. Dabei zeigte sich – manchmal beinahe schon zur Verblüffung der Rechtsexperten –, daß es zwischen CDU/CSU und FDP auf einigen Feldern kaum Probleme gibt.

Siles hungert aus Protest gegen Kokain-Resolution

Boliviens Opposition empört / Rauschgifthandel nimmt zu

WERNER THOMAS, Miami

Der Präsident trinkt lediglich Zuckerwasser. Er meidet Spaziergänge durch den Palast, um Kräfte zu sparen. Er schläft in seinem Schreibtischsessel. Der Leibarzt bestätigt dem 71jährigen Mann nach wie vor eine „gut Gesundheit". Er könne weiterhin normal seine Arbeit absolvieren.

Boliviens Staatschef Hernan Siles Zuazo befindet sich seit fünf Tagen im Hungerstreik. Politische Beobachter in der Hauptstadt La Paz befürchten, daß er diesmal länger fasten muß als in der Vergangenheit. Die erwartete Sympathiewelle blieb bisher aus. Die Oppositonsparteien kritisieren sein Verhalten oder lästern darüber.

Ex-Präsident Victor Paz Estenssoro, der Führer der „Nationalistischen Revolutionsbewegung" (MNR), einst Freund und politischer Kampfgefährte des Streikenden, sprach während eines Washington-Besuchs von einer „theatralischen Geste zur Verwirrung der öffentlichen Meinung".

Die „Nationalistische Demokratische Aktionspartei" (ADN) Hugo Banzers, eines anderen Ex-Präsidenten, erklärte: „Wir lassen uns nicht erpressen." Und: „Der Präsident gefährdet die demokratischen Fundamente des Landes." Beide Parteien besitzen eine Mehrheit im Parlament.

Siles Zuazo hungert, um gegen eine Parlamentsresolution zu protestieren, die seiner Regierung schwere Vergehen bei der Rauschgiftbekämpfung vorwirft. Besonders scharf wurde eine Entscheidung verurteilt, Verhandlungen mit prominenten Kokainhändlern über ein Ende des Rauschgiftschmuggels aufzunehmen.

Paz Estenssoro behauptet, daß sich die Kokainproduktion während der zweijährigen Amtszeit des Präsidenten verdoppelt hat. Seinen Schätzungen zufolge brachte der Kokainexport 1983 der bolivianischen Unterwelt zwei Milliarden Dollar.

Der Präsident ist als Hungerkünstler bekannt. Während seiner ersten Präsidentschaft (1956 bis 1960) konnte er einmal ein wirtschaftliches Austerity-Programm gegen den Widerstand der Oppositionsparteien durchsetzen. Im Gegensatz zu diesmal gingen damals jedoch Zehntausende von Menschen für ihn auf die Straße. In jenen Jahren genoß der Politiker noch eine große Popularität.

Die zweite Präsidentschaft verlief dagegen chaotisch. Bolivien befindet sich in der schlimmsten wirtschaftlichen Krise seiner Geschichte. Die Nation kann ihre Auslandsschulden von 4,6 Milliarden Dollar nicht mehr abtragen. Die Inflationsrate erreicht wahrscheinlich 1000 Prozent bis Ende des Jahres, ein Weltrekord. Mehr als 60 Prozent der Bevölkerung sind arbeitslos oder unterbeschäftigt. Siles Zuazo liegt im Dauerclinch mit dem Parlament, das fast alle Gesetzesvorlagen der Regierung blockiert.

Die USA haben eine weitere Wirtschaftshilfe für Bolivien davon abhängig gemacht, daß energische Maß-



Präsident einer Krisennation: Hernan Siles Zuazo
FOTO: LOCHON/STUDIO X

nahmen gegen die Rauschgift-Mafia ergriffen werden. Diese Hilfe wäre umso wichtiger, als die internationalen Banken Bolivien gegenwärtig keinen Kredit mehr gewähren.

In La Paz kursierten häufig Putschgerüchte. Im Juni schien die Entmachtung des Präsidenten zu drohen, als ihn junge Offiziere aus dem Palast entführten. Die Rebellen konnten sich jedoch nicht die Unterstützung der Armeeführung sichern. Siles Zuazo wurde nach zehnstündiger Gefangenschaft freigelassen.

Bisher hat Boliviens Staatschef nicht mitgeteilt, wie lange er hungern möchte. Die Opposition nimmt an, daß er spätestens in zwei Wochen seine Zuckerwasserdiät beendet: Am 19. November kommt hoher Besuch: das spanische Königspaar. (SAD)

Seite 2: Ein Präsident hungert

Spanien und Portugal weiter „mit dem Rücken zueinander"

EG-Beitritt deckt Gegensätze auf / Angst Lissabons vor dem mächtigen Nachbarn

ROLF GÖRTZ, Madrid

Selten tritt der historische Gegensatz zwischen Spanien und Portugal so deutlich zutage wie jetzt, wo beide ein gemeinsames Ziel, die Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft, anstreben. In beiden Staaten regiert ein sozialistischer Ministerpräsident, und beide sind Vizepräsidenten der Sozialistischen Internationale.

Aber nach wie vor leben Portugiesen und Spanier „mit dem Rücken zueinander" – die Portugiesen dem Atlantik zugewandt, die Spanier in ihrem Bemühen, das einst selbstgewählte Gefängnis iberischer Isolation zu sprengen. Die einzige ausländische Macht, die der Zorn der Revolution von 1974 traf, war Spanien, dessen Botschaft in Lissabon geplündert und in Brand gesteckt wurde.

Natürlich sind die Politiker beider Länder bedacht, den Gegensatz abzubauen. Natürlich gibt es auch in der jüngeren Geschichte Beispiele gemeinsamer Aktionen, so im spanischen Bürgerkrieg (1936 bis 1939), als eine portugiesische Freiwilligentruppe auf seiten Francos gegen die Kommunisten kämpfte – was Francos Heißsporne nicht hinderte, nach dem Sieg zu rufen: „Und jetzt auf nach Lissabon."

Im Zweiten Weltkrieg stand das Portugal Salazars mehr auf seiten der Alliierten, weshalb es auch zu den Gründern der NATO gehört und Franco-Spanien mehr auf seiten der Achsenmächte. Beide nutzten ihre Position zum gegenseitigen Informationsaustausch im Sinne einer iberischen Politik.

Ibero-Pakt als Anfang

Der Ibero-Pakt der ausgehenden Salazar-Franco-Ära war bereits ein gemeinsamer Weg in Richtung Europa mit dem Nebenziel, die atlantisch-mediterrane Südflanke zu stärken.

Aber nichts beunruhigte die Portugiesen mehr, als daß Spanien – ebenso wie Portugal inzwischen eine Demokratie – ebenfalls dem Atlantischen Bündnis beitreten könnte. „Dann müssen wir auf einer Verstärkung unserer Landstreitkräfte bestehen," meinte der damalige Verteidigungsminister, ein Christdemokrat. Portugal fürchtete nichts mehr als einen spanischen Einmarsch zur „Unterstützung" der eigenen Streitkräfte bei einer drohenden Gesamtsituation.

Man könnte das Verhältnis mit dem vergleichen, das Griechen und Türken belastet, wenn nicht so viele Gemeinsamkeiten die Geschichte beider Völker begleitet hätten. Jahrhunderte kämpften sie gemeinsam gegen die islamischen Heerscharen, die im 8. Jahrhundert die Iberische Halbinsel besetzten. Die Sprachen ähneln sich sehr.

Der Grund für die Vorsicht der Portugiesen gegenüber ihrem mächtigeren Nachbarn liegt 400 Jahre zurück, so merkwürdig das klingen mag. Als 1580 der greise Kardinal Henrique den portugiesischen Thron kinderlos hinterließ, schickte Spaniens König Philipp II. den Herzog Alba mit seinen Truppen nach Lissabon, um dort seine Thronansprüche – Philipp war immerhin Enkel und Urenkel portugiesischer Könige – zu vertreten. 60 Jahre blieben die Spanier Besatzungsmacht, bis sich die Portugiesen schließlich erhoben und die Spanier vertrieben.

Diese Affäre wäre als Episode nicht so schwerwiegend gewesen, wenn nicht zwei Jahre zuvor die portugiesische Nation einen Schicksalsschlag erlitten hätte, der sich bis in die Gegenwart lähmend auf alle Aktivitäten auswirkt: die restlose Vernichtung des portugiesischen Kreuzzugheeres in Alcazar el Quivir in Marokko bei einer Schlacht, in der auch der junge König Sebastian verschollen blieb.

Mit ihrer mythischen Sehnsucht nach einer Rückkehr des Königs Sebastian verbinden die Portugiesen noch heute ihre Hoffnung auf eine Rettung aus Notzeiten – wie sie jetzt herrschen. Die Sehnsucht also nach dem starken Mann. Der im täglichen Sprachgebrauch durchaus lebendige Begriff „Sebastianismus" umreißt heute das eigene, nur heimlich eingestandene Versagen bei politischen oder wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Es ist dies die besondere Art des portugiesischen Fatalismus. Um so argwöhnischer beobachtet man auch heute noch den eigennützigen Zeugen dieses nationalen Tiefstandes: Spanien.

Bei den derzeitigen Verhandlungen um den EG-Beitritt versichern sich Madrid und Lissabon gegenseitig, gemeinsam vorzugehen. Dennoch verzichtet das portugiesische Auswärtige Amt keineswegs auf die Vorteile des zeitlichen Vorsprunges, wie er sich aus den Daten der Beitrittsgesuche beider Länder ergibt.

Bei dem Besuch von Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher vor zwei Wochen in Lissabon entstand jenes „Constat d'Accord", eine Absichtserklärung des Europas der Zehn, Portugal „unwiderruflich in die EG aufzunehmen. Notfalls also auch ohne Spanien. Kein einklagbares Recht, aber doch ein verpflichtendes Instrument bei den jetzt anlaufenden Schlußverhandlungen zwischen Portugal und der EG in Brüssel.

Rolle der NATO

Die Zurückhaltung der Portugiesen gegenüber ihrem spanischen Nachbarn im Rahmen der atlantischen Verteidigungsgemeinschaft geht über das historische „König-Philipp-II.-Syndrom" hinaus. Nicht nur die übrigens im spanischen Bewußtsein völlig unverständliche „Bedrohung" spielt eine Rolle, sondern die mit dem spanischen Beitritt automatisch verbundene Abwertung des portugiesischen NATO-Beitrages.

Gewiß sind die Azoren im atlantischen Konzept von unschätzbarer Bedeutung. Die Amerikaner bestehen deshalb auf einem bilateralen Abkommen zur Nutzung des Stützpunktes Lajes und bezahlen es wahrhaft fürstlich mit klingender Münze. Für die NATO wird ein zweiter Luft- und Seestützpunkt auf der schwach besiedelten Insel Porto Santo im Madeira-Archipel eingerichtet. Auf Madeira selbst verfügen übrigens auch die Franzosen über besondere Landerechte für ihre Luftstreitkräfte.

Auf dem Festland aber können NATO-Basen in Galicien und Tarragona die Bedeutung Portugals und damit die Gegenleistungen erheblich schmälern. Ein gemeinsames Ibero-Kommando, wie es sinnvoll gewesen wäre, scheitert am portugiesischen Widerstand. Für Spanien bleibt ein britisch-spanisches Kommando über die Seegebiete vor, in und hinter der Straße von Gibraltar mit einem spanischen Oberbefehlshaber übrig. (SAD)

Noch zögert Kabul, Akbari hinzurichten

Komitees kämpfen um Gnade für den Atomphysiker

WALTER H. RUEB, Bonn

Afghanistans einziger international bekannter Atomphysiker sitzt in Kabul im Gefängnis und wartet auf seine Hinrichtung. Am 23. Mai 1984 war Mohammed Junos Akbari von einem Revolutionsgericht wegen angeblicher Mitgliedschaft in einer illegalen politischen Organisation zum Tode verurteilt worden. Das Gericht warf ihm ferner vor, aus der Volksrepublik China Geld zum Kauf von Waffen für den konterrevolutionären Kampf entgegengenommen zu haben.

In Großbritannien, wo Akbaris jüngerer Bruder Noor lebt, entfaltet seither eine Gesellschaft eine lebhafte Kampagne mit dem Ziel, die Begnadigung des Wissenschaftlers zu erreichen. Seit kurzem sind Bestrebungen im Gange, die Kampagne auf das Festland auszudehnen; in der Bundesrepublik Deutschland, Belgien, Frankreich und der Schweiz ist die Bildung von Komitees „Gnade für Akbari" geplant.

Der 40jährige Atomphysiker verdankt sein Leben nach Meinung von Kennern der Gepflogenheiten in Kabul nur der Tatsache, daß es seinem Bruder in London rechtzeitig gelang, Öffentlichkeit, Medien, Wissenschaft und Politik zu mobilisieren. Fernseh- und Radiostationen, Zeitungen und Persönlichkeiten der Wissenschaft, Menschenrechts-Organisationen und Amnesty International wurden alarmiert und mit einer Flut von Briefen überschwemmt.

Zahlreiche Komitees wandten sich mit Bittschriften, die von weltberühmten Atomphysikern unterzeichnet waren, an die UNO, die UNO-Menschenrechtskommission, an den britischen Unterhaus-Ausschuß für Menschenrechte, den Internationalen Gerichtshof in Den Haag, an die Herrscher im Kreml und an Moskaus Statthalter in Kabul, Babrak Karmal. Die Londoner „Times" druckte Briefe und Bittschriften ab.

Im Rahmen der Kampagne zur Rettung von Akbari wurden nicht nur die Briten, sondern auch Prominente aus Wissenschaft, Politik und Kultur in ganz Europa, Kanada, den USA, Brasilien, Mexiko, Costa Rica, Iran, Afrika und sogar in der Sowjetunion aufgefordert, Briefe und Karten an UNO-Generalsekretär Javier Pérez de Cuéllar, Babrak Karmal, den Präsidenten der UNO-Menschenrechtskommission und an seine sechs Vizepräsidenten zu schicken. Amnesty International stellte Kontakte zwischen Bürgern und zahlreichen internationalen Organisationen in ganz Europa her und veranlaßte Zehntausende von Menschen, die verantwortlichen Männer der Organisationen anzurufen. Außer mit Telefon-Anrufen wurden die bereits genannten Adressaten mit Telegrammen bombardiert.

Nur die Kampagne zur Rettung des sowjetischen Bürgerrechtlers Andrej Sacharow schlug höhere Wellen als die zugunsten von Akbari. Das Engagement Zehntausender von Menschen zeitigte denn auch einen fast unerwarteten Erfolg: Die Bestätigung des Todesurteils durch den obersten afghanischen Revolutionsrat blieb bisher aus. Dies ist auch die Erklärung dafür, warum das Todesurteil noch nicht vollstreckt wurde.

Akbari stammt aus dem seit Jahren hartumkämpften Pandschirtal. Er ist verheiratet und Vater von vier Kindern. Studium und Promotion zum Doktor der Nuklear-Physik schaffte er als Unesco-Stipendiat in Moskau. 1971 kehrte er in die Heimat zurück, lehrte zunächst an der Universität Kabul, ab 1974 an der neuen Universität in Jallalabad.

Zusammen mit zahlreichen anderen Akademikern wurde Akbari 1979 von seinem Posten suspendiert, 1981 und 1982 verhaftet. Der afghanische Geheimdienst Khad hatte jedoch keine Beweise für konterrevolutionäre Aktivitäten in der Hand, so daß Akbari jeweils nach wenigen Wochen wieder freigelassen werden mußte.

Im April 1983 aber verschwand der Atomphysiker hinter den Mauern von Pol-e-Charki, dem berüchtigtsten Gefängnis Afghanistans, in dem nach baulicher Vergrößerung 30 000 Häftlinge untergebracht werden können. Amerikanische Satellitenaufnahmen haben dem Gefängnis zu trauriger Berühmtheit in der ganzen Welt verholfen.

Fast ein Jahr lang wurde Akbari der Kontakt mit seiner Familie untersagt. Ein Mitangeklagter kam beim anschließenden Prozeß mit 20 Jahren Gefängnis davon. Die Richter belohnten mit dem milden Urteil seine Bereitschaft, auszupacken und mit dem Khad zusammenzuarbeiten.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Verfehlte Therapie

„Die neue Medizin: Drei Unerfahrene für einen Arzt"; WELT vom 6. Oktober

Sehr geehrte Damen und Herren,

die derzeitige Ausbildung zum Arzt ist aufgrund der hohen Studentenzahlen nicht die ideale, die geplante zweijährige Verlängerung stellt jedoch leider auch keine Verbesserung dar. Für 5000 Assistenzärzte sollen 15 000 „Ärzte im Praktikum" eingestellt werden, d. h., daß der Prozentsatz der Unerfahrenen gegenüber den schon praktisch geübten Ärzten gewaltig ansteigen wird. Die wenigen älteren müßten sich dann entweder in stärkerem Maße der Weiterbildung der jungen Kollegen widmen, wobei die Patienten-Versorgung leiden würde, oder die „Ärzte im Praktikum" blieben weitgehend sich selbst überlassen.

Wenn Herr Geißler sich eingehend mit dem Ausbildungsstand der frisch approbierten Ärzte befaßt hat, weiß er, daß zwar ein gewisses angedrilltes theoretisches Potential vorhanden ist, wir am Krankenbett allein jedoch oft recht unsicher sind und noch etwas Beistand brauchen. Dann weiß er aber auch, daß schon im Praktischen Jahr (dem letzten Jahr der jetzigen Ausbildung) die Kapazität der Ärzte oft nicht ausreicht, die Fragen und Schwierigkeiten der PJler (das sind die Medizinstudenten im Praktischen Jahr) zu bewältigen.

Wenn jetzt zu den ein bis zwei PJ-Studenten noch zwei oder drei nicht viel erfahrenere „Ärzte im Praktikum" hinzukommen, ist der Stationsarzt hoffnungslos überfordert, ganz zu schweigen von dem Gedränge am Krankenbett. Kennen Sie das Gefühl, wenn Sie die Narbe an der Brust oder den Abszeß am Po einem ganzen Schwarm von Zuschauern vorführen sollen? Wie sollen da Scham und Angst der Patienten gemildert werden? Gibt es unter diesen Umständen noch so etwas wie Takt- und Feingefühl? Ich bezweifle stark, daß die Ausbildung auf diese Weise verbessert würde.

Einen Effekt hätte man allerdings erreicht: Das Medizinstudium würde unattraktiver werden, da es statt bisher sechs dann acht Jahre dauern würde, von denen im Endeffekt zwei Jahre unbezahlt und ohne BAföG abgeleistet würden. Im Praktischen Jahr bekommt der Medizinstudent keinen Pfennig (!). Gibt es das in einem anderen Beruf? In den anschließenden zwei Jahren bis zur endgültigen Approbation ist geplant, ein halbes Assistenzarztgehalt zu zahlen.

Wenn erreicht werden soll, daß das Studium unbequemer wird, wäre es dann nicht sinnvoller, ein praktisches Jahr voranzustellen, in dem die Studenten das schlecht besetzte Pflegepersonal gegen ein geringes Entgelt unterstützen?

Schon jetzt bekommen nicht alle jungen Ärzte eine Weiterbildungsstelle. Wie stellt Herr Geißler sich die Entwicklung vor, wenn noch 5000 Stellen gestrichen werden? Wie wäre es, wenn der Reformvorschlag erst einmal zu Ende gedacht würde?

Ich selbst habe meine Approbation im Mai erhalten, bin also nicht mehr unmittelbar von den Neuerungen betroffen. Aber ich finde es sehr schade, wenn Tausende nach einem sechs- und mehrjährigen Studium arbeitslos bleiben.

S. Starck,
Berlin 42

Berliner Schauspiele

Sehr geehrter Herr Doktor Zehm,

in der WELT vom 19. Oktober 1984 lassen Sie Heribert Sasse in einem Interview mit Lothar Schmidt-Mühlisch sagen: „Gobert verpflichtet aber für seine letzten Inszenierungen unzählige Gäste, 15 allein für ‚Wallenstein'." Tatsächlich sind von siebzehn (!) bisher im „Wallenstein" mit dem Regieteam Klaus Emmerich/Heiner Müller besetzten Rollen fünfzehn (!) mit Ensemble-Mitgliedern der Staatlichen Schauspielbühnen Berlins besetzt.

Wie Sie beiliegendem Telegramm entnehmen können, hat Heribert Sasse seine Aussage Herrn Gobert gegenüber bereits korrigiert. – Ein Mißverständnis? Auch für Schmidt-Mühlisch?

Zur Glosse von Lothar Schmidt-Mühlisch. Dort heißt es: „Wenn ich mich recht erinnere, hat Gobert bei seinem eigenen Amtsantritt rund zehn Inszenierungen von seinem Vorgänger Hans Lietzau übernommen. Schon vergessen?" Aus der Erinnerung heraus unterstellt Schmidt-Mühlisch zuvor „Blauäugigkeit oder blanken Zynismus". Ich möchte Herrn Schmidt-Mühlisch bei seinen Erinnerungen behilflich sein. Vier Inszenierungen konnten wir bei unserem Amtsantritt 1980 übernehmen. Im Schiller-Theater die Farce „Heiratskandidaten" von Georges Feydeau (mehrere Rollen wurden umbesetzt), im Schloßpark-Theater „Schwingen" von Arthur Kopit (mehrere Rollen wurden umbesetzt), „Der zerbrochene Krug" von Kleist (eine Hauptrolle wurde umbesetzt) und „Leib und Seele" von James Saunders. Das war's. – Wer also hat „schon vergessen"?

Sehr geehrter Herr Doktor Zehm, es ist bedauerlich, daß es in den letzten Tagen zu Verlautbarungen gekommen ist, die in einigen Zeitungen bereits als „Theater-Krieg" hoch-interpretiert wurden. Im Interesse des Theaters und einer von uns gewollten sachlichen Übergabe an Heribert Sasse und sein Team möchte ich Sie bitten, richtigstellend mitzuhelfen.

Beste Grüße
Eberhard Witt,
Berlin 12

Freundschaft

„Enttäuschung in Athen über Besuch aus Bayern"; WELT vom 16. Oktober

Sehr geehrte Damen und Herren,

über den Artikel „Enttäuschung in Athen über Besuch aus Bayern" war ich sehr erstaunt. Das Treffen unter der Leitung des CSU-Bundestagsabgeordneten Dr. Jobst war während der drei Tage von großer Freundschaft und Sachlichkeit gekennzeichnet. Der Beitrag des Vorsitzenden des Bundestagsverteidigungsausschusses, Alfred Biehle, betraf nur einen kleinen Teil der Gesamtdiskussion am letzten Besuchstag. Die einzige Kontroverse entzündete sich an der Äußerung Alfred Biehles als besorgter Ausschußvorsitzender, daß er Bedenken gegen die Sperrung eines Teils des Luftraums über der Ägäis durch Griechenland während der NATO-Manöver habe.

Leider haben Sie nicht darauf hingewiesen, daß die deutsche Delegation ausdrücklich ihre Unterstützung für die Wahrung und Durchsetzung der Rechte Griechenlands zugesagt hatte und dies von den griechischen Teilnehmern, teilweise überschwenglich, anerkannt wurde.

Mit freundlichem Gruß
Ortwin Lowack, MdB, CSU

Marathon

„Mogelei"; WELT vom 16. Oktober

Sehr geehrte Damen und Herren,

in Ihrem oben genannten Beitrag ist Ihnen offenbar selbst eine „kleine Mogelei" unterlaufen, denn weder ist die Strecke der heutigen Marathonläufe von Marathon nach Athen historisch noch hat sie eine Länge, die durch die Entfernung der beiden Orte bestimmt wird.

Der „erste" Marathonlauf des Boten von Marathon nach Athen im Jahre 490 nach dem Sieg der Athener über die Perser ist historisch nicht belegt und taucht wohl erstmals bei einem gewissen Lukian (ca. 120 bis 190 n. Chr.) auf. Die Streckenlänge von 42,195 Kilometer gilt erst seit der Olympiade London im Jahre 1908.

Als Quellen möchte ich nennen: Müller-Benedict: Der Schwindel vom ersten Marathonlauf in der WELT vom 14. 6. 1980 und Steffny: Marathon-Training, 1979, S. 11 ff.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. E. Kalthoff,
Kaarst 2

Wort des Tages

„Ich habe Leute vor Kummer sterben sehen, weil man ihnen nicht die Ämter gab, die sie hätten ausschlagen müssen, wenn man sie ihnen angeboten hätte."

Charles Baron de Montesquieu; franz. Schriftsteller und Rechtsphilosoph (1689–1755)

Verdächtigungen

„Johannes Paul II. erlaubt wieder Messen in Latein"; WELT vom 17. Oktober

Es machte sich vortrefflich, daß Ihre Zeitung den Artikel von Friedrich Meichsner, Rom, über die Wiederzulassung der lateinischen Messe repräsentativ auf das Hauptblatt setzte.

Anderes als negative Erwägungen gegenüber der Neuregelung war in Reaktionen aus sogenannten maßgeblichen liturgischen Kreisen nicht zu erwarten. Nicht anders wird es auch – wenn nicht alles täuscht – weitergehen sollen, denn gerade bei progressistisch Gesonnenen macht sich eine widersprüchlich wirkende Statik dann bemerkbar, wenn in der Kirche die Respektierung dogmatisch-dynamischer Gemeinschaften erforderlich wird.

Historiker werden dereinst in Beachtung solchen Verhaltensmusters einen Satz aus der „Geschichte der Päpste" Ludwig von Pastors wiederholen können: „Nur mit tiefer Trauer kann man jener Zeit der Furcht, des Mißtrauens und der Verworrenheit gedenken, wo Männer künstlich in den Verdacht der Abirrung vom katholischen Glauben gebracht wurden, die ihm in Wirklichkeit mit ganzer Seele zugetan waren." (Band VI, Verlag Herder, Freiburg, 13. Auflage, Seite 527) Heute ist leider sogar zu vermelden, daß nicht nur Männer, sondern auch Frauen und Heranwachsende der Mitfeier der lateinisch zelebrierten Messe wegen auf das übelste verdächtigt und gewissermaßen verfolgt werden.

Mit freundlichen Grüßen
W. Dräger,
Ahaus

Spürbare Folge

„Achtzehn Monate"; WELT vom 17. Oktober

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Verlängerung des Wehrdienstes um drei Monate ist die erste sichtbare und spürbare Folge der gewollten Kinderlosigkeit (38 Prozent kinderlose Ehepaare), welche die nachwachsende Generation trifft. Außerdem markiert sie den allmählichen Beginn einer Gerontokratie (= Herrschaft der Alten) und das wahrscheinliche Ende der Mehrheitsdemokratie. Eine deutliche Mehrarbeit der Alten wird die Jungen in unerträglicher Weise majorisieren.

Darüber hinaus stellt sich die Frage nach der moralischen Begründung der Wehrdienstverlängerung. Weil die Elterngeneration, begünstigt durch eine jahrzehntelange Familienpolitik, die diesen Namen kaum verdient, und das völlige Fehlen einer realistischen Bevölkerungspolitik zu einem großen Teil auf Kinder verzichtet hat, sollen Wehrpflichtige länger Dienst leisten? In der politischen und öffentlichen Diskussion wird dieses Problem großzügig übergangen.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. F. J. Breyer,
St. Ingbert

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Tempolimit und Emotionen

Sehr geehrte Damen und Herren,

Tempo 100, Vernunft oder sozialer Neid?

Das Thema Geschwindigkeitsbeschränkung scheint in der etwa 98jährigen Automobilgeschichte schon immer mehr emotional als rational behandelt worden sein. Anfangs mußten Läufer mit einer roten Fahne vor den Autos einherrennen. Die später gebauten Schnellstraßen entfachten dann immer wieder die Diskussion um ein Tempolimit mit wechselnden Begründungen: Innerhalb der 60er Jahre war es die „Gleichberechtigung", Anfang der 70er die Senkung der Verkehrsopfer, 1973, zur Zeit des Ölschocks, die Energieeinsparung, und heute, 1984, ist es ganz urplötzlich der Wald, obwohl sich die Erkrankung des Waldes schon seit 15 Jahren abzeichnet.

Tatsächlich soll hier erst gehandelt und dann nachgedacht werden (wie es Ministerpräsident Bernhard Vogel kürzlich ausdrückte), um Tempo 100 auf Autobahnen durchzusetzen.

Dabei bestehen auf 90 Prozent unserer Straßen schon Tempolimits und auf den Autobahnen werden im Schnitt ohnehin nur 115 km/h gefahren.

Bis vor kurzem war der Wald kein Thema. Glücklicherweise wurde jetzt per Gesetz die einzige Möglichkeit zur wirklichen Schadstoffminderung eingeführt, der Katalysator. Trotzdem wollen nun manche Politiker und Organisationen das Tempolimit nachschieben. Das würde in nüchterner Berechnung nur ca. 10 Prozent Schadstoffminderung bringen gegenüber den über 90 Prozent durch den Katalysator, dafür aber eine Menge neuer Gefahren, weil beim Autofahrer eben die bessere Einsicht fehlte.

Der Verkehrsfluß auf den Autobahnen würde durch die nahezu gleiche Geschwindigkeit gebremst. Es bildeten sich viel häufiger Staus, die seltener als bisher aufgelöst würden. Dadurch wiederum entstehen die Gefahren größerer Ermüdung am Steuer, Frustration und Aggression, die zu größerer Unfallhäufigkeit führen werden.

Hier sind unsere Politiker zur Vernunft, nämlich der Anwendung des Prinzips der Verhältnismäßigkeit der Mittel, aufgerufen.

Wenn der Januar 1985 beginnende erste wirkliche Großflächentest durch den TÜV beweisen sollte, daß die Einführung eines Tempolimits bis zum Wirksamwerden der Katalysatoren eine so große Schadstoffeinsparung bewirkt, daß man sich über die oben genannten Bedenken hinwegsetzen sollte, wird sich die überwältigende Mehrzahl der Autofahrer auch wirklich an ein solches Tempolimit halten.

Ohne ein solches Testergebnis aber gäbe es nur mehr Staat, mehr Polizei, mehr Radarfallen und mehr Verkehrssünder auf den Autobahnen.

Mit freundlichen Grüßen
G. Huber,
Seevetal 11

*

In der Tschechoslowakei und in gewissen Gebieten Deutschlands stirbt der Wald. In Athen zerfällt die Akropolis, ähnlich wie die Kulturdenkmäler in den deutschen Städten zerfallen – meist dort, wo der Autoverkehr am größten ist. Außerdem nehmen die Krankheiten (Lungenkrebs usw.) zu, weil die Luft verpestet ist.

Die Ursachen sind im einzelnen noch nicht bekannt und die Gutachter widersprechen sich, je nach ihrem Auftraggeber und ihrer Qualifikation. Sicher ist aber, daß die Fabriken, die menschlichen Siedlungen und die Autos an diesen Schäden beteiligt sind. Daher muß etwas getan werden. Selbst ein „falscher" Entschluß ist besser als alle weiteren Reden und verlogenen Beschwichtigungen, zumal hier nichts verdorben werden kann.

Daher müssen die Emissionen der Industrie, der Wohngebiete und des Verkehrs verringert werden – durch Filteranlagen in den Betrieben, in den Wohnhäusern und in den Autos, wie letzteres in den USA und in Japan bereits geschieht; außerdem durch Geschwindigkeitsbegrenzungen, die alle europäischen Staaten, außer der Bundesrepublik, schon eingeführt haben; und schlimmstenfalls auch noch durch eine Reduzierung des Kraftfahrzeugverkehrs, die der unverzichtbaren Eisenbahn zugute käme. Denn das Auto, welches ursprünglich als Symbol der Freiheit galt, weil es den Menschen aus dem Zwang räumlicher Bindung löst, versklavt ihn nun durch seine Massenhaftigkeit. Es ist, ähnlich wie das unkontrollierte Wirtschaftswachstum, zum Feind des Menschen geworden, weil wir uns in unserem ungezügelten Materialismus mit menschenfeindlichen Entwicklungen zufriedengeben.

Wo bleibt die deutsche Gründlichkeit und unser Verantwortungsbewußtsein? Wie können wir wegen einer falschen Wirtschaftspolitik (z. B. wegen der Arbeitslosigkeit) unsere Umwelt und damit unsere gesamten Existenzgrundlagen aufs Spiel setzen? Wenn wir nicht umdenken, werden uns die Grünen das Fürchten lehren und das Chaos bringen.

Dr. R. Ackermann,
Weinheim

Personalien

GEBURTSTAGE

Professor Dr. **Ernst Wolf**, früherer Direktor des Instituts für Arbeitsrecht und ehemaliger Ordinarius für Bürgerliches Recht, Arbeitsrecht und Rechtsphilosophie der Universität Marburg, wurde am 26. Oktober 70 Jahre alt. Die Universität würdigte den Wissenschaftler mit einer Festschrift, an der sich in- und ausländische Gelehrte beteiligt hatten. Professor Wolf war während der nationalsozialistischen Zeit zweimal inhaftiert worden. Nach dem Kriege, nach einer Lehrtätigkeit an der Universität Frankfurt, erhielt er 1955 einen Ruf nach Marburg. Er wurde unter anderem bekannt durch sein mutiges Eintreten für die Freiheit von Forschung und Lehre. Unter seiner maßgeblichen Mitwirkung entstand 1968 das von 1700 deutschen Hochschullehrern unterschriebene „Marburger Manifest" gegen die Politisierung der Hochschulen.

*

Staatsminister a. D. Dr. **Rudolf Eberhard**, Erster Vorsitzender des Fremdenverkehrsverbandes Franken, wird am 1. November 70 Jahre alt. Der Nürnberger wurde 1957 Staatsminister der Finanzen in der bayerischen Landesregierung. Ein Jahr später avancierte er außerdem zum Stellvertreter des bayerischen Ministerpräsidenten. Zwei Begriffe aus jener Zeit haben in seinem Bereich „Nachkriegsgeschichte" gemacht: der Eberhard-Plan zur Verbesserung der Finanzkraft und zur Stärkung des Selbstverwaltungsrechtes der bayerischen Gemeinden und die Eberhard-Kommission, die dem Bundesfinanzminister 1971 ihr Gutachten zur Vorbereitung einer umfassenden Steuerreform vorlegte. Mit Eberhards Ernennung zum Präsidenten der Bayerischen Staatsbank begannen 1964 die schwierigen Arbeiten zur Umwandlung dieser Bank in eine Aktiengesellschaft und zur Fusion mit der Bayerischen Vereinsbank. 1954 hatte ihn bereits die Mitgliederversammlung des Fremdenverkehrsverbandes Franken zum Ersten Vorsitzenden gewählt. Dies blieb er bis heute. 1967 wurde er Präsident des Deutschen Fremdenverkehrsverbandes und 1968 Präsident der Deutschen Zentrale für Tourismus. Im Beirat für Tourismusfragen beim Bundesminister für Wirtschaft fungiert Eberhard als gemeinsamer Sprecher aller fünf Spitzenverbände des deutschen Fremdenverkehrs.

DIPLOMATEN

Niels Hansen, der deutsche Botschafter in Israel, gehört zu den wenigen Diplomaten des Auswärtigen Amtes, die auf Auslandsposten auch ihre musikalischen Talente mit einsetzen können. Botschafter Hansen wurde von dem „Musikinstitut Johann Sebastian Bach" in Givatajim, einem Vorort von Tel Aviv, zum ersten Flötisten ernannt. Die „Jerusalem Post" wußte bereits zu berichten, daß der Botschafter am 10. November sein Solisten-Debüt gibt. Auf dem Programm stehen zwei Bach-Sonaten für Flöte und Klavier. Begleitet werden soll Niels Hansen von der israelischen Pianistin **Varda Nishri**.

ERNENNUNGEN

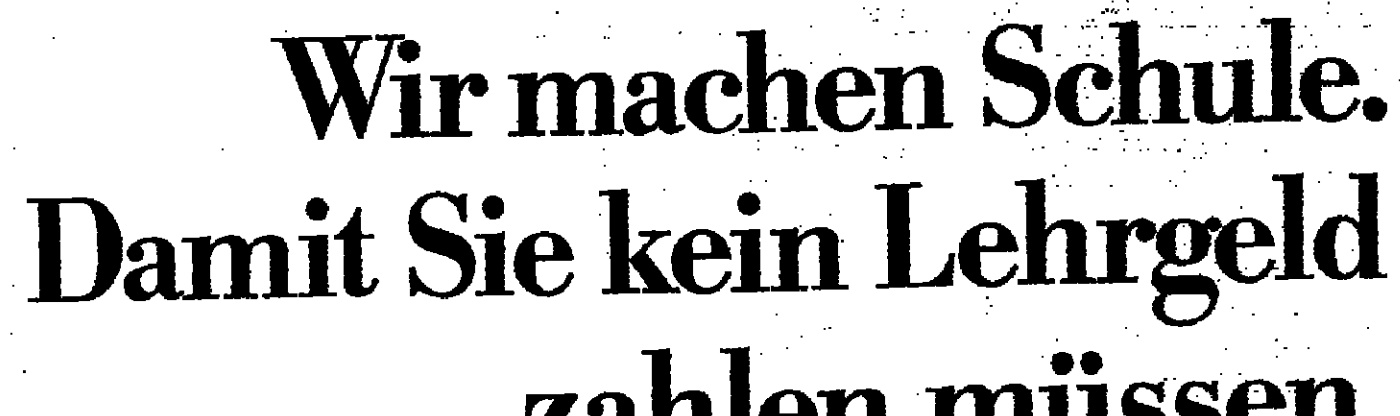
Ulrich Parzany, Jugendpfarrer, wurde neuer Generalsekretär des Christlichen Vereins Junger Männer (CVJM). Mit 260 000 Mitgliedern ist es der größte christliche Jugendverband in Deutschland. Landesbischof Dr. **Eduard Lohse**, Ratsvorsitzender der Evangelischen Kirche in Deutschland, führte den neuen Generalsekretär in Kassel in sein neues Amt ein. In der Stadt Kassel befindet sich heute die Zentrale des CVJM, der vor 102 Jahren gegründet wurde.

*

Professor Dr. **Johannes Siegrist**, Leiter des Instituts für medizinische Soziologie an der Universität Marburg, ist vom Nationalen Gesundheitsinstitut der USA in Washington eingeladen worden, auf der diesjährigen Konferenz der deutsch-amerikanischen Medizin-Studiengesellschaft in Bethesda über seine Forschungsarbeiten sozialer Streß und vorzeitige Herz-Kreislauf-Erkrankungen zu berichten. Professor Siegrist wird Leiter der internationalen Konferenz der Weltgesundheitsorganisation zum Thema „Soziale Ungleichheit und Gesundheit". Die Konferenz findet Anfang Dezember in Kopenhagen statt.



Auf dem Diplomatenparkett nur selten vereint: die Fischer-Brüder in Bonn. Dr. Per Fischer, links, geht als Botschafter nach Peking. Dr. Gerhard Fischer, rechts, ist Botschafter in Bern. Zum Wiedersehen kam es beim Empfang, den Per Fischer in der Diplomatenschule gab. Unter vielen Gästen waren Per Fischers Nachfolger im AA, Dr. Werner Ungerer, jetzt Leiter der Abteilung Außenwirtschaftspolitik, Staatssekretär Klaus Blech, Präsidialamt, und der frühere Staatssekretär Berndt von Staden sowie der SPD-Politiker Egon Bahr. FOTO: EVI KEIL



Wir machen Schule. Damit Sie kein Lehrgeld zahlen müssen.

Unser Alter – immerhin bestimmen wir seit 1835 das Geldgeschehen entscheidend mit – ist darauf zurückzuführen, daß wir immer jung geblieben sind. Offen für Ideen und Innovationen, engagiert, flexibel und reaktionsschnell. In dieser Tradition wächst bei der HYPO-BANK heute die Banker-Generation von morgen heran – engagiert und motiviert.

Denn wir helfen unserem Nachwuchs auf die Beine. Mit einem breitgefächerten Ausbildungs- und Schulungsprogramm. Mit Fach- und Führungsseminaren und mit zukunftsweisender Kommunikations- und Informationstechnik.

So machen wir aus schlauen Füchsen alte Hasen. Damit diese sich mit Sachverstand und Ideen um Ihre Probleme kümmern können.

Wir lassen uns etwas für Sie einfallen.

HYPO BANK

Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank Aktiengesellschaft

Die HYPO. Eine Bank – ein Wort.

Hildegard Müller
HYPO-BANK

Die syrisch-iranische Connection arbeitet nur mit Profis

Handeln die schiitischen Terroristen allein, oder sind sie Instrumente staatlicher Willkür und Macht? In der dritten Folge der Artikelreihe über den Terror der Shia breitet der Autor die Indizien aus, die dafür sprechen, daß die Selbstmordbefehle von Schaltzentralen staatlicher Macht ausgehen.

Von ROLF TOPHOVEN

Die internationale Fachwelt wertet die schweren Bombenattentate unter Einsatz von Kamikaze-Tätern gegen die Marines, Paras und Israelis im Herbst letzten Jahres als Schlüsselerlebnis für die Beteiligung von Regierungen. Denn die Kommandos waren keine Durchschnitts-Terroristen. Planung, Vorbereitung, Auswahl der Akteure, Ausspähen der Objekte sowie die Durchführung der Operationen grenzten an Professionalismus erster Qualität. Nur mit massiver Hilfe staatlicher Geheimdienste sind Terroristen nach Ansicht von Fachleuten in der Lage, derart brisante Sprengladungen zu basteln. Beim Attentat gegen die Marines in Beirut blies eine 5456 Kilogramm schwere Bombe aus TNT, Hexogen (eine hochexplosive Komponente), verbunden mit einem Gaszylinder zur Erhöhung der Explosionswirkung das Gebäude der Amerikaner in die Luft. Syrien und Iran, so US-Experten, haben die Tat mit vorbereitet. Amerikanische Zeitungen umschrieben die syrisch/iranische „Connection" sarkastisch mit den Worten: „Die Iraner lehren Religion, die Syrer militärische Kenntnisse!"

Ein Beweisstück für die Beteiligung nationaler Regierungen an der neuen Form des schiitischen Terrorismus sieht Israels Experte Nummer eins, Ariel Merari vom „Center für Strategische Studien" in Tel Aviv, im Fehlen jeglicher Täterspuren. Für Merari reicht die Stimme am Telefon, die auf eine bisher nicht bekannte Organisation „Islamischer Heiliger Krieg" als Tätergruppe hinweist, nicht aus. „Terroristen erklären gewöhnlich glaubwürdig ihre Absichten und Ziele. Wenn dies nicht geschieht, steht meist ein Staat dahinter. Offen können Staaten jedoch ein Attentat von der Dimension der Anschläge in Beirut nicht erklären, denn das wäre der Casus belli."

Die Beteiligung Teherans an den Aktivitäten des schiitischen Terrorismus begann bereits vor dem Libanonkrieg 1982. Damals entstand eine Gruppe mit dem Namen „Volksfront für die Befreiung des Golfs". Mitglieder dieses Kaders infiltrierten die Golfstaaten, bauten Sabotage-Zellen auf und verbreiteten Hetzparolen unter den lokalen schiitischen Minderheiten. Die Unterstützung der gegenwärtigen Welle des Shia-Terrors durch Iran wird noch durch andere handfeste Fakten belegt. Während des Libanonkrieges schickte Teheran 1500 „Revolutionsgardisten" in den Norden des Landes, um an der Seite der PLO und syrischer Verbände gegen Israel zu kämpfen. Nach Kriegsende zogen einige von ihnen wieder ab. Bis heute blieb ein Großteil in der Gegend von Baalbeck. Ihre Aufgabe im Umfeld der libanesischen Schiiten: Umwandlung der Moscheen in Zentren politischer Agitation, Indoktrination der schiitischen Bevölkerung mit der Ideologie Khomeinis, Ausbildung der Kommandos an Waffen und mit Sprengstoffen, Hilfe bei der Vorbereitung von Anschlägen.

Zahlreiche Mitglieder radikaler schiitischer Gruppen lernten das Handwerk des Terrors bei den Avantgardisten Khomeinis. Umgekehrt leistete die PLO vor ihrer Vertreibung aus Beirut und der Zerschlagung ihrer militärischen Struktur in Südlibanon großzügige Ausbildungshilfe für iranische revolutionäre Garden. So wurde zum Beispiel jenes Kommando, das 1979 die US-Boschaft in Teheran besetzte und das dortige Personal in eine entwürdigende Geiselhaft nahm, zuvor in Libanon bei der PLO speziell auf diesen Anschlag vorbereitet.

Gravierend ist derzeit auch die aktive Unterstützung schiitischer Terrorgruppen in Libanon durch die offizielle Vertretung Irans in Beirut. Erstaunlicherweise machen die „Diplomaten" dabei kaum Anstalten, ihre terroristische Sponsoraktivität zu verbergen. Israels Truppen in Südlibanon entdeckten zum Beispiel Briefe mit dem Kopf der iranischen Botschaft in Beirut, in denen die Schiiten aufgefordert wurden, den Terror gegen Israels Armee zu forcieren. Die Botschaft Irans in der libanesischen Metropole schickt den Kadern Geld zur Unterstützung der Familien gefangener Schiiten. Witwen getöteter Terroristen erhalten Hilfe aus einem Sonderfonds in Teheran.

Aus Iran kommen via Beirut auch Tonbandkassetten mit ideologischen Propagandaaufrufen und vor allem taktisch-operative Anweisungen für den aktiven Widerstand gegen die israelischen Truppen. Handgranaten, von schiitischen Terroristen gegen Patrouillen und Beobachtungsposten der Armee Israels geschleudert, tragen die Wünsche und Grüße des Ayatollah aus Teheran. Denn um den äußeren Kern der Handgranaten, die sich in einer Plastikbox befinden, sind Fotos mit dem Konterfei Khomeinis und seinen Segenssprüchen für die Täter gewickelt.

Eine bedeutende Rolle im Kontext des schiitischen Terrors in Südlibanon spielen auch einige religiöse Führer. Wenn die Gläubigen zum Freitagsgebet in die Moscheen strömen, ruft mancher Imam zu den Waffen. Die Predigten dieser Geistlichen rechtfertigen den Terror, segnen die Gewalttäter und übermitteln Grußworte des Ayatollah Khomeini. Bis jetzt sitzen zwei hohe Geistliche aus Südlibanon im Gefangenenlager von Ansar. Bei ihnen fanden die Israelis die operativen Pläne zur Durchführung von Gewaltaktionen. Auch an den notwendigen finanziellen Zuwendungen mangelt es nicht. Der „Schiitische Islamische Rat" in Iran beschloß, *die militanten Glaubensbrüder* in Libanon mit jährlich 50 Millionen US-Dollar zu unterstützen.

Die Hilfe, Duldung und Steuerung des Shia-Terrors durch Syrien gewinnt vor allem durch die Tatsache an Glaubwürdigkeit, daß alle Hauptquartiere, Camps und Trainingslager der militanten Khomeini-Anhänger in Libanon im syrisch besetzten und von Syrien kontrollierten Gebiet des Landes liegen. Nichts geschieht dort ohne ausdrückliche Zustimmung der Behörden in Damaskus. Westlichen Geheimdienstberichten zufolge sollen schiitische Terrorkader ihre Anschläge auf Ziele in Libanon in der syrischen Stadt Zabdani, etwa 30 Kilometer nördlich von Damaskus, planen. Dieses Camp diene den Kommandos als logistischer Stützpunkt, von dem aus Waffen, Sprengstoff, aber auch Freiwillige aus dem Iran zu den Nestern des schiitischen Terrors in Libanon geschleust würden.

Als Chefplaner mancher von Schiiten initiierter Terrorangriffe vermuten britische Nachrichtenkreise einen Iraner mit dem Decknamen „Abu Musleh". Dieser, so heißt es, *operiere von Baalbeck aus* und unterhielte enge Kontakte zu oppositionellen Elementen der Shia in Irak.

Bonn will mehr Qualität an Hochschulen

● Fortsetzung von Seite 1

tor – wählen, ist nun sichergestellt, genauso wie die Mitgliedschaft kraft Amtes der Dekane im Akademischen Senat. Bei Berufungen sowie Entscheidungen über Promotion und Habilitation werden künftig also die Professoren eine gesetzlich garantierte Mehrheit haben. Das heißt, daß dann auch nicht mehr – wie in der Vergangenheit mehrfach geschehen – Universitätsleiter gegen den Willen der Professoren von einer bunt zusammengewürfelten *Mehrheit aus* Studenten, Mittelbau und einzelnen Hochschullehrern gewählt werden *können*.

Zu den Schwachpunkten des neuen HRG gehört allerdings, daß hier nur vorsichtige Schritte der Reform unternommen werden, wesentliche Bereiche aber ausgeblendet und weitgehend unverändert übernommen werden. Zwar ist unter den Bildungspolitikern und Hochschulpraktikern weitgehend unumstritten, daß eine grundlegende Reform der Gruppenuniversität keinen positiven Effekt brächte, sondern statt dessen nur eine langjährige, lähmende Unruhe an den Hochschulen. Aber dies reicht als Begründung nicht dafür aus, daß beispielsweise das Problem der Studienfinanzierung in der Novelle überhaupt nicht angesprochen *wird. Dabei weiß die Bildungsministerin*, wie sie auch vor wenigen Tagen in einem kleinen Kreis mit Managern in Köln andeutete, daß sie sich dieser Frage annehmen muß. Nach Angaben von Teilnehmern hat sie dabei auch nicht ausgeschlossen, im Zuge einer umfassenden Regelung dieser Frage auch vor dem ebenfalls wettbewerbs- und qualitätssteigernden Mittel von Studiengebühren nicht generell zurückzuschrecken.

Neue Anstöße für gemeinsame Sicherheitspolitik der EG

Kohl und Mitterrand wollen europäischen Einigungsprozeß vorantreiben

B. CONRAD, Bad Kreuznach

Einen wesentlichen Schritt nach vorn in der deutsch-französischen und der europäischen Zusammenarbeit erhofft sich die Bundesregierung von den zweitägigen Konsultationen zwischen Bundeskanzler Helmut Kohl und Staatspräsident François Mitterrand, die gestern nachmittag in Bad Kreuznach begannen. Im Vordergrund der Beratungen steht die Außen- und Sicherheitspolitik, die bisher im Rahmen der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ) nur Gegenstand unverbindlicher *Konsultationen war und nun auf* Wunsch von Paris und Bonn innerhalb der EG auf eine neue Grundlage gestellt werden soll.

Außerdem werden von dem Gipfeltreffen zumindest Vorentscheidungen über europäische Weltraumpläne und eine Beteiligung an einer amerikanischen Raumstation sowie neue Anstöße zur Förderung des Deutsch- und Französisch-Unterrichts erwartet.

Auf Adenauers Spuren

Mitterrand wurde am Nachmittag vom Bundeskanzler, dem rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Bernhard Vogel und Landtagspräsidenten Albrecht Martin auf dem Militärflughafen *Pferdsfeld* begrüßt. Vor dem Kurhaus in Bad Kreuznach, in dem 1958 der damalige Bundeskanzler *Konrad Adenauer* und der französische Staatspräsident Charles de Gaulle den Elysée-Vertrag konzipiert hatten, fand dann der offizielle Empfang mit militärischen Ehren statt. Anschließend setzten sich Kanzler und Staatspräsident zu einem Gespräch unter vier Augen sowie die Fachminister zu Parallelberatungen zusammen. Später traf Kohl auch Premierminister Laurent Fabius. Den Abschluß des ersten Tages bildete ein Bankett im Ovalen Saal des Kurhauses.

Schon vor dem Eintreffen der Chefs hatten Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher und Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner in einer gemeinsamen *Beratung* mit Außenminister Claude Cheysson und Verteidigungsminister Charles Hernu *die Konsultationen eingeleitet*. Die vier Minister hatten gerade erst zusammen an der Ministerratssitzung *der Westeuropäischen Union* (WEU) in Rom teilgenommen. Befriedigt von der dort beschlossenen Stärkung des „europäischen Pfeilers" der NATO, berieten sie nun über aktuelle zweiseitige sicherheitspolitische Fragen und eine bessere außen- und sicherheitspolitische Koordinierung innerhalb der EG.

Staatssekretär Peter Boenisch hatte *zuvor in Bonn darauf hingewiesen*, daß die Bundesregierung und die französische Regierung sich im Wunsch nach europäischen Fortschritten auf das Machbare – und das seien die Außen- und Sicherheitspolitik – konzentrieren wollten. Die deutsch-französischen Beziehungen hätten immer eine gewisse Leitfunktion für neue Anstöße zum europäischen Integrationsprozeß gehabt.

Außer Kohl, Genscher und Wörner nehmen auf deutscher Seite noch Fi*nanzminister Gerhard Stoltenberg*, Wirtschaftsminister Martin Bangemann, Forschungsminister Heinz Riesenhuber, Postminister Christian Schwarz-Schilling und die Beauftragte für die deutsch-französische Zusammenarbeit, Helga Wex, an den Konsultationen teil. Der französischen Delegation gehören neben Mitterrand, Fabius, Cheysson und Hernu auch die Minister Edith Cresson (Industrie), Roland Dumas (Europa), Pierre Beregovoy (Finanzen und Wirtschaft), Hubert Curien (Forschung) und Jack Lang (Kultur) an.

Zur Vorbereitung des Gesprächsthemas „Zusammenarbeit in Forschung und Technologie" war der Bundeskanzler am Freitag mit den Ministern Genscher, Riesenhuber, Bangemann, Stoltenberg und Wörner zusammengetroffen.

Gespräch über „Ariane"

Offenbar ist die Bundesregierung bereit, sich an der Weiterentwicklung der Trägerrakete „Ariane" als möglicher Grundlage für eine eigene europäische Raumfahrt zu beteiligen, plädiert aber auch für die Beteiligung an amerikanischen Weltraumprojekten, um den Anschluß an die Spitzentechnologie zu halten. Bei der Finanzierung gibt es *anscheinend noch* erhebliche Meinungsunterschiede.

In Bad Kreuznach soll auch über die Zusammenarbeit bei der Entwicklung von Großgeräten, den Bau von Schnellbahnen, über den Airbus, die Entwicklung von Telefonsystemen und Medienfragen beraten werden.

Heute vormittag werden die Kreuznacher Konsultationen zunächst im kleinen Kreis und später mit einer Plenarsitzung fortgesetzt. Den Ab*schluß bildet eine Pressekonferenz*. Dann fliegen Kanzler und Staatspräsident nach Koblenz, um der Rückgabe der zuletzt im Pariser Invalidendom verwahrten Kanone „Vogel Greif" aus dem Jahre 1524 beizuwohnen. Nachmittags verabschiedet Kohl seinen Gast auf dem Militärflughafen Pferdsfeld.

Scargills Libyen-Kontakte stoßen auf heftige Kritik

Das Treffen mit Khadhafi kann zur Wende im Streik führen

WILHELM FURLER, London

Die Empörung über die am Wochenende bekannt gewordenen Kontakte und Treffen zwischen der Führungsspitze der britischen Bergleute-Gewerkschaft NUM und dem libyschen Regime mit Staatschef Khadhafi schlägt immer höhere Wellen. Beobachter glauben bereits, daß diese Affäre der Führung der Bergarbeiter-Gewerkschaft unter dem linksradikalen Scargill derart schaden wird, daß es möglicherweise schon *bald* zu einem *Ende* des langen Kohlestreiks kommen könnte.

Entsetzen über das Treffen des *NUM-Chefs Scargill* mit einem Vertrauten Khadhafis, der vom französischen Geheimdienst als „Zahlmeister des Regimes" bezeichnet wird, sowie über das Treffen eines Top-NUM-Funktionärs mit Khadhafi selbst zeigen weite Teile der Bevölkerung sowie Kabinettsmitglieder und Politiker der gemäßigten Parteien. Auch die führenden Politiker der Labour-*Opposition* und *Gewerkschaftsfunk*tionäre haben das Vorgehen von Scargill und Windsor, dem Hauptgeschäftsführer der NUM, *inzwischen* scharf verurteilt.

Als besonders empörend und beschämend empfinden die Briten Fernsehbilder, auf denen die Begrüßung von Windsor durch Staatschef Khadhafi und dabei lange Umarmungen und Verbrüderungen der beiden festgehalten wurden. Diese Aufzeichnungen des libyschen Fernsehens aus *Tripolis wurden am Sonntagabend* vom britischen Fernsehen ausgestrahlt.

Noch immer stehen die Briten unter dem Eindruck der Ereignisse vor sechs Monaten, als aus den Räumen der libyschen Volksvertretung im Herzen Londons die junge Polizeibeamtin Yvonne Fletcher erschossen worden war, weil auf dem Platz vor dem Gebäude eine kleine Gruppe gegen das Khadhafi-Regime demonstriert hatte. Seither sind die politischen Beziehungen zwischen London und Tripolis abgebrochen.

Die Bestätigung über die beiden Treffen der Führung der Bergarbeiter-Gewerkschaft mit Oberst Khadhafi und dessen Vertrauten ist vor allem bei führenden Vertretern der britischen Gewerkschaftsbewegung auf Wut und Empörung gestoßen. Über die beiden Reisen – Scargill und Windsor am 8. Oktober nach Paris, Windsor am 22. Oktober nach Tripolis – *ist* nicht einer von ihnen vorab informiert worden. Die Mehrheit steht voll hinter den Worten von Oppositionsführer Kinnock, der die *Idee* der Bergleute, vom „niederträchtigen" Regime Libyens möglicherweise Geld angeboten zu bekommen, als eine Beleidigung gegen alles bezeichnet hatte, wofür die britische Gewerkschaftsbewegung einstehe.

Obwohl Scargill inzwischen mehrfach versichert hat, daß seine Gewerkschaft *finanzielle Hilfe aus Li*byen weder erhalten noch darum gebeten habe, werden diese Beziehungen zu Tripolis von hohen Gewerkschaftsfunktionären wie David Basnett als „äußerst töricht und für das Ansehen der Gewerkschaftsbewegung sehr schädlich" bezeichnet. Schon heißt es, daß jetzt der Druck auf die Bergarbeiter-Gewerkschaft von *Seiten vieler Gewerkschaften* wachsen wird, endlich den Konzessionen zur Beendigung des achtmonatigen Kohlestreiks zuzustimmen.

Basnett soll sogar behauptet haben, daß sich Windsors Freiflug nach Libyen als in Wahrheit „teuerste und folgenschwerste Reise eines Gewerkschaftsfunktionärs seit langer Zeit" herausstellen werde. Denkbar ist, daß die oberste Führungsspitze des Gewerkschafts-Dachverbandes TUC aufgrund der jüngsten Vorkommnisse *zusammentrifft und* selbst einen akzeptablen Kompromiß zur Beendigung des Kohlestreiks ausarbeiten wird.

Zwar könnten Scargill und seine Funktinäre nicht zu einer Annahme gezwungen werden, aber an einer Forderung der TUC-Spitze, eine Urabstimmung unter den Bergleuten über einen solchen neuen Kompromiß *abhalten zu lassen*, kämen sie wohl nicht vorbei.

Energieminister Walker wurde gestern *im Unterhaus zu den* Libyen-Kontakten der Bergleute-Gewerkschaft befragt. Nach Ansicht des Ministers hat die Gewerkschaft von Scargill einen schweren Fehler begangen. „Sie müssen einen Mann immer an seinen Freunden messen", meinte er.

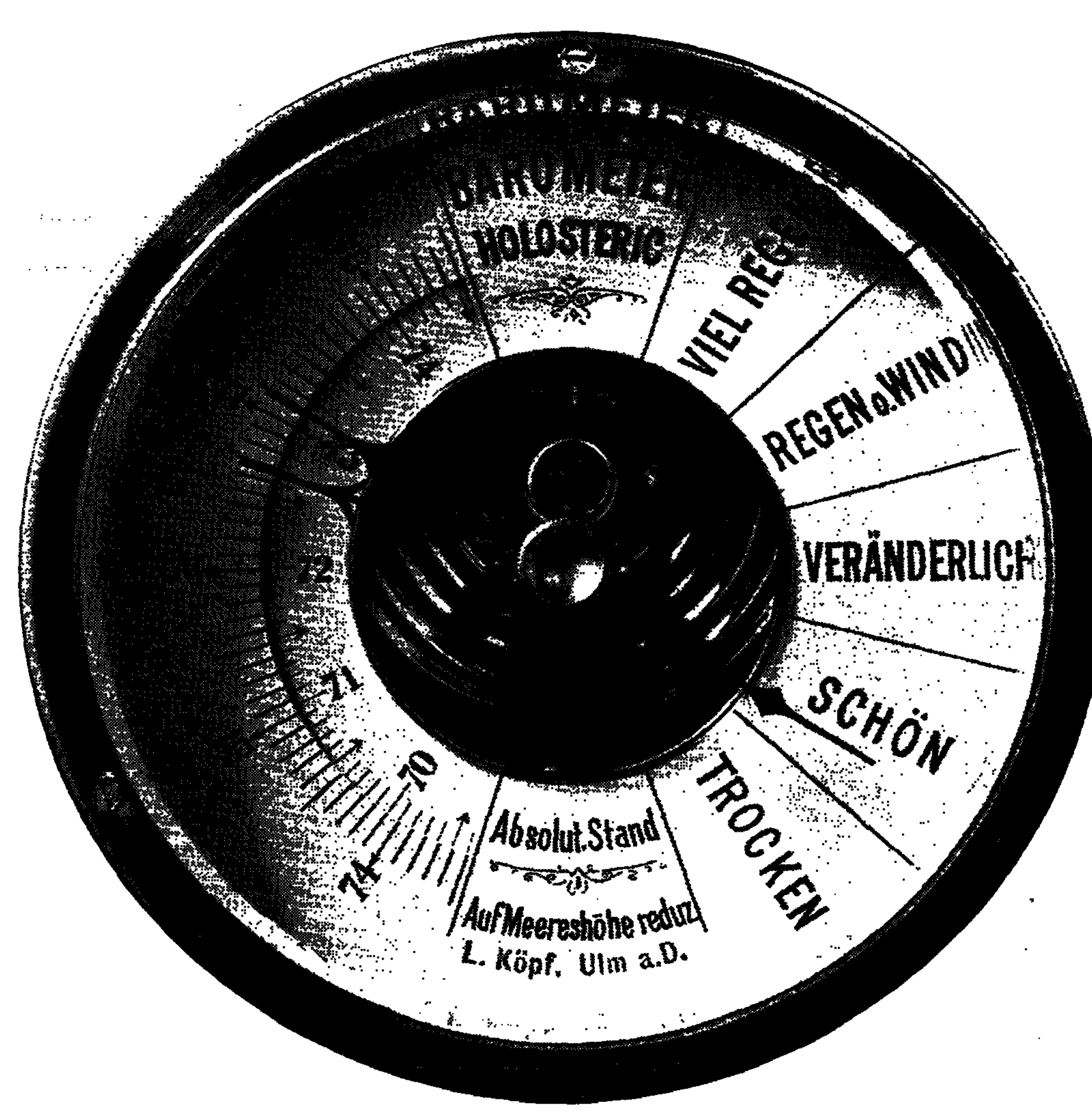
KPF: Moskau verhielt sich „unkorrekt"

v. K. Paris

Das magere Ergebnis des von der KPF und ihrer Gewerkschaft CGT organisierten „Friedensmarsches" am Sonntag in Paris sowie die „unkorrekte" Haltung der KPdSU im Fall Abouchar werden auf der zweitägigen Sondersitzung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Frankreichs zur Sprache kommen, die sich seit gestern mit der Vorbereitung des 25. Parteitages im kommenden Frühjahr befaßt. Zu beiden Aspekten haben sich im Vorfeld der *ZK-Sitzung* führende Kommunisten kritisch zu Wort gemeldet.

Zu dem offiziell vom „Appell der Hundert", einer Vereinigung von Pazifisten aus Kultur, Politik und Wissenschaft, einberufenen Friedensmarsch hatten sich bei regnerischem Wetter am Sonntag nur etwa 20 000 Menschen im Osten der Hauptstadt versammelt. Die Zahl blieb weit unter den Erwartungen der kommunistischen Parteiführung, die noch im Vorjahr mit gut 80 000 Teilnehmern bei einer ähnlichen Veranstaltung in Ostparis ein weithin beachtetes Ergebnis erzielt hatte. Diesmal blieben Kommunisten und Gewerkschafter unter sich, ihr Umzug verlief durch leere Straßen.

Ausgesprochen erbost haben Frankreichs Kommunisten auf die Tatsache reagiert, daß der aus afghanischer Haft freigelassene Fernsehjournalist Abouchar seine Freiheit jetzt ganz offensichtlich sowjetischem Betreiben zu verdanken hat, während die KPF sich in ihren Protesten ausschließlich an die afghanische Bruderpartei gehalten hatte. „Die KPdSU hat sich in diesem Fall unkorrekt benommen", sagt Politbüro-Mitglied Maxime Greretz. Die Sache werde beim nächsten Treffen mit sowjetischen Genossen *mit* Sicherheit zur Sprache kommen.



Kritik am Weltkirchenrat

„Blind für Menschenrechtsverletzungen in Osteuropa"

idea, London

Mangelndes Eintreten für die Men*schenrechte in Osteuropa hat der Lei*ter des englischen Ostkirchenforschungsinstitutes „Keston College", Pfarrer Michael Bourdeaux (Keston bei London), dem Weltkirchenrat vorgeworfen. In einer Rede vor dem königlichen Institut für internationale Angelegenheiten in London wies Bourdeaux gestern darauf hin, daß seit der Aufnahme der russisch-orthodoxen Kirche in die ökumenische Organisation die Kritik an der Christenverfolgung in der Sowjetunion allmählich verstummt sei.

Seit 1968 seien nur noch Maßnahmen getroffen worden, die „in voller Übereinstimmung mit der sowjetischen Außenpolitik" stünden, sagte Bourdeaux. So klammere das Antirassismus-Programm des Weltkirchenrates die Unterdrückung sowjetischer Minderheiten, etwa der Juden, bewußt aus. Die Vertreter aus *der UdSSR im Zentralkomitee* des Weltkirchenrates hätten „gegen jedes gemeinsame und öffentliche Eintreten für die Menschenrechte im Ostblock ihr Veto eingelegt". Bourdeaux hält die Weltkirchenrats-Politik gegenüber der Sowjetunion für gescheitert. Sie habe die anderen Mitgliedskirchen im Blick auf die wirkliche Situation sowjetischer Christen „in die Irre geführt". Der Pfarrer tritt demgegenüber dafür ein, daß der *Weltkirchenrat ein eventuelles* Ausscheiden der offiziellen russisch-orthodoxen Vertreter in Kauf nehmen sollte, um gemäß seiner eigenen Richtlinien auch die osteuropäischen Christen „moralisch, materiell und politisch" zu unterstützen. Bourdeaux: „Dieser Kurs würde sich in Übereinstimmung mit der Mehrheit der Gläubigen in Osteuropa befinden und das Auftreten ihrer Vertreter gegenüber der Regierung stärken."

Nach Bourdeaux' Worten besteht in Osteuropa unterhalb des kirchlichen Überbaus, der mit den Regimen kollaboriere, ähnlich wie im Dritten Reich in Deutschland eine „bekennende Kirche". Wenn man jede Möglichkeit nutze, um Beziehungen mit ihr zu pflegen, wäre dies – so Bourdeaux – „der Weg zu echtem Frieden". Allein die daraus resultierende Publizität würde Druck auf die *Sowjetregierung ausüben, so daß sie* Liberalisierungs-Maßnahmen treffen müßte.

Pfarrer Bourdeaux ist in diesem Jahr Träger des angesehenen „Templeton-Preises für Fortschritte in der Religion". Nach Angaben seines Institutes sind in der Sowjetunion zur Zeit 336 Personen aus religiösen Gründen in Haft.

Neue Kontakte in Korea

Nach langer Pause wieder Gespräche über humanitäre Fragen

DW. Pjöngjang

Nordkorea hat sich nach einer Pause von elf Jahren jetzt zur Wiederaufnahme der Gespräche über humanitäre Fragen mit Südkorea bereiterklärt. Als Termin für einen ersten vorbereitenden Kontakt, bei dem Themen und der weitere Fahrplan festgelegt werden sollen, hat der Staatssender Radio Pjöngjang gestern den 20. November vorgeschlagen. *Die Verhandlungen sollen von den Vertretungen des Roten Kreuzes beider Staaten geführt werden. Damit* verstärken sich Hinweise darauf, daß beide Seiten an einer Entspannung *interessiert sind*.

Eine erste Serie von Gesprächen unter der Federführung des Roten Kreuzes *hatte* es in den Jahren 1972 und 1973 in Pjöngjang und Seoul gegeben. Hauptthema war damals die Familienzusammenführung auf der geteilten Halbinsel gewesen. Etwa zehn Millionen Menschen sind im Zweiten Weltkrieg und später im Korea-Krieg von ihren Verwandten getrennt worden. Ihre Zusammenführung dürfte auch jetzt im Mittelpunkt der angekündigten neuen Gespräche stehen. Vor elf Jahren hatte sich Nordkorea aus politischen Gründen vom Konferenztisch zurückgezogen.

Auch auf anderen politischen Ebenen wollen beide Staaten die Kontakte wieder intensivieren. Für den 15. November ist ein erstes Gespräch über die Möglichkeiten zur Aufnahme von Wirtschafts- und Handelsbeziehungen vereinbart worden. Noch vor zwei Monaten war eine solche, vom südkoreanischen Staatschef Chun Doo-Hwan gegebene Anregung von Nordkorea schroff abgelehnt worden. *Die jetzt* gegebene Zustimmung deutet auf einen Stimmungsumschwung der kommunistischen *Regierung in Pjöngjang hin – offen*sichtlich haben sich zur Zeit dort jene Politiker durchgesetzt, die für eine entspanntere Atmosphäre *auf der* Halbinsel plädieren.

Ein erstes hoffnungsvolles Signal *hatte es Ende September* gegeben, als Nordkorea Hilfsgüter für die Opfer der Flutkatastrophe in Südkorea zur Verfügung *stellte*. Unbestätigt *sind* bislang allerdings Meldungen geblieben, wonach es auch Geheimgespräche über die Bedingungen für eine Teilnahme Nordkoreas an den Olympischen Sommerspielen 1988 in Südkorea geben soll. Allerdings gab es in der vergangenen Woche in Peking am Rande einer internationalen Sportkonferenz eine Begegnung zwischen nord- und südkoreanischen Sportfunktionären.

Kampagne erfolglos

JGG. Bonn

Die auf Hochtouren laufende Kampagne Warschaus gegen die Bundesregierung findet bei der Bevölkerung offensichtlich nur geringe Beachtung. So schlägt das Organ der polnischen Nationaldemokraten („Gesellschaftsordnung") Alarm: „Es ist geradezu überraschend, daß viele Polen *geneigt sind, die deutsche Bedrohung* zu minimalisieren". Argumentiert werde mit dem Hinweis, daß nur „die *ganz alte Generation*" sowie „ein geringer Teil der Umsiedler" in der Bundesrepublik Deutschland Grenzforderungen an Polen stellten. „Das ist eine gefährliche Illusion, mit der man sich das Weltbild je nach Wunsch und Sympathie gestaltet", schreibt das Blatt. Und *zu* dieser Einstellung hätten nicht nur die Geschenksendungen aus der Bundesrepublik, sondern auch Äußerungen des Regimekritikers, Jan Jozef Lipski, beigetragen. Lipski hatte in Beiträgen für westliche Presseorgane geschrieben, aus innenpolitischen Gründen sei die „Revanchismus"-Kampagne Warschaus inszeniert worden.

Gomulka-Vertrauter Pilichowski tot

JGG. Bonn

Der Vorsitzende der „Hauptkommission für die Erforschung Von NS-Verbrechen in Polen", Czeslaw Pilichowski, ist im Alter von 70 Jahren gestorben. Das KP-Organ „Trybuna Ludu" hebt in einem langen Nachruf hervor, daß Pilichowski bereits vor dem Kriege eine gewichtige Rolle in polnischen Organisationen spielte, die die Annektion Schlesiens und Ostpreußens vorbereiteten. Später wurde er Mitglied der KP und Mitarbeiter des „Ministeriums für die wiedergewonnenen Gebiete" unter Wladyslaw Gomulka

Pilichowski überstand alle Neuumbildungen im Staats- und Parteiapparat. Er galt als unversöhnlicher Mann gegenüber den Deutschen. Unermüdlich *forderte die* Einstellung der Familienzusammenführung.

„Nie Geld von Flick bekommen

ms. Bonn

Der SPD-Politiker Karl Wienand hat *gegenüber der WELT erklärt*, er habe kein Geld vom Flick-Konzern bekommen. In der List des früheren Chefbuchhalters von Flick, Diehl, war unter dem Namen von Wienand ein Betrag von 40 000 Mark aufgeführt. Wienand sagte, er „habe nie Geld von Flick bekommen". Dies habe ihm das Unternehmen in einem Brief im Herbst 1982 bestätigt.

Heereman wiedergewählt

AP, Bremen

Konstantin Freiherr Heereman ist gestern in Bremen einstimmig in seinem Amt als Präsident des Deutschen Bauernverbandes bestätigt worden. Alle 237 abgegebenen Stimmen der Delegierten wurden für Heereman abgegeben. Heereman steht seit 1969 an der Spitze des Verbandes.

Wichtige Reform

J. Sch. (Paris) – Frankreichs Wirtschafts- und Finanzminister Beregovoy nutzt jede Gelegenheit, sein liberales Image zu festigen. Nachdem er die Devisenkontrollen stärker gelockert hatte, als dies sein Amtsvorgänger Delors wagen wollte, kündigte er jetzt die Liberalisierung der quantitativen Kreditbeschränkungen an.

Der Zeitpunkt dafür ist günstig. Denn zum ersten Mal seit Einführung dieses Systems vor 12 Jahren können die Banken die ihnen behördlich eingeräumten Kreditkontingente nicht mehr voll nutzen. Wegen der schlechten Konjunktur, aber auch deshalb, weil die Unternehmen ihre Selbstfinanzierung verbesserten, hat sich die Kreditnachfrage zurückgebildet. Das kann sich allerdings wieder ändern.

Damit kommt der Reform grundsätzliche Bedeutung zu. Sie soll vor allem den Wettbewerb zwischen den Banken fördern. Bisher machten sie sich wenig Konkurrenz, weil sie über ihre voll ausgenutzten Kontingente keine neuen Kredite bereitstellen konnten.

Nun will Beregovoy die Kreditentwicklung durch ein neues, an den verteilten Krediten ausgerichtetes Mindestreservesystem kontrollieren. Wie dieses aussehen wird, bleibt noch abzuwarten. Immerhin beweist Beregovoy mit dieser Reform Mut. Der Lohn dafür könnte in einer Kreditverbilligung bestehen, die nach dem derzeitigen System nicht zu erwarten wäre. Allerdings bedarf es dazu auch einer weiteren Reduzierung der Inflationsrate. In dieser Beziehung stehen die konkurrenzfördernden Maßnahmen noch aus.

Lose Milch

hdt. – Trotz aller Rückbesinnung auf nostalgische Vertriebsformen, die bundesdeutschen Verbraucher *halten nicht viel von lose verkaufter* Milch. Auch Appelle an die Vernunft, hier doch überflüssige Verpackung einzusparen, haben bisher wenig gefruchtet, ebensowenig wie die vereinzelte Einführung von Milch-Selbstzapfanlagen. Wie nämlich die Absatzstatistik der Landesvereinigung der Milchwirtschaft in Nordrhein-Westfalen deutlich macht, wurden in diesem Bundesland im ersten Halbjahr 1984 nur noch 5,2 Prozent aller Konsummilch lose verkauft, noch weniger *als die 5,7 Prozent des Vorjahres.* Zu Beginn der sechziger Jahre waren es immerhin noch mehr als 41 Prozent. *Der Unterschied zwischen* Theorie und Praxis im Verbraucherverhalten wird damit wieder einmal sehr deutlich. Gewisse Parallelen im Verhalten zum Auto und zu Geschwindigkeitsbeschränkungen sind dabei sicher nicht zufällig.

WELTSPARTAG / Sparkassen-Präsident rechnet mit weiteren Zinssenkungen

Geiger sieht Konjunkturentwicklung optimistischer als Forschungsinstitute

HANS-JÜRGEN MAHNKE, **Bonn**

Sparkassen-Präsident Helmut Geiger schätzt die konjunkturelle Entwicklung *optimistischer ein als die fünf wirtschaftswissenschaftlichen* Forschungsinstitute. Er rechnet mit einer Fortsetzung des Wachstumsprozesses 1985 in einer ähnlichen Größenordnung wie in diesem Jahr. Im *Hinblick auf 1986 hält er jedoch eine umfangreichere Steuerreform für* notwendig als jene, die von der Bundesregierung geplant ist. Weitere Zinssenkungen seien wahrscheinlich.

Aus Anlaß des 60. Weltspartages wies der Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, Helmut Geiger, in Bonn darauf hin, daß die Wirtschaftsinstitute in ihrem *Herbstgutachten, in dem sie für das* nächste Jahr mit einem Wachstum von zwei Prozent rechnen, die konjunkturelle *Entwicklung „etwas zu* pessimistisch" einschätzen. Zwar gebe es gewisse Risiken, wie die sich abflachende Baukonjunktur und die nachlassende Dynamik in den USA. Trotzdem seien die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen günstig.

„Aufgrund der relativ guten Ertragslage der Unternehmen, der günstigen Refinanzierungsbedingungen, der zunehmenden Technologie-Impulse und dem Zwang zu weiteren Rationalisierungsinvestitionen kann mit einer anziehenden Investitionskonjunktur gerechnet werden", meinte Geiger. Der deutsche Stabilitätsvorsprung und die Abwertung der Mark gegenüber dem Dollar hätten zudem die internationale Wettbewerbsfähigkeit deutlich verbessert. Daher dürfte sich die Exportdynamik dieses Jahres 1985 nicht wesentlich abschwächen, zumal da die westeuropäischen Länder, in die der größte Teil der deutschen Ausfuhren fließt, in der *Konjunkturstabilisierung* nachhinken und auch im nächsten Jahr für Produkte aus der Bundesrepublik *aufnahmefähig* bleiben.

Die wirtschaftliche Entwicklung 1985 könne sich in einem weitgehend *störungsfreien Umfeld vollziehen:* niedrige Preissteigerungsrate, geringerer Anstieg der öffentlichen Ausgaben, normalisiertes Zinsniveau. Dies werde den unternehmerischen Kreditbedarf begrenzen; hinzu komme der sinkende Kapitalbedarf am Wohnungsmarkt. Demgegenüber dürfte das Kapitalangebot, das weit überwiegend aus der Ersparnisbildung der privaten Haushalte stammt, bei einer leichten Zunahme der Realeinkommen und unter der Voraussetzung einer etwa gleichbleibenden Sparquote das diesjährige Niveau leicht überschreiten. „Für das kommende Jahr ist mit einer weiter entspannten monetären Situation zu rechnen", betonte Geiger.

Sorge bereite der hohe Dollar-Kurs, weil dadurch falsche Kapazitäten aufgebaut werden und sich eine Verzerrung der Unternehmensstruktur entwickeln könnte. Belastend wirke auch die Unsicherheit in der Bauwirtschaft. Das *Auslaufen der Investitionsrücklage* und der Umsatzsteueroption bei Bauherrenmodellen *habe bereits zu einer sinkenden* Baunachfrage geführt. Deshalb sei eine Neuregelung der steuerlichen Rahmenbedingungen für die eigengenutzten Wohnungen besonders dringlich.

Unter dem Strich seien die Aussichten für 1985 noch relativ gut. Die Wirtschaftspolitik müsse sich jedoch bereits an den Entwicklungslinien für 1986 orientieren, wenn sich die weltwirtschaftliche Expansion abschwächen sollte. Geiger hält daher eine umfangreichere Steuerreform, als die von der Bundesregierung geplante, zum 1. Januar 1986 für notwendig.

Privatpersonen hätten in den ersten neun Monaten 1984 5,6 Milliarden Mark bei den Sparkassen gespart, verglichen mit einem Rückgang der Ersparnisbildung um 1,8 Milliarden ein Jahr zuvor. Für 1984 insgesamt rechnet Geiger mit einem privaten Sparaufkommen von 23 Milliarden Mark bei den Sparkassen, wovon rund zehn Milliarden auf Zinsgutschriften entfallen dürften. Die gesamte Ersparnis in der Bundesrepublik veranschlagt Geiger in diesem Jahr auf 143 Milliarden Mark, fünf Prozent mehr als 1983. Dadurch dürfte die Sparquote von 12,5 auf 12,7 Prozent steigen.

INSTITUT DER WIRTSCHAFT

Patent- und Lizenzverkehr: Bundesrepublik holt auf

HEINZ HECK, *Bonn*

Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) hat davor gewarnt, aus dem Defizit in der deutschen Patent- und Lizenzbilanz unmittelbare Rückschlüsse auf die technologische Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu ziehen. Denn die Bilanz erfasse ausschließlich den entgeltlichen Teil des Patent- und Lizenzhandels, berücksichtige also nicht den Know-*how-Export,* der durch die Ausfuhr technologieintensiver Produkte und Anlagen sowie durch Direktinvestitionen und Ausbildungsmaßnahmen zustande komme.

Während das Defizit der Patent- und *Lizenzbilanz* der Bundesrepublik 1983 rund 1,5 Milliarden Mark betrage, ergebe sich „bereinigt" (ohne *Unternehmen mit maßgeblicher* ausländischer Kapitalbeteiligung) sogar ein Überschuß von 577 Millionen Mark.

Der Umsatz der deutschen Patent- und Lizenzbilanz hat mit 4,5 Milliarden Mark (1983) nur einen unbedeutenden Anteil am gesamten Dienstleistungsumsatz von rund 248 Milliarden Mark in der Zahlungsbilanzstatistik. Dennoch werde diese Teilbilanz „mit großer Aufmerksamkeit beobachtet", da sie häufig als Indikator technologischer Leistungsfähigkeit interpretiert werde. Die Einnahmen sind seit 1973 mit 9,7 Prozent im Jahresdurchschnitt deutlich stärker gestiegen als die Ausgaben mit 6,2 Prozent. Diese stetige Entwicklung habe das relative Defizit im deutschen *Know-how-Handel* spürbar verbessert, und die Defizitquote (also das Bilanzdefizit als Anteil des Patent- und Lizenzumsatzes) sei von 47 Prozent 1973 auf rund 33 Prozent 1983 zurückgegangen. Das Institut wertet diese Tendenz als „ein deutliches Zeichen dafür, daß die Bundesrepublik als Vergabeland von Patenten und Lizenzen an Gewicht gewonnen hat".

Es überrascht, daß Japan nicht unter den *fünf* wichtigsten „Lieferanten" im Know-how-Geschäft mit der Bundesrepublik erscheint: Rund 92 *Prozent der Ausgaben für Patente* und Lizenzen entfielen 1983 auf die USA (56,3 Prozent), die Schweiz (17,3), die Niederlande (11,6), Frankreich (4,6) und Großbritannien (2,3).

Japan ist mit Ausgaben von 4,3 Mil*liarden Mark der weltweit* größte Importeur von Patenten und Lizenzen. Seine Know-how-Bilanz schloß 1982 mit einem Fehlbetrag von 2,9 Milliarden Mark. Auf Platz zwei folgt die Bundesrepublik mit Ausgaben von *3,0 Milliarden, gefolgt von Italien* und Frankreich.

Mit Abstand größter Exporteur sind die USA mit Einnahmen von knapp 19,6 Milliarden Mark, denen nur Ausgaben von rund 1,4 Milliarden gegenüberstehen, so daß sich 1983 ein Überschuß von mehr als 18 Milliarden Mark ergab. Die USA kassieren damit aus dem Patent- und Lizenzverkehr mehr als doppelt soviel wie die übrigen fünf in die Untersuchung einbezogenen Industrieländer zusammen.

Luftfahrt im Aufwind

Von GERD BRÜGGEMANN

Die *internationale Luftfahrt hat* Aufwind. Seit Mitte des vergangenen Jahres wachsen nicht nur Passagierzahlen und Frachtmengen, auch die Erträge haben sich so verbessert, daß die Branche zum ersten Mal seit 1979 wieder einen Gewinn vorzeigen kann. Damit geht eine fünfjährige Rezessionsphase zu Ende, während der die internationale Luftfahrt in finanzielle und verkerspolitische Turbulenzen geriet, deren Folgen noch lange nachwirken werden.

Wie aus dem Rechenschaftsbericht der International Air Transport Association (Iata) hervorgeht, der gegenwärtig auf der 40. Generalversammlung des Verbandes in Montreal diskutiert wird, stiegen die Verkehrserlöse 1984 gegenüber dem Vorjahr um knapp zehn Prozent. Das ist erheblich mehr, als noch vor einigen Monaten für möglich gehalten wurde.

Da auch die Ladefaktoren sich deutlich erhöhten und das Frachtgeschäft zweistellige Zuwachsraten aufweist, hat sich die Lage des Luftverkehrs deutlich gebessert, ohne daß Passagiere und Verlader mit höheren Preisen dazu beitragen mußten. Bei der Iata besteht Hoffnung, daß sich diese Entwicklung im nächsten und möglicherweise auch noch im übernächsten Jahr fortsetzen wird.

Über die Lage der einzelnen Fluggesellschaften geben solche Globalzahlen natürlich keine Auskunft. Während einige Unternehmen wie etwa Lufthansa oder Swissair die Jahre des Niedergangs relativ unangefochten überstanden, haben andere trotz gestiegener Nachfrage und höherer Erträge unverändert mit Schwierigkeiten zu kämpfen.

Es wird geraume Zeit dauern, bis in den Bilanzen der Fluggesellschaften wieder normale Relationen hergestellt sind. In den langen Rezessionsjahren hat sich eine Gesamtverschuldung von mehr als zehn Milliarden Dollar aufgebaut, die jährliche Zinsleistungen von 1,6 Milliarden Dollar erfordert.

Trotz erheblich verbesserter Verkehrsergebnisse bleibt die wirtschaftliche Basis des Luftverkehrs mithin anfällig. Geringe Veränderungen in Kapazitäten, Kosten und Erträgen können die Lage sofort verändern. „Die Luftfahrtindustrie verdient nicht annähernd genug, um neben der Kostendeckung auch noch genügend Mittel für dringend notwendige Investitionen, vor allem für *die Flottenerneuerung* bereitzustellen", sagt Knut Hammarskjöld, langjähriger Iata-Generaldirektor, der Mitte 1985 aus dem Amte scheiden wird. Gute Aussichten, der Nachfolger zu werden, hat Lufthansa-Verkaufsvorstand Günter Eser.

Die Iata schätzt den Investitionsbedarf ihrer 134 Mitglieder im Jahrzehnt bis 1995 auf 150 bis 200 Millarden Dollar. Die Rezessionsjahre haben neben der Gefährdung der wirtschaftlichen Grundlage auch den Trend zur Desintegration des Weltluftverkehrs verstärkt, der zuerst zu Beginn der siebziger Jahre sichtbar wurde, als durch die Einführung der Großraumflugzeuge plötzlich erhebliche Überkapazitäten entstanden.

Dadurch kam es auf wichtigen Verkehrsgebieten zu einem Tarifchaos, in dem die Ordnungsfunktion, die die Iata bis dahin ausgeübt hatte, unterging. Tatsächlich ist der Verband nie das böse Preiskartell gewesen, als das er immer denunziert wurde; seine Existenz hat vielmehr einen weltweit *integrierten* Luftverkehr erst ermöglicht.

Zwar gewann die Iata gerade in dieser Zeit eine ganze Reihe neuer Mitglieder, aber immer mehr Regierungen, offenbar veranlaßt durch die Fluggesellschaften suchten sich den Unbilden der Zeitläufe *durch nationale und* bilaterale Vereinbarungen zu entziehen. Daneben gab und gibt es immer wieder Versuche, *regionale* Interessen *auch regional* zu lösen.

Es liegt *auf der Hand, daß dadurch* der Linienluftverkehr insgesamt gefährdet wird. Er kann auf Dauer nur funktionieren, wenn er *multilateral* organisiert ist. Wer sich davon ausschließt, mag kurzfristig gewinnen. Aber schon auf *mittlere* Sicht wird ein System bedroht, ohne das es internationalen Luftverkehr nicht geben kann.

Es besteht Hoffnung, daß die Besserung der wirt*schaftlichen Lage* den Druck von den Unternehmen nimmt, sich durch Alleingänge vermeintliche Vorteile zu verschaffen. Aber mehr als eine Hoffnung ist es vorerst nicht. Die Erholungsphase muß schon lang und nachhaltig sein, um den Verfall der Sitten im internationalen Luftverkehr aufzuhalten und zu geordneten Regeln zurückzukehren. Den Nutzen hätten Fluggesellschaften und Passagiere.

AUF EIN WORT



„Auch wenn die Wirtschaft wenig Zeit zu verlieren hat, sollte sie den Erwartungshorizont *für eine grundlegende* Wende in der Wirtschaftspolitik nicht zu hoch ansetzen. Es braucht eben seine Zeit, den geschaffenen ‚Beton der Inflexibilität' demokratisch aufzu*stemmen.* Jedenfalls hat die Wirtschaft wieder ihren Stellenwert, wenn nicht sogar Priorität."

Gustav G. Hebold, Präsident der Industrie- und Handelskammer Stade.
FOTO: DIE WELT

Türkei will privatisieren

VWD, **Istanbul**

Die türkische Regierung unter Turgut Oezahl wird ab Anfang kommenden Jahres insgesamt 263 Staatsunternehmen, darunter 40 Großbetriebe, privatisieren. Dies wird der öffentlichen Hand voraussichtlich Sondereinnahmen von rund drei Mrd. Dollar bringen und zu einer Wiederbelebung *des türkischen Wertpapier*markts führen, der noch immer am Kollaps von Hunderten von Broker*firmen vor drei Jahren laboriert.* Zu den zu privatisierenden Unternehmen zählen Turkish Airlines, Turkish Petrolem Co., die Eisenbahn-, *die* Tee-, die Kohle- sowie die Post-, Telgraf und Telefon-Administration.

KAPITALMARKT

Christians sieht Chancen für gutes Börsenjahr 1985

JOACHIM WEBER, **Frankfurt**

Allmählich steigende Gewinne haben den deutschen *Unternehmen* wieder bessere Möglichkeiten der Selbstfinanzierung gebracht, so F. *Wilhelm Christians (Deutsche Bank),* Aufsichtsratsvorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Wertpa*piersparen mbH (DWS), Frankfurt.* Es bestehe aber die Gefahr, daß im Aufschwung das Problem der zu geringen *Eigenkapitalausstattung* vor allem der kleinen und mittleren Unternehmen zu schnell wieder vergessen werde.

Ein wichtiges Mittel zur Verbesserung der Situation sei nach wie vor der Gang an die Börse. Er sollte keineswegs als kurzfristige Modeerscheinung betrachtet werden. Im Gegenteil: Die Entwicklung, die 1983 mit 12 Emissionen begonnen und sich in diesem Jahr mit einer gewachsenen Zahl fortgesetzt habe, dürfe nicht abreißen. Christians: „Diese Aufgabe wird uns noch Jahre beschäftigt halten."

*Die wirtschaftlichen Voraussetzun*gen für ein gutes Aktien- und Rentenjahr 1985 sind nach Einschätzung des *Deutsche-Bank-Sprechers gegeben.* Der derzeitige Konjunkturzyklus zeige – nicht zuletzt als Folge der Streiks *im ersten Halbjahr – keine Neigung* zum Überhitzen, benötige also auch keine Konjunkturbremse. Der ruhige *Verlauf,* begleitet von niedrigen Inflationsraten und einer soliden Haushaltspolitik, erhöhe die Aussicht auf einen weiteren Zinsrückgang.

Der Aktienmarkt profitiere allerdings nicht nur von der höheren Kaufbereitschaft vor allem ausländischer Anleger im Gefolge der Zinssenkungserwartungen wie auch der Dollarspekulation, sondern wesentlich auch von einer lebhaften Inlandsnachfrage, nicht zuletzt vom regen Interesse breiter Kreise an den Neuemissionen.

AGRARWIRTSCHAFT

Genscher fordert höhere Subventionen für Bauern

HANS-J. MAHNKE, **Bonn**

Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher *fordert höhere* Subventionen für die Bauern. Nur so könnten die Härten beseitigt werden, betonte er in zahlreichen *Rundfunk*-Interviews, die durch die Quotenregelung entstanden sind.

Dabei machte er noch einmal seine Bedenken gegen die Garantiemengenregelung, wie die Kontingentierung offiziell genannt wird, geltend. Diese Regelung sei von der CDU/CSU und dem Deutschen Bauernverband durchgesetzt worden. Die FDP hatte sich für eine differenzierte Erzeugermitverantwortungsabgabe eingesetzt. Allerdings war die Partei mit ihren Vorstellungen gescheitert. Marktwirtschaftlich wäre dies jedoch der richtigere – und gerade für die bäuerlichen Familienbetriebe und geringeren Einkommen verträglichere – Weg gewesen, meinte Genscher.

Die Entscheidung sei nach einer Anhörung des Bauernverbandes und seiner Landesvorsitzenden im Kanzleramt gefallen. Jetzt gehe es darum, aus der Entscheidung das beste zu machen. Es werde notwendig sein, *sich auf Hilfen zu verständigen,* die vor allem den Familienbetrieben im unteren Einkommensbereich zugute kommen. *Über die Höhe der Hilfen* sagte Genscher noch nichts.

Gleichzeitig wandte sich Genscher entschieden gegen den Erblast-Vorwurf der Union. Denn er könne sich noch an Aussprachen im Bundestag erinnern, in denen der frühere Landwirtschaftsminister Josef Ertl (FDP) von der CDU/CSU dafür gerügt wurde, weil er die Entwicklung innerhalb der EG in Grenzen halten wollte. Genscher begründete seine Kritik damit, daß Unionssprecher damals *mehr verlangten hätten und nicht* weniger. Mit anderen Worten: „Der Vorwurf an Josef Ertl ist unbegründet."

WIRTSCHAFTS JOURNAL

EG-Industrieproduktion auf Hochniveau

Brüssel (VWD) – Die industrielle Produktion in den Mitgliedsländern der Europäischen Gemeinschaft er*reichte im August den höchsten* Stand seit vier Jahren. Das statistische Amt der EG (Eurostat) teilte am *Montag* mit, daß der Index der EG-Industrieproduktion auf 118,4 stieg und damit um 4,7 Prozent höher lag als im August des Vorjahres mit *113,1.* Gegenüber Juli dieses Jahres mit 117,2 war die Industrieproduktion um ein Prozent höher. Zu dem deutlichen Produktionsanstieg trugen vor allem Italien, Dänemark und Irland bei.

Video-Exportrekord

Tokio (VWD) – *Japans Video-Industrie* hat im September neue Produktions- und Exportrekorde aufgestellt. Wie der *Herstellerverband am Montag* in Tokio mitteilte, stieg die Produktion in diesem Zeitraum gegenüber dem *gleichen Vorjahresmonat* um 51 Prozent auf 2,7 Mill. Videorekorder und die Ausfuhr dieser Geräte um knapp *50 Prozent* auf 2,2 Mill. Während der Export in die USA erneut um fast 130 Prozent in die Höhe schnellte, gingen die Lieferungen in die EG im September um 19,6 Prozent auf 366 000 Geräte zurück.

Neue Agraroptionen

Chicago *(VWD) – Mit der Zulas*sung neuer Agraroptionen zum Handel an sechs Rohstoffbörsen in den USA wird heute gerechnet. Die Commodity Futures Trading Commission (CFTC) wird damit das seit einem halben Jahrhundert geltende Verbot des Handels mit solchen Optionen beenden. Heute soll der Optionsterminhandel in Chicago mit *Lebend-Rindern,* in New York mit Baumwolle, in Minneapolis mit hard spring wheat, in Kansas City mit hard red winter wheat und an der Mid-America Commodity Exchange mit soft winter wheat wieder aufgenommen werden. Der normale Terminhandel mit diesen Agrarprodukten läuft an diesen Börsenplätzen bereits. In Chicago wird außerdem am Mittwoch die Aufnahme des Terminoptionshandels für Sojabohnen erwartet.

Zinssenkung in Japan

Tokio (VWD) – In Übereinstimmung mit der Zinssenkung für die *November-Emission von Regierungs*anleihen um 0,3 Prozentpunkte gehen die Sätze in fast allen Bereichen um *diese Rate auf 7,6 Prozent zurück.* Die Wertpapierhäuser in Japan bemühen sich derzeit bei den Verhandlungen *für neue Industrieanleihen ebenfalls* um eine Verringerung der geplanten Kupons um 0,3 Prozentpunkte. Für ihre *Wandelschuldverschreibungen* wollen die Wertpapierhäuser ebenfalls bei allen Novemberausgaben die *Zinssätze um 0,2 bis 0,3 Punkte* zurücknehmen. Eine Anleihe über 30 Mrd. Yen mit zwölf Jahren Laufzeit und einem Kupon von 7,2 Prozent unterzeichnete die Inter-American Development Bank (IADB) unmittelbar nach der Zinssenkung. Die IADB hatte die Emission zunächst verschoben und auf bessere Bedingungen am japanischen Kapitalmarkt gewartet.

Verschuldung wächst

Jerusalem (dpa/VWD) – Die Auslandsschulden Israels sind im ersten Halbjahr 1984 um 1,1 Mrd. auf 23,8 Mrd. Dollar (rund 64,3 Mrd. Mark) gestiegen. Wie aus gestern veröffentlichten Zahlen der staatlichen Bank of Israel hervorgeht, entspricht das einer Pro-Kopf-Verschuldung von 5 800 Dollar (15 700 DM). Die Devisenreserven des Landes seien, so die Bank, auf einen Tiefststand gesunken und könnten nur noch die Importe von 40 Tagen decken.

Lufthansa nach Seoul

Köln (dpa/VWD) – Mit der morgen stattfindenden Aufnahme einer Direktverbindung zwischen Frankfurt und Seoul zieht die Lufthansa die Konsequenz aus dem gestiegenen Verkehrsaufkommen und den zunehmenden *Wirtschaftsbeziehungen* mit Südkorea. In den vergangenen sieben Jahren hat sich das Frachtaufkommen *zwischen* beiden Ländern verzehnfacht und das Passagieraufkommen verdreifacht. Nach Schätzungen der *Lufthansa wird der Fern*ost-Verkehr für die deutsche Fluggesellschaft möglicherweise bald die *Bedeutung des Nordatlantik-Verkehrs* übertreffen. Heute beträgt der Fernost-Anteil am Jahresertrag des *Unternehmens bereits 20 Prozent,* derjenige über den Nordatlantik noch 24 Prozent. Die Lufthansa fliegt jeden *Mittwochnachmittag um 17.10 Uhr* mit einer Boeing 747 über Anchorage nach Seoul.

DIREKTINVESTITION

Kaum negative Konsequenzen

dpa/VWD, Essen

Direktinvestitionen deutscher Unternehmen in fremden Ländern haben nach Erhebungen des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI) kaum negative Konsequenzen für Beschäftigung und Wachstum im Inland. Insbesondere exportstarke Branchen zögen aus Auslandsinvestitionen überwiegend Vorteile für den Wettbewerb auf den internationen Märkten. Nur in einigen Bereichen seien auch Nachteile erkennbar.

Branchen mit ausgeprägter Investitionsneigung haben nach Feststellung des RWI ihre Außenhandelssalden meist stärker als andere Zweige verbessert. Es gebe keinen Hinweis, daß durch Direktinvestitionen die Exporte der Bundesrepublik in erheblichem Umfang ersetzt oder die Importe merklich stimuliert worden seien. Nur in einigen Wirtschaftszweigen seien negative Auswirkungen durch Auslandsinvestitionen zu beobachten – etwa in standortschwachen Branchen wie Textil-, Bekleidungs- und Lederindustrie. Doch diese Wirtschaftszweige hätten einen vergleichsweise unbedeutenden Anteil an den Direktinvestitionen, und im Gefüge der Volkswirtschaft spielten sie eine eher untergeordnete Rolle.

Die Bundesrepublik hat sich laut RWI seit 1974, unmittelbar nach dem Übergang zu flexiblen Wechselkursen, von einem Kapitalimport- zu einem Kapitalexportland gewandelt. Die ausländischen Vermögensanlagen deutscher Unternehmen haben sich seit den 70er Jahren bis 1982 auf 76,1 Mrd. DM erhöht.

OPEC-KONFERENZ / Die Teilnehmer haben sehr unterschiedliche Ansichten über Vermeidung eines Preiskriegs

Nur einige Länder zur Produktionskürzung bereit

IRENE ZÜCKER, Genf

In Genf hat am Montag die Opec-Sonderkonferenz begonnen mit den drei Zielen: erstens den bestehenden Richtpreis von 29 Dollar für leichtes Rohöl (Arabian Light) zu verteidigen, dies durch eine vorübergehende Drosselung der Produktionsmenge. Zweitens die Mitglieder wieder auf die Befolgung der Opec-Richtlinien zu verpflichten, womit vor allem Nigeria gemeint ist, und drittens die Problematik der Preisunterschiede (Differentials) zwischen den verschiedenen Erdölqualitäten anzugehen.

Minister der 13 Opec-Staaten sowie die beiden Nicht-Mitglieder Ägypten und Mexiko als Beobachter hatten bei der Konferenzeröffnung sehr unterschiedliche Ansichten, wie ein internationaler Preiskrieg verhindert werden kann. Doch die Opec, welche rund 40 Prozent des Ölverbrauchs der nichtkommunistischen Welt deckt, hofft, daß mit einem vorübergehenden Produktionsschnitt die Preise wieder stabilisiert werden können.

Als mögliche Produktionsreduktion nannte der algerische Energie-Minister Nabi am Sonntag rund 1,5 Mill. Barrel (ein Barrel = 159 Liter) pro Tag, auch Saudi-Arabien sprach sich für eine Produktionssenkung aus, doch zur Zeit sind die Saudis die einzigen, die einen substantiellen Produktionsschnitt wirtschaftlich verkraften können und sich bereits verbal dazu verpflichtet haben (1 bis max. 1,5 Mill. Faß). Andere Opec-Mitglieder haben bis jetzt nur Solidaritätsbezeugung geleistet. Doch hinter verschlossenen Konferenztüren werden Zahlen diskutiert: Im Prinzip soll Algerien zu einer temporären Produktionsreduktion von täglich 50 000 Faß bereit sein, Libyen, Venezuela und Mexiko zu je 100 000 Barrels, Kuwait 100 000 bis 150 000 Faß, während sich Ägypten zur Einhaltung des bestehenden Richtpreises verpflichtet hat und sich auch Indonesien engagieren will.

Solche Zugeständnisse sind für das schwerverschuldete Nigeria aus wirtschaftlichen Gründen nicht möglich. Nach den Worten seines Energieministers Tam David-West wäre jeder Produktionsschnitt *Selbstmord* für sein Land, dessen finanzielle Basis zu über 90 Prozent auf dem Export von Rohöl beruht. Doch Nigeria will sich weiterhin an die ihm zugestandene Produktionsquote von 1,4 Mill. Faß täglich halten, obschon das Land an *der Genfer Konferenz als Sonderfall* behandelt werden möchte und längerfristig eine Quote von 1,8 anstrebt. Um nicht aus dem Markt geworfen zu werden, hält Nigeria zur Zeit auch an seiner Preiskürzung von zwei Dollar auf 28 Dollar je Faß fest, wäre jedoch zu einer Preiserhöhung bereit, wenn dies eine neue Marktsituation erlauben würde.

Das große Problem dieser Konferenz *sind die Preisunterschiede zwischen* den einzelnen Erdölqualitäten. Die Preiskürzungen von Norwegen, England und Nigeria beweisen die nachgebende Nachfrage des qualitativ hochwertigen leichten Rohöls *(Light Crude). Wegen dieser Änderung* in der Nachfrage ist der offizielle Preis für leichtes Erdöl zur Zeit zu hoch im Verhältnis zum schweren Rohöl.

Da die Opec zur Zeit den bestehenden *Richtpreis* von *29 Dollar* je Faß für leichtes Rohöl verteidigen will, müßte das schwere Erdöl um rund einen Dollar heraufgesetzt werden. Gegenwärtig wird in Genf darüber diskutiert, ob längerfristig der offizielle Verkaufspreis für schweres arabisches Öl von *28 auf 27 Dollar* heraufgesetzt wird und die mittlere Qualität von 27,4 Dollar auf 28, während leichtes Rohöl offiziell weiterhin 29 Dollar kosten soll.

Doch bei dieser Preisveränderung entstünde die Schwierigkeit, daß mittelschweres saudisches Öl zum gleichen Preis wie das leichte nigerianische Spitzenöl verkauft würde. Aus diesem Grund versucht der saudische Erdölminister Ahmed Zaki Yamani mit allen Mitteln, die Nigerianer zu einer Rücknahme ihrer Preiskürzung zu bewegen.

Auch für die Vereinigten Arabischen Emirate sind die gegenwärtigen Preisunterschiede ein zentrales Problem. Ölminister Dr. Mana Said Al Oteiba erklärte in Genf, sein Problem mit den Differentials müsse gelöst werden, sonst werde er nach seiner *Rückkehr das Problem selbst lösen* (Preissenkung).

GROSSBRITANNIEN / Neue Konjunktur-Prognose

Arbeitslosenzahl wird steigen

WILHELM FURLER, London

Nicht sonderlich optimistisch über die Aussichten für die Konjunktur-Entwicklung in Großbritannien bis zu den nächsten Parlamentswahlen 1988 *gibt sich* die London Business School in ihrem jüngsten Lagebericht. Pessimismus äußert das angesehene Institut, das der monetaristischen Wirtschaftstheorie sehr nahe steht, insbesondere bei der *Entwicklung der Arbeitslosenzahl*. Sie werde weiter steigen und bei der nächsten Wahl offiziell 3,3 Millionen erreicht haben. Derzeit liegt die offizielle Zahl bei 3,1 Millionen.

Noch in ihrer letzten Studie im Sommer hatte die London Business School einen langsam fallenden Arbeitslosen-Trend für die nächsten Jahre vorausgesagt. Der jetzige Arbeitsmarkt-Pessimismus des Instituts *kommt trotz einer moderaten* Wachstums-Voraussage, wonach die volkswirtschaftliche Gesamtleistung in Großbritannien bis 1988 im Schnitt um jährlich rund zwei Prozent steigen wird.

Doch dies reiche für eine *Umkehr* des Arbeitslosen-Trends nicht aus. *Der Hauptgrund für den Arbeitsmarkt-Pessimismus der LBS liegt in der Bereitschaft der Unternehmer,* weiterhin relativ hohen Lohnabschlüssen zuzustimmen. Diesem Kostenanstieg versuchten sie durch erhöhte Produktivität und damit der anhaltenden Kürzung von Arbeitsplätzen zu begegnen, vor allem in der verarbeitenden Industrie. Eine zunehmende Beschäftigung in anderen Bereichen genüge nicht, die neu an den Arbeitsmarkt Kommenden zu absorbieren.

Relativ optimistisch bleibt das Bild, das die London Business School über die Inflations-Entwicklung zeichnet. Ihrer Ansicht nach wird die Preissteigerung bis 1987 bei rund fünf Prozent pro Jahr verharren, bevor sie im Jahr darauf leicht fallen werde.

Ebenfalls leicht optimistisch beurteilt das Institut die weitere Entwicklung der Verbrauchs-Ausgaben, die für die gegenwärtige Konjunktur-Belebung nahezu ausschließlich verantwortlich sind. Sie würden aufgrund der steigenden Bezüge bis 1988 um *den gegenwärtigen Satz von etwa 2,8* Prozent steigen.

JAPAN / Farbtönung der neuen Banknoten soll Fälschern das Handwerk erschweren

Eine Schönheitsoperation für den Yen

FRED de LA TROBE, Tokio

Die japanische Währung wird sich am 1. November eine Schönheitsoperation großen *Ausmaßes gefallen lassen*. Von diesem Stichtag an werden die bisherigen Banknoten im Nennwert von 10 000 Yen, 5000 Yen und 1000 Yen von neuem Papiergeld abgelöst. Die Aktion erfaßt von den vier im *Umlauf* befindlichen Notenarten lediglich die 500-Yen-Scheine nicht. Neue Banknoten im Wert von 20 Bill. Yen (250 Mrd. DM) – die den normalen Bedarf von fünf Monaten deckende Menge – liegen in den Depots der *Filialen* der Bank von Japan zur Ausgabe bereit. Der gegenwärtige Wechselkurs der japanischen Währung liegt bei knapp 80 Yen für eine Mark.

Die bisherigen Scheine der drei Nennwerteinheiten bleiben bis auf weiteres gültig. Die Bank von Japan wird diese Noten aber allmählich aus dem Verkehr ziehen und einstampfen. Die Notenpressen des Finanzministeriums und der Zentralbank haben mit der Produktion des neuen Geldes schon Ende 1982 begonnen.

Die Herstellungskosten einer neuen Banknote belaufen sich einschließlich des Papiers auf 19 Yen. Der Auf*druck* der neuen Scheine hat die Staatsmänner vergangener Jahrhunderte auf den Vorderseiten durch je einen japanischen Philosophen, Erzieher und Schriftsteller ersetzt.

Neue 500-Yen-Scheine wurden zuletzt *1969 ausgegeben, die drei anderen* Scheine sind jedoch seit 20 bis 25 Jahren im Umlauf. Neben dem Erneuerungsbedarf ist der Schutz vor Falschgeld ein wichtiger Grund für die Ausgabe der neuen Zahlungsmittel. *Die Druckkopiertechnik* hat in den letzten Jahren erstaunliche Fortschritte erzielt.

Besonders Farben, deren Tönung auch unter Einsatz elektronischer Kopiermaschinen nicht zu erreichen sind sowie der Gebrauch der Zwischenfarbtöne von violett sollen Fälschungen äußerst erschweren. Statt der Dichte von fünf bis sechs Linien je Millimeter auf den bisherigen Scheinen haben die neuen Noten eine Liniendichte von zehn bis elf.

Das neue Papiergeld ist auch kleiner als das bisherige, das etwas größer als entsprechende Banknoten in der Bundesrepublik oder in den Vereinigten Staaten ist. Die Verkleinerung beträgt zwischen neun und 17 Prozent. Eine wichtige Änderung ist außerdem eine runde unebene Markierung in der linken Ecke jeder Note, *die es Blinden ermöglicht, die einzelnen* Nennwerte festzustellen.

Die Umstellung des Papiergeldes wird beträchtliche Auswirkungen auf das Wirtschaftsleben haben. So müssen *Hunderttausende* von Wechsel-, Bargeld- und Verkaufsautomaten der Banken, Bahnhöfe, Kaufhäuser, Geschäfte und Supermärkte geändert werden. Die Geschäftsbanken Japans rechnen hierfür mit Aufwendungen von etwa *zwölf Mill. DM*, die Staatsbahnen sehen Kosten von 45 Mrd. DM für die Erneuerung der Fahrscheinautomaten voraus. Muster und Erkennungskarten der neuen Noten sind bereits an ausländische Banken und Hotels versandt. (SAD)

NAMEN

Rainer Treitz (35), ist per 1. Oktober zum Verkaufsdirektor und Mitglied der Geschäftsleitung von Alfa Romeo Deutschland ernannt worden. Sein Nachfolger als Leiter der Region *Mitte* in *Düsseldorf* wurde **Karl Ludwig Gerber**, bisher stellvertretender Regionalleiter der Region Süd.

Dr. **Günther Fritzsche**, Vorsitzender der Geschäftsführung der Wabco Westinghouse Fahrzeugbremsen GmbH, Hannover, und Group Vice President der Wabco Europe Automotive Products ist Mitte Oktober von beiden Posten zurückgetreten. Er bleibt Aufsichtsratsvorsitzender. Zum Nachfolger als Vorsitzender der Geschäftsführung wurde **Horst Hinrichs** ernannt.

Julius Langenstein und **Albert Pfeiffer** wurden zu stellvertretenden Vorsitzenden der Industrievereinigung Gartenbedarf (IVG) eV gewählt. **Eberhard Kastner** wurde als Vorsitzender wiedergewählt.

Karl Heinz Eickenberg, Vorstandsmitglied der Dierig Holding AG, Augsburg, ist zum Vizepräsidenten der Deutschen Markting-Vereinigung gewählt worden.

EG / Handelsgespräche mit der japanischen Regierung

Weiter großes Ungleichgewicht

WILHELM HADLER, Brüssel

In entspannter Atmosphäre haben gestern in Brüssel die halbjährigen *Konsultationen zwischen* der EG-Kommission und der japanischen Regierung begonnen. Noch immer zwar besteht ein beträchtliches Ungleichgewicht in den europäisch-japanischen Handelsbeziehungen, doch hat *sich die Tendenz zu ständig* wachsenden Defiziten der Gemeinschaft inzwischen abgeschwächt.

Die dreitägigen Gespräche, die unter Leitung des Brüsseler Generaldirektors für Außenbeziehungen, Leslie Fielding, und des stellvertretenden japanischen Außenministers Reishi Teshima stattfinden, geben Gelegenheit zu einem breitangelegten Meinungsaustausch über Probleme der Weltwirtschaft und der bilateralen Beziehungen; formelle Beschlüsse sind nicht vorgesehen.

Nach den Unterlagen der EG-Kommission muß die jüngste Entwicklung des Warenverkehrs nach wie vor mit Vorsicht interpretiert werden. Zwar hat sich im ersten Halbjahr 1984 die Schere zwischen Im- und Export in der Gemeinschaft weiter geöffnet, doch ist die Entwicklung vornehmlich dadurch eingetreten, daß die EG ihre 1982 und 1983 unterbundenen Lieferungen von Schweinefleisch wiederaufnehmen und eine erhebliche Menge von Gold exportieren konnte. Die Öffnung des japanischen *Marktes hat nach Meinung der EG*-Experten noch keine hinreichenden Wirkungen gezeitigt.

Andererseits hat Japan seine Zusage zur Mäßigung beim Export „sensibler" Erzeugnisse *nur* teilweise eingehalten: Für drei Warengruppen ist das Importvolumen der Gemeinschaft im ersten Halbjahr 1984 zurückgegangen: Videorecorder (minus 13 Prozent), Fernsehröhren (minus 13 Prozent) und Motorräder über 50 ccm (minus 23 Prozent). Bei allen anderen Erzeugnissen, die freiwilligen Beschränkungen unterliegen, stiegen die EG-Einfuhren zwischen acht Prozent (Personenwagen) und 51 Prozent (bestimmten Maschinen).

STEUERBERATERTAG 1984 / Gastredner Späth

„Investoren belohnen“

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Die Förderung der Leistungsbereitschaft sollte hierzulande höchste Priorität erhalten. Diese Forderung erhob in Stuttgart anläßlich des Deutschen Steuerberatertags 1984 Verbandspräsident Dieter Krüger. Er verwies in diesem Zusammenhang darauf, daß als Folge der zu steilen Tarifprogression den Lohn- und Einkommensteuerzahlern ein immer größerer Anteil an der Gesamtsteuerlast aufgebürdet werde. 1968 machte die Lohn- und Einkommensteuer noch 22,2 Prozent aller Steuern aus, heute liegt dieser Anteil bereits bei 48 Prozent des Gesamtsteueraufkommens.

Ein überproportionaler Anstieg dieser Steuern schmälere die Leistungsbereitschaft und schwäche insbesondere die Wachstumsimpulse der gesamten Wirtschaft. Aus diesem Grunde sei die von der Bundesregierung geplante Tarifänderung, auch wenn es sich nicht um Steuervergünstigungen, sondern nur um eine Korrektur handele, zu begrüßen.

Für bedenklich hält es Krüger, daß die Tarifvergünstigungen für Ehepaare mit Kindern sich hauptsächlich erst ab 1988 auswirkten. „Wir haben keine Zeit zu verlieren, solche Tarifvergünstigungen sind möglichst bald einzuführen.“ Im Hinblick auf die Unternehmensbesteuerung meinte Krüger, man sollte endlich zu einem Steuersystem kommen, das nur noch das besteuere, was tatsächlich verbraucht werde und nicht die Beträge, die im Grunde genommen der Volkswirtschaft dienten.

Hier knüpfte auch der baden-württembergische Ministerpräsident Lothar Späth in seinem Festvortrag vor den rund 700 Steuerberatern an. Er plädierte für die Schaffung eines völlig neuen Abschreibungsrechts, das Kern der Umstrukturierung der Wirtschaft sein solle. Der Investor müsse belohnt werden. Das derzeitige Steuerrecht fördere die Konzentration und arbeite gegen den Mittelstand. Die Infrastruktur von morgen sei der Ausbau von Wissenschaft, Forschung und Technologie. Späth hält den Anteil moderner Technologien am deutschen Export für zu gering. Es würden noch in zu hohem Maße traditionelle Güter exportiert.

Mauser Waldeck deutlich erholt

J. G. Düsseldorf

Die Verluststrähne, die ausgerechnet im Börseneinführungsjahr 1980 begann, soll sich in 1983/84 (30. 9.) mit der Erwartung auf ein „annähernd ausgeglichenes Ergebnis“ ihrem Ende nähern. Diese Ankündigung macht der Büromöbelhersteller Mauser Waldeck AG, Waldeck, nachdem sich der drei Jahre hindurch gesunkene Umsatz 1983/84 um immerhin 17,9 Prozent auf 96 Mill. DM erholt hat.

Aus den seit Herbst 1983 eingeleiteten Strukturverbesserungen in den Werken sowie aus Programm-Modernisierungen besonders für Computer-Arbeitsplätze erwartet der Vorstand für 1985 „ein gutes Möbelgeschäft“ mit entsprechender Ertragssteigerung. Überdurchschnittlich gut lief in der Berichtszeit das Büromöbelgeschäft (zwei Drittel des Gesamtsortiments) mit 25 Prozent Umsatzplus. Hingegen war das Geschäft mit Sicherheitseinrichtungen und Teilen der Lager- und Betriebseinrichtungen noch nicht befriedigend. Die Beschäftigtenzahl blieb mit 814 (820) fast unverändert, der Export stieg um 35,9 Prozent auf 8,7 Mill. DM.

Befriedigende Ausschüttung

VWD, Köln

Mit einer wieder befriedigenden Ausschüttung rechnet die Deutsche Centralboden-Kredit-AG, Köln, für 1984. Wie es im Zwischenbericht für die ersten neun Monate heißt, gibt die bisherige Entwicklung der Ertragslage Anlaß dazu. Der Zinsüberschuß ist auf 126,3 (96,5) Mill. DM und der Gesamtüberschuß auf 132,1 (115,3) Mill. DM gestiegen. Den Zinserträgen von 1,42 (1,34 Mrd.) standen dabei Aufwendungen von 1,3 (1,24) Mrd. DM gegenüber, wozu ein Überschuß aus dem Einmalgeschäft von 5,8 (18,8) Mill. DM kam. Das Teilbetriebsergebnis stieg auf 98,1 (82,8) Mill. DM. Die Bilanzsumme nahm gegenüber dem Jahresende 1983 auf 25,26 (23,87) Mrd. DM zu.

Das Neugeschäft hat sich im dritten Quartal, wie es im Zwischenbericht weiter heißt, im Vergleich zum ersten Halbjahr zwar etwas belebt, doch betrug der Rückgang im Hypothekengeschäft gegenüber der Vorjahreszeit noch immer 26 Prozent. Bis zum Jahresende rechnet der Vorstand nicht damit, den Rückgang im Hypothekengeschäft aufzuholen.

ZÜNDAPP-KONKURS / Gleich zwei chinesische Delegationen wollten die Produktionsanlagen erwerben

Provinzen erhalten immer mehr Freiheiten

KAREN SÖHLER, Bonn

In Wirtschaftskreisen lösten Ende letzter Woche die Verhandlungen um die in den Konkurs gegangenen Zündapp-Werke GmbH, München, Verwunderung aus. Nachdem der Vertrag mit iranischen Interessenten annuliert worden war, weil Zeichnungs- und Zahlungsfristen nicht eingehalten worden waren, bemühten sich gleich zwei chinesische Delegationen um den Erwerb der Produktionsstätten – eine aus Peking und eine aus der Hafenstadt Tianjin, die die Werke schon Anfang Oktober begutachtet hatte und dann in die Heimat zurückgekehrt war, um die Kaufgenehmigung einzuholen.

Schon am 19. Oktober lagen die vereinbarten 16 Mill. DM bei einem Münchner Kreditinstitut bereit. Es fehlte allerdings ein Chinese, der Vollmacht hatte, den Vertrag zu ratifizieren. Aus diesem Grund hatten die Iraner zunächst den Zuschlag erhalten, konnten dann aber nicht die Zahlungsfrist bis zum 24. Oktober einhalten. Danach nahm Konkursverwalter Eckhart Müller-Heydenreich die Gespräche mit den Tianjin-Chinesen wieder auf.

Daß spontan eine in der Bundesrepublik weilende Vertretung aus Peking großes Interesse bekundete und damit in einen Wettbewerb mit den eigenen Landsleuten trat, sei Zufall gewesen, beteuert ein Sprecher der chinesischen Botschaft in Bonn. Auch das Bundeswirtschaftsministerium vertritt die Auffassung, daß in den vergangenen Jahren so viele verschiedene, aus unterschiedlichen Provinzen stammende Delegationen die Bundesrepublik besucht hätten, daß vermutlich keiner einen genauen Überblick darüber habe, welche Gruppe welchen Unternehmen seine Aufwartung macht. Wahrscheinlich sei daher, daß die Pekinger, die vor zwei Jahren schon einmal die Zündapp-Werke besichtigt hatten, von den Verhandlungen mit Tianjin nichts wußten.

Die Übersicht wird zusätzlich dadurch erschwert, daß den Provinzen in kleinen Schritten immer mehr Freiheit zugestanden wird. Hatte Peking bis vor kurzem noch alle Fäden in der Hand, so sind es jetzt die Provinz-Regierungen, die eigenständig entscheiden, was sie importieren und welche Industrie in Zukunft angesiedelt werden soll.

Über Käufe dürfen die einzelnen Regionen bis zu einem von der Zentralregierung vorgegebenen Betrag selbst entscheiden. So kann es dann natürlich kommen, daß zwei chinesische Interessenten gleichzeitig an einem Ort auftauchen. Bis zu welchem Punkt die Pekinger Zentralregierung in so einem Fall marktwirtschaftliche Prinzipien erlaubt, weiß auch die Botschaft nur ungenau zu sagen. Das getrennte Werben um Zündapp läßt noch keine Rückschlüsse zu, da verschiedene Aussagen bestätigen, daß die Pekinger Delegation sich schnell wieder zurückzog.

Zwei Ursachen kann das Interesse der Chinesen an motorisierten Zweirädern haben: Erstens ist es Politik der Chinesen, sich um in Schwierigkeiten geratene Unternehmen zu bemühen, sofern sie zum produzierenden Gewerbe gehören. Denn Fabriken und Know how lassen sich auf diese Weise günstig erwerben. Die Produktion erfolgt dann freilich im eigenen Land, wie auch bei Zündapp geplant, um die Nachfrage im Inland zu befriedigen, ohne wertvolle Devisen zu verbrauchen. Zweitens wollen die Chinesen die Motorisierung vorantreiben. Das Auto aber wäre zu teuer. Daher kommt es auch, daß die etwa 2,3 Mill. Fahrzeuge – von denen ohnehin nur 80 000 Pkw sind – fast ausschließlich Taxi-Unternehmen oder Behörden-Fuhrparks gehören.

WEST-LB / Französische Position wird verstärkt

Firmen-Ehen gefördert

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die vor 25 Jahren als erste deutsche Bank in Frankreich gegründete Banque Franco Allemande (BFA), eine Tochter der Westdeutsche Landesbank Girozentrale (West-LB), plant eine starke Ausweitung ihres auf die deutsch-französischen Handelsbeziehungen gestützten Geschäfts. Zu diesem Zweck soll das Kapital der Bank von 88 Mill. Franc in den nächsten zwei bis drei Jahren um 240 Mill. Franc erhöht werden.

Dies kündigte der Vorstandsvorsitzende der West-LB, Friedel Neuber, anläßlich des BFA-Jubiläums in Paris an. Diese bedeutenden Mittel würden vor allem zur Aktivierung des Dienstleistungsbereichs der Tochterbank verwendet. Deren Produktenpalette soll wesentlich erweitert werden mit dem speziellen Ziel, deutsch-französische Firmen-Ehen zu fördern. Gegenwärtig betreut die BFA rund 1200 Firmen beider Länder.

Die BFA wird Anfang 1985 außerdem einen eigenen Investmentfonds (Sicav) mit einem Anfangskapital von 100 Mill. Franc schaffen und eigene Anleihe-Emissionen über 100 bis 140 Mill. Franc durchführen. Die West-LB selbst plant die Ausgabe einer ECU-Anleihe auf dem französischen Kapitalmarkt. Sie hat ihrer Tochter bisher schon 175 Mill. Franc Eigenmittel verschafft, die zum Teil aus der Entschädigung für ihre Beteiligung an dem inzwischen verstaatlichten Saint-Gobain-Konzern stammen.

Trotz seiner hohen Auslandsverschuldung hält der West-LB-Vorstand Frankreich für einen „erstklassigen Schuldner und eine gute Adresse“. Die Weiterentwicklung der deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen (Warenverkehr und Investitionen) werden zuversichtlich beurteilt. Schon heute sei die BFA eine der wichtigsten Positionen im internationalen Geschäft der West-LB. Unter den ausländischen Tochterbanken steht sie an zweiter Stelle nach der West-LB International SA, Luxemburg.

In den letzten vier Jahren hat die BFA ihre Bilanzsumme von 2,17 auf 7,12 Mrd. Franc und ihr Geschäftsvolumen von 2,34 auf 7,38 Mrd. Franc ausgeweitet. Für 1983 wurde ein Reingewinn von 13,88 Mill. Franc ausgewiesen.

Die BFA ist als Depositen- und Handelsbank tätig und beschäftigt rund 200 Mitarbeiter.

HOECHST / Hervorragendes Fasergeschäft

Kapazitäten voll ausgelastet

INGE ADHAM, Frankfurt

Allenfalls eine Beruhigung des derzeit hervorragend laufenden Fasergeschäfts erwartet die Hoechst AG, Frankfurt, im kommenden Jahr. Vorerst signalisieren Auftragsbestände und vor allem gute Exportchancen bis in das zweite Quartal 1985 eine „weiterhin gute Beschäftigungslage“. Nach Angaben von Justus Mische, Leiter des Faserverkaufs, sind die Hoechst-Faserkapazitäten zur Zeit mit 93 bis 95 Prozent praktisch voll ausgelastet.

Die unerwartert positive Produktionsentwicklung in der europäischen Textilindustrie – erstmals seit 1979 zeigte die Produktion im letzten Zwölf-Monats-Zeitraum mit plus 5 Prozent deutlich nach oben – hat Hoechst im Konzern in den ersten neun Monaten dieses Jahres knapp 1,8 Mrd. DM Chemiefaserumsatz beschert. Das sind 15 Prozent mehr als im Vorjahr; auf das Inland entfallen davon rund 600 Mill. DM.

Rund ein Drittel des Zuwachses ist preisbedingt. Weltweit stieg das Fasergeschäft um 18 Prozent auf knapp 2,9 Mrd. DM. Auch die Hoechst-Produktionsstätten in den USA, Südafrika und Brasilien entwickeln sich also positiv. Das gilt auch für die Gewinnentwicklung: Alle Produktgruppen haben mit schwarzen Zahlen gearbeitet, betont Mische, der den „dreistelligen Millionengewinn“ im Faserbereich nicht nennen möchte.

Damit hat sich für Hoechst im Faserbereich das Bild innerhalb von drei Jahren völlig gewandelt, begleitet wurde diese Entwicklung freilich mit scharfen Schnitten in der Kapazität und deutlichem Beschäftigtenabbau. Derzeit arbeiten in Westeuropa noch rund 9000 Beschäftigte im Fasersektor von Hoechst. Dazu kommen etwa 2000 Mitarbeiter in den USA, 1200 in Brasilien und rund 300 Beschäftigte in Südafrika. Mische erinnerte daran, daß man in den letzten Jahren und besonders in den letzten Monaten alle Chancen für Strukturverbesserungen genutzt habe, regional und auch produktbezogen.

Ein Ausdruck dieser Entwicklung ist der Abbau der Abhängigkeit vom stark konjunkturabhängigen Bekleidungsbereich, der im Konzern jetzt nur 40 Prozent des Fasergeschäfts bestreitet, ohne absolut kleiner geworden zu sein. Denn Hoechst hat den Anteil technischer Fasern kräftig ausgebaut und auch bei Faservorprodukten (wie Polyester-Chips für Kunststoff-Flaschen) zugelegt.

KRAUSS-MAFFEI

Weiterer Partner im Gespräch

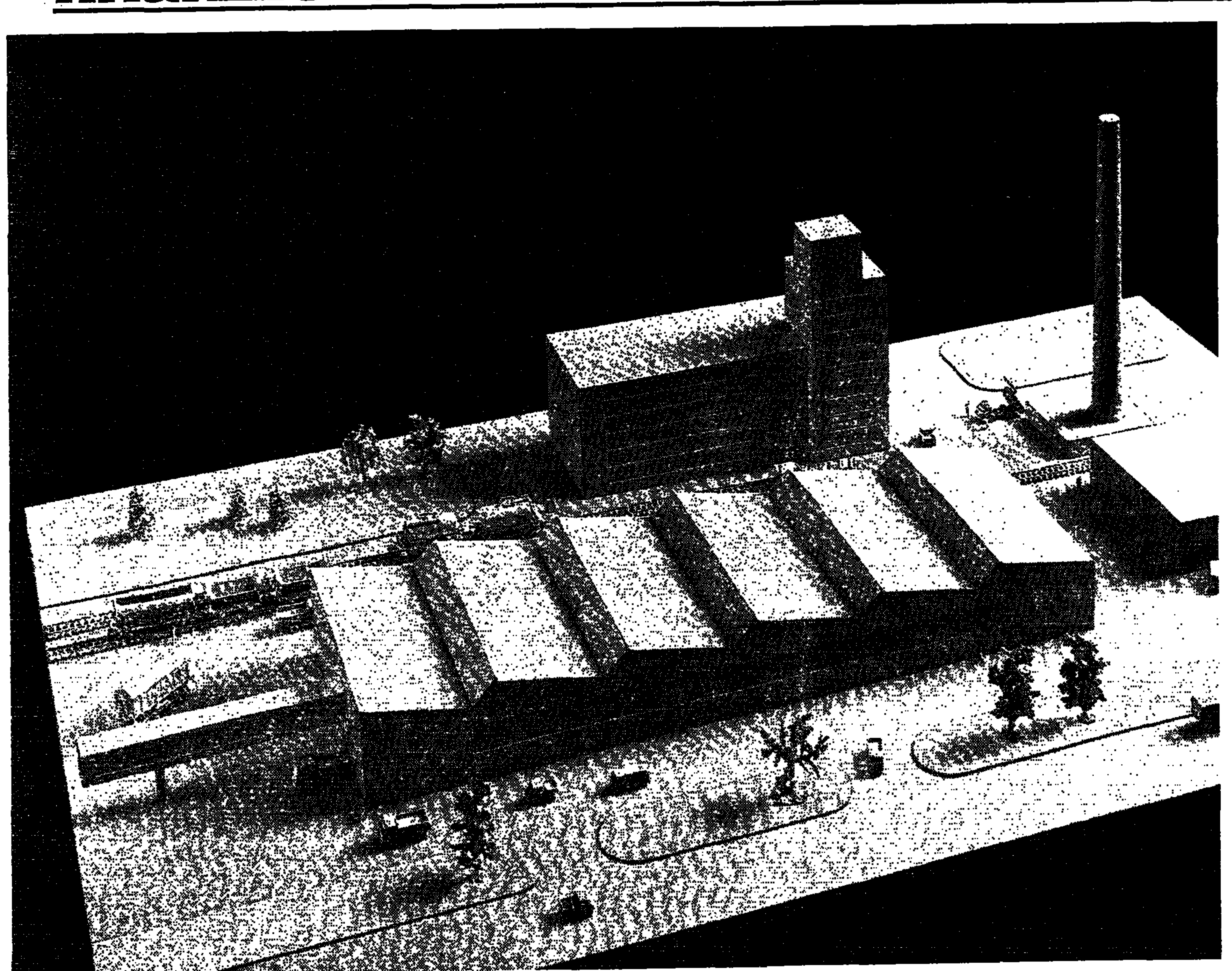
rtr. München

Das mittelständische Maschinen- und Flugzeugbauunternehmen Grob will sich neben dem Luft- und Raumfahrtkonzern Messerschmitt-Bölkow-Blohm (MBB) GmbH, Ottobrunn, an dem Panzerhersteller Krauss-Maffei AG, München, beteiligen. Die Grob-Werke GmbH & Co. KG, Mindelheim, gab bekannt, man stehe „derzeit in Gesprächen über den Erwerb einer Beteiligung an der Krauss-Maffei AG“. Einzelheiten wurden aber nicht veröffentlicht.

Als weiterer Partner bei der geplanten Übernahme von Krauss-Maffei wird in Industriekreisen die Bayerische Vereinsbank genannt. Der Nürnberger Panzerketten- und Waffenproduzent Diehl scheint dagegen, wie es weiter hieß, nicht mehr für eine Beteiligung in Frage zu kommen. Der Aufsichtsrat von MBB wird wahrscheinlich am 26. November darüber entscheiden, ob Krauss-Maffei dem Flick-Konzern abgekauft wird. Das Bundeskartellamt hat bereits Bedenken angemeldet.

Zum Stand der Gespräche über Krauss-Maffei wollte sich Grob nicht äußern, da dies im derzeitigen Stadium „verfrüht“ sei. In Industriekreisen wurde eine Beteiligung des Unternehmens als gelungene Abrundung des geplanten Technologiekonzerns aus MBB und Krauss-Maffei bezeichnet.

Grob zählt zu den Spitzenunternehmen des deutschen Werkzeugmaschinenbaus und stellt vollautomatische Fertigungsanlagen her, darunter auch Montagestraßen für die Automobilindustrie. Der Flugzeugbau ist nach Angaben des Unternehmens weltweit führend in der Kunststoff-Fertigung von Segelflugzeugen und Motorseglern. Alleiniger Inhaber der Firma ist Diplom-Ingenieur Burkhart Grob. Er besitzt Tochterunternehmen in Brasilien und den USA. Die Gruppe erreicht rund 180 Mill. DM Umsatz und beschäftigt weltweit etwa 1500 Arbeitnehmer.



Aktien weiter unter Druck

Aber auf ermäßigter Kursbasis wachsende Kaufbereitschaft

DW. – Am Wochenbeginn hat vor allem der Börsenberufshandel seine Abgaben fortgesetzt. Mangels Anlagebereitschaft führten sie auf breiter Front zu sinkenden Kursen, besonders bei Papieren, die zuletzt Spitzennotierungen erreicht hatten. Anlaß der verstärkten Glattstellungen sind die politischen Ereignisse in der Bundesrepublik, vor allem auch die ersten Kommunalwahlergebnisse in Baden-Württemberg. Sie ermutigen die Ausländer nicht, ihre Positionen am deutschen Wertpapiermarkt weiter zu verstärken.

Zur Mißstimmung bei den Aktien trägt auch der Wiederanstieg der Zinsen bei. Auf Basis der teilweise um 6 – 8 DM ermäßigten Kurse wurden einige Meinungskäufe vorgenommen, durch die ein Teil der zunächst eingetretenen Rückgänge wieder aufgeholt werden konnte. So schlossen die Papiere der Großchemie schließlich auf Vortagsbasis oder leicht darunter. Empfindlicher waren die Tagesverluste im Elektrobereich, dort waren sie ein Einzelfällen sogar zweistellig. Mit einem Abschlag um 3 DM konnten sich Nixdorf-Aktien noch bemerkenswert gut behaupten. Für diese Papiere sollen Kaufaufträge aus dem Ausland vorgelegen haben. Für die Aktien der Allianz Versicherung lebten die Meinungskäufe wieder auf und ließen hier die Kurse entgegen dem allgemeinen Trend um rund 15 DM anziehen. Um 20 DM wurden sogar Albingia Versicherung heraufgesetzt, ohne daß Material verfügbar wurde.

Düsseldorf: Audi NSU verminderten sich um 5 DM auf 390 DM, Dyckerhoff St. gaben um 5 DM nach und Pegulan St. fielen um 3 DM. Kochs Adler erhöhten sich um 5 DM auf 210 DM, und Ver. Rumpus zogen um 15 DM auf 425 DM an.

Frankfurt: Adt sanken um 2,80 DM auf 72,20 DM, Dywidag fielen um 4 DM auf 150 DM, und VDM ermäßigten sich um 5 DM auf 170 DM. Dt. Texaco konnten sich um 5 DM auf 205 DM verbessern, und Steigenberger schlossen mit einem Plus von 100 DM auf 2900 DM ab.

Hamburg: Reichelt schwächten sich um 3,50 DM auf 100,50 DM ab. Bremer Vulkan begannen zu 68 DM minus 2 DM. Im Versorgungssektor lagen HEW bei 82,10 DM minus 0,40 DM und NWK-Vz. bei 165,50 DM minus 0,50 DM knapp gehalten.

München: Leonische Draht stiegen um 3 DM auf 319 DM, und Süd Chemie verbesserten sich um 43 DM. Etienne Aigner sanken um 1 DM auf 240 DM, Audi NSU gaben um 6 DM auf 384 DM nach, und Flachglas verminderten sich um 1 DM auf 195 DM.

Berlin: Orenstein lagen um 1 DM geringfügig freundlicher. Tempelhofer Feld schwächten sich um 10 DM, Herlitz Vz. um 6 DM und Schering um 5,50 DM ab. Engelhardt wurden um 5 DM niedriger taxiert. Herlitz St. gaben um 3 DM, Berliner Bank und Berthold um je 1,50 DM nach.

Nachbörse: nachgebend

WELT-Aktienindex: 154,9 (156,6)
WELT-Umsatzindex: 2580 (2990)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Inland

DM-Anleihen

Ausland

Freiverkehr

Optionshandel

3,5, VEW 7-120/8,4, VW 1-160/31, 1-180/15, 1-190/8, 1-200/4,9, 1-210/2,8, 4-170/30, 4-180/21, 4-190/15, 4-200/10, 4-210/5,4, 4-220/3,5, 7-210/8,4, 7-220/6, Alcan 1-90/2,4, 4-85/7,5, 4-90/5,8, 7-85/10, Chrysler 1-95/7, 1-110/3, 4-100/8, 4-110/5,4, 7-100/11,9, Elf 1-75/3, 4-80/5, General Motors 4-250/20,1, 4-260/12, IBM 1-410/12, 4-400/30, 4-410/21, 4-420/17, 4-430/13, Litton 4-210/13, Norsk Hydro 7-40/7,6, 7-45/5,6, Philips 1-50/3,4, 7-50/8, Sony 1-50/4,1, Sperry 1-120/7, 1-130/2,75, 4-110/13,65, 4-120/12, Xrox 1-110/13, 1-120/3,6, 4-120/8, Verkaufsoptionen: AEG 1-100/3, 4-100/3,9, 4-110/3,3, 7-100/5, BASF 1-170/3,7, 4-170/7, Bayer 4-180/4,9, 7-180/6,5, Bay. Hypo 4-290/7,9, Bekula 7-95/2, BMW 4-390/18,4, Bay. Vereinsbank 4-320/5,65, Commerzbank 1-170/6,5, 4-170/7,8, 7-170/8, Conti 1-120/2,3, 1-127/7,5, 4-130/11,5, 7-120/8, Daimler 4-580/15, Deutsche Bank 1-380/5, 4-350/3,9, Dresdner Bank 1-180/1,5, 4-170/4,7, 7-170/6,1, Hoechst 1-180/5,4, 4-190/7, 7-170/3,8, Klöckner 1-75/2,4, 4-75/7, 7-70/3,9, Lufthansa St. 7-160/8, Mannesmann 7-150/5,4, Preussag 4-290/17, Siemens 1-430/8, 4-420/5, 4-440/10,5, 4-450/20, Thyssen 1-75/1,1, 4-80/4, Veba 7-160/1,7, VW 1-180/5,8, 4-170/3, 4-180/6, Chrysler 1-90/2,8, 4-95/6,5, General Motors 4-230/18,9, IBM 4-370/11,2, Litton 7-200/11,4, Norsk Hydro 4-40/2,3, 7-40/2,5, Philips 7-50/5,4. (1. Zahl Verfallsmonat [jeweils der 15.], 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis).

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 26. 10.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	8⅞– 9⅛	5⅜–5⅝	4⅞–5
3 Monate	10 –10¼	5⅝–5⅞	5 –5¼
6 Monate	10⅛–10⅜	5¾–6	5 –5¼
12 Monate	10⅞–11¼	5¾–6	4⅞–5⅛

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 29. Oktober folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)

	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1465,00	1818,30
10 US-Dollar (Indian)**)	1210,00	1471,25
5 US-Dollar (Liberty)	725,00	940,50
1 £ Sovereign alt	234,00	289,56
1 £ Sovereign Elizabeth II.	230,00	285,00
20 belgische Franken	180,00	232,56
10 Rubel Tscherwonez	244,00	305,52
2 südafrikanische Rand	230,00	283,86
Krüger Rand, neu	1044,00	1230,06
Maple Leaf	1044,00	1230,06
Platin Noble Man	1005,00	1185,60

Außer Kurs gesetzte Münzen*)

	Ankauf	Verkauf
20 Goldmark	234,00	294,12
20 schweiz. Franken „Vreneli"	185,00	234,84
20 franz. Franken „Napoléon"	185,00	234,84
100 österr. Kronen (Neuprägung)	984,00	1162,80
20 österr. Kronen (Neuprägung)	191,00	240,54
10 österr. Kronen (Neuprägung)	101,00	132,24
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	444,00	546,06
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	105,00	142,50

*) Verkauf inkl. 13 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

29. 10. 84	Frankfurt. Devisen Geld	Frankfurt. Devisen Brief	Wechs.Frankfurt. Sorten*) Ankfs.-Kurs⁴)	Ankauf	Verkauf
New York³)	3,0602	3,0682	3,0265	3,00	3,09
London¹)	3,697	3,711	3,666	3,64	3,79
Dublin¹)	3,084	3,098	3,035	3,76	3,91
Montreal³)	2,3213	2,3293	2,2873	2,26	2,38
Amsterd.	88,565	88,785	88,63	87,50	89,50
Zürich	121,720	121,920	121,775	120,25	123,00
Brüssel	4,946	4,966	4,889	4,79	4,99
Paris	32,540	32,700	32,175	31,71	33,50
Kopenh.	27,645	27,765	27,32	26,50	28,25
Oslo	34,550	34,670	33,95	33,25	35,00
Stockh.**)	35,170	35,330	34,68	34,00	35,75
Mailand²) **)	1,607	1,617	1,571	1,57	1,67
Wien	14,209	14,249	14,17	14,15	14,35
Madrid**)	1,779	1,799	1,749	1,71	1,83
Lissabon**)	1,856	1,976	1,763	1,55	2,35
Tokio	1,2385	1,2425	–	1,20	1,26
Helsinki	47,930	48,130	47,005	46,75	48,50
Buen. Air.	–	–	–	–	5,00
Rio	–	–	–	0,05	0,20
Athen*) **)	2,4205	2,4745	–	[illegible]	2,35
Frankf.	–	–	–	–	[illegible]
Sydney*)	2,3705	2,3895	–	2,55	2,82
Johannesbg.*)	1,5810	1,8000	–	1,55	1,80

Alles in Hundert: ¹) 1 Pfund; ²) 1000 Lire; ³) 1 Dollar. ⁴) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisenmärkte

Die näher rückenden Präsidentschaftswahlen in den USA und ein leicht nach oben gerichteter Trend für Dollar-Zinsen bestimmten die Richtung für den US-Dollar-Kurs. Da auch die Bundesbank ihr Interventionen vom Freitagnachmittag nicht fortführte, entwickelte sich am 29. 10. eine positive Grundstimmung für den US-Dollar, so daß es zu einer Befestigung bis 3,0660 kam. Auf die D-Mark dürfte zusätzlich das erneut sehr gute Abschneiden der Grünen bei den Kommunalwahlen in Baden-Wrttemberg gedrückt haben. Die amtliche Notiz wurde mit 3,0642 ohne Beteiligung der Bundesbank festgestellt. Die Mehrzahl der übrigen amtlich notierten Währungen wurden höher notiert. Neben dem canadischen Dollar lagen besonders fest der japanische Yen und die schwedische Krone. US-Dollar in: Amsterdam 3,4580; Brüssel 61,86; Paris 9,3960; Mailand 1901,25; Wien 21,5380; Zürich 2,5154; Ir. Pfund/DM 3,091; Pfund/Dollar 1,2088; Pfund/DM 3,704.

Ostmarkkurs am 29. 10. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,50; Verkauf 22,50 DM West; Frankfurt: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West.

Devisenterminmarkt

Die Befestigung der Dollar-Zinssätze um ⅛ Prozent in der Spitze führte am Terminmarkt zu einer Erweiterung der Dollar-Termindeports gegen D-Mark.

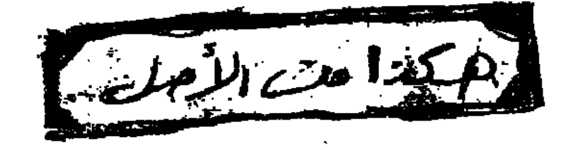
	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	1,13/1,03	3,42/3,32	7,13/6,93
Pfund/Dollar	0,08/0,06	0,08/0,06	0,10/0,15
Pfund/DM	2,20/0,80	5,00/3,60	8,80/7,40
FF/DM	22/06	50/34	97/81

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 29. 10.: Tagesgeld 5,5–5,55 Prozent; Monatsgeld 5,8–5,9 Prozent; Dreimonatsgeld 6,0–6,15 Prozent.

Privatdiskontsätze am 29. 10.: 10 bis 29 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 29. 10.: 4,5 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Oktober 1984 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer: Ausgabe 1984/9 (Typ A) 5,00 (5,00) – 7,00 (5,97) – 7,25 (6,37) – 7,75 (6,68) – 8,00 (6,91) – 8,50 (7,12), Ausgabe 1984/10 (Typ B) 5,00 (5,00) – 7,00 (6,00) – 7,25 (6,41) – 7,50 (6,74) – 8,00 (6,99) – 8,50 (7,24) – 8,50 (7,42) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,60, 2 Jahre 6,24. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 7,00, Kurs 100,30, Rendite 6,92.



Warenpreise – Termine

Gut behauptet schlossen am Freitag die Gold-, Silber- und Kupfernotierungen an der New Yorker Comex. Uneinheitlich ging Kaffee aus dem Markt, bruchteilig fester Kakao. (SF)

Getreide und Getreideprodukte

	26. 10.	25. 10.
Weizen Chicago (c/bush)		
Dez.	359,75	362,75
März	354,00	357,00
Mai	355,00	362,00
Weizen Winnipeg (can. $/t)		
Wheat Board cif.	26. 10.	25. 10.
St. Lawrence 1 CW	241,62	241,32
Amber Durum	249,37	250,37
Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Okt.	139,70	139,70
Dez.	142,50	142,10
März	148,50	148,10
Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Okt.	121,20	121,30
Dez.	122,00	122,80
März	125,70	126,20
Hafer Chicago (c/bush)	26. 10.	25. 10.
Dez.	180,75	179,50
März	178,75	179,50
Mai	176,00	177,00
Mais Chicago (c/bush)		
Dez.	277,25	276,50
März	284,00	284,75
Mai	289,25	290,00
Gerste Winnipeg (can. $/t)	26. 10.	25. 10.
Okt.	139,00	138,50
Dez.	130,00	129,90
März	133,10	132,90

Genußmittel

	26. 10.	25. 10.
Kaffee		
New York (c/lb)		
Terminkontr. Dez.	136,35	136,10
März	134,60	134,50
Mai	133,57	133,70
Kakao		
New York ($/t)	26. 10.	25. 10.
Terminkontr. Dez.	2291	2290
März	2235	2220
Mai	2240	2230
Umsatz	3725	5339
Zucker		
New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Jan.	5,16	5,15
März	5,69	5,70
Mai	5,99	6,00
Juli	6,27	6,25
Sept.	6,52	6,52
Umsatz	2 740	4 334
Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	26. 10. unerh.	25. 10. 4,61
Kaffee		
London (£/t) Robusta-	26. 10.	25. 10.
Kontrakt Nov.	2512–2514	2510–2511
Jan.	2330–2331	2327–2329
März	2236–2239	2237–2239
Umsatz	1676	2077
Kakao		
London (£/t)		
Terminkontrakt Dez.	1951–1952	1933–1934
März	1916–1918	1896–1899
Mai	1920–1921	1903–1906
Umsatz	3846	3902
Zucker		
London ($/t), Nr. 6		
Dez.	137,20–138,40	138,00–139,00
März	153,60–154,00	155,00–155,20
Mai	160,60–160,80	162,00–162,20
Umsatz	1954	1194
Pfeffer		
Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	26. 10.	25. 10.
schw. Sarawak spez.	452,50	457,50
weißer Sarawak	702,50	707,50
weißer Muntok	710,00	715,00
Orangensaft		
New York (c/lb)	26. 10.	25. 10.
Nov.	163,70	164,40
Jan.	166,70	167,10
März	167,30	167,80
Mai	167,50	167,83
Juli	157,50	167,80
Umsatz	750	700

Öle, Fette, Tierprodukte

	26. 10.	25. 10.
Erdnußöl		
New York (c/lb) Südstaaten fob Werk	38,00	37,00
Maisöl		
New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk	32,75	37,75
Sojaöl		
Chicago (c/lb) Dez.	27,35	26,68
Jan.	26,20	25,95
März	25,50	25,30
Mai	25,40	25,15
Juli	25,15	25,00
Aug.	24,70	24,85
Sept.	24,40	24,50
Baumwollsaatöl		
New York (c/lb) Mississippi-Tal fob Werk	31,00	31,00
Schmalz		
Chicago (c/lb) loco lose	29,00	30,00
Choise white hog 4% fr. F.	30,75	20,75
Talg		
New York (c/lb)		
top white	21,50	21,50
fancy	21,25	21,25
bleichfähig	19,50	19,50
yellow max. 10% fr. F.	17,25	17,25
Schweine		
Chicago (c/lb)		
Dez.	47,70	46,55
Febr.	50,00	48,90
April	47,55	46,50
Schweinebäuche		
Chicago (c/lb)		
Febr.	65,00	63,85
März	64,50	64,05
Mai	66,40	65,45
Rinder		
Chicago (c/lb)	26. 10.	25. 10.
Ochsen einh. schwere River Northern	57,00	57,00
Kühe einh. schwere River Northern	62,00	59,00
Sojabohnen		
Chicago (c/bush)		
Nov.	626,00	629,00
Jan.	638,00	640,50
März	651,50	652,50
Mai	663,50	668,00
Juli	673,00	675,50
Aug.	673,50	675,50
Sept.	663,00	663,50
Sojaschrot		
Chicago ($/sht)		
Dez.	155,60	158,30
Jan.	158,90	161,50
März	164,80	167,50
Mai	170,00	172,20
Juli	176,00	177,00
Aug.	176,50	176,50
Sep.	176,50	177,00
Leinsaat		
Winnip. (can. $/t)	26. 10.	25. 10.
Okt.	349,80	349,50
Dez.	354,00	354,30
März	366,50	367,50
Kokosöl		
New York (c/lb) Westküste fob Werk	26. 10. 5200	25. 10. 60,00
Erdnußöl		
Rotterdam ($/t) jegl. Herk. cif	29. 10. 820,00	26. 10. 840,00
Leinöl		
Rotterdam ($/t) jegl. Herk. ex Tank	575,00	585,00
Palmöl		
Rotterdam ($/lgt) Sumatra cif	615,00	615,00
Sojaöl		
Rotterd. (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk	249,00	242,00
Kokosöl		
Rotterdam ($/lgt) Philippinen cif	1300,00	1275,00
Leinsaat		
Rotterdam ($/t) Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	289,00	288,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

	26. 10.	25. 10.
Baumwolle		
New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2		
Dez.	67,75	68,05
März	69,00	69,40
Mai	70,15	70,75
Juli	71,20	71,80
Okt.	70,75	70,50
Dez.	70,90	70,50
Kautschuk New York		
(c/lb): Händlerpreis loco RSS-1	43,00	43,00
Wolle		
Lond. (Neus. c/kg) Kreuzz. Nr. 2	26. 10.	25. 10.
Okt.	–	515
Dez.	–	513–515
Jan.	520–526	514–516
Umsatz	105	73
Wolle		
Roubaix (F/kg) Kammzüge:	26. 10.	25. 10.
Dez.	unerh.	51,40
März	unerh.	53,40
Mai	unerh.	53,50
Juli	unerh.	53,50
Umsatz	unerh.	0
Tendenz: unerh.		
Wolle Sydney		
(austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	26. 10.	25. 10.
Dez.	570,0–570,5	570,0–572,0
März	583,5–584,0	–
Mai	–	588,0–589,0
Umsatz	14	3
Sisal London ($/t)		
cif eur. Haupthäfen	26. 10.	25. 10.
East African 3 long	680,00	680,00
undergraded	570,00	570,00
Seide Yokoh. (Y/kg)		
AAA, ab Lager	26. 10.	25. 10.
Nov.	13 200	13 150
Dez.	12 687	12 604
Kautschuk		
London (p/kg)	26. 10.	25. 10.
Nr. 1 RSS loco	60,00–63,00	60,00–63,00
Nov.	58,50–61,00	59,00–60,50
Dez.	59,50–62,00	59,50–61,50
Jan.	61,50–64,00	61,50–63,50
		Tendenz: ruhig
Kautschuk		
Malaysia (mal. c/kg)	26. 10.	25. 10.
Nov.	201,00–202,50	200,50–201,50
Dez.	204,00–204,50	203,00–205,50
Nr. 2 RSS Nov.	190,00–191,00	189,50–190,50
Nr. 3 RSS Nov.	186,50–187,50	186,00–187,00
Nr. 4 RSS Nov.	179,50–180,50	179,00–180,00
		Tendenz: ruhig
Jute London (£/lgt)	26. 10.	25. 10.
BWC	–	–
BWD	–	–
BTC	–	–
BTD	–	–

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 Fl. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	29. 10.	26. 10.
Blei: Basis London		
laufend. Monat	126,92–127,10	128,86–129,04
drittfolg. Monat	130,07–130,26	131,58–131,87
Zink: Basis London		
laufend. Monat	236,76–236,95	235,80–236,26
drittfolg. Monat	236,39–236,78	235,89–236,26
Produz.-Preis	276,14	273,40
Reinzinn 99,9%	4045–4086	4044–4084

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	29. 10.	26. 10.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz*)	402,83–404,69	400,94–402,80
Blei in Kabeln	134,50–135,50	136,50–137,50
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	455,00–458,50	455,00–458,50
Vorziehdraht	464,00–464,50	464,00–464,50

*Auf der Grundlage der Meldungen über höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbesteller.

Messingnotierungen

	29. 10.	26. 10.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	387–388	385
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	430–433	429–433
MS 63	416–420	414–419

Zinn-Preis Penang

	29. 10.	26. 10.
Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring./kg)	29,15	29,15

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	29. 10.	26. 10.
Leg. 225	370	365–370
Leg. 226	372	367–372
Leg. 231	403–405	395–405
Leg. 233	413–415	406–415

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	29. 10.	26. 10.
Platin (DM je g)	34,20	34,05
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkfpr.	33 400	33 400
Rücknahmepr.	32 850	32 860
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	33 770	33 620
Rücknahmepr.	32 930	32 780
verarbeitet	35 420	35 270
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	33 210	33 050
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	728,50	727,00
Rücknahmepr.	707,10	705,80
verarbeitet	760,50	758,90

Internationale Edelmetalle

	29. 10.	26. 10.
Gold (US-$/Feinunze)		
London 10.30	335,80	336,15
15.00		337,80
Zürich mittags	335,50–336,00	338,00–338,50
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	101 050	101 500
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	595,85	594,50
3 Monate	610,85	608,90
6 Monate	626,05	623,50
12 Monate	657,55	655,00
Platin (£-Feinunze)		
London fr. Markt	26. 10. 282,90	25. 10. 287,05
Palladium (£-Feinunze)		
London f. Händlerpr.	114,55	114,25

New Yorker Preise	29. 10.	26. 10.
Gold H & H Ankauf	334,4	[illegible]
Silber H & H Ankauf	731,00	[illegible]
Platin fr. Händlerpr.	[illegible]	[illegible]
Produz.-Preis	475,00	[illegible]
Palladium		
fr. Händlerpr.	140,00–142,00	140,00–147,00
Produz.-Preis	150,00	[illegible]
Silber (c/Feinunze)		
Okt.	729,80	728,10
Nov.	730,80	729,10
Dez.	736,80	734,00
Jan.	742,70	741,10
März	754,50	752,50
Mai	[illegible]	[illegible]
Juli	778,80	777,00
Umsatz	16 000	37 000

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	29. 10.	26. 10.
Okt.	58,35	58,70
Nov.	58,35	58,20
Dez.	58,70	58,75
Jan.	59,45	59,45
März	60,40	60,50
Mai	61,[illegible]	61,[illegible]
Juli	62,05	[illegible]
Umsatz	12 000	15 000

Londoner Metallbörse

	29. 10.	26. 10.
Aluminium (£/t)		
Kasse	918,00–920,00	[illegible]
3 Monate	946,50–948,00	[illegible]
Blei (£/t) Kasse	342,00–342,50	[illegible]
3 Monate	350,00–351,00	[illegible]
Kupfer Höchstqualität (£/t)		
mittags Kasse	1072,0–1073,5	[illegible]
3 Monate	1088,5–1089,0	[illegible]
abends Kasse	–	[illegible]
3 Monate	–	1101,0–1101,5
(Kupfer-Standard)		
Kasse	1061,0–1062,0	[illegible]
3 Monate	1101,0–1102,0	1100,0–1102,0
Zink (£/t) Kasse	[illegible]	[illegible]
3 Monate	[illegible]	[illegible]
Zinn (£/t) Kasse	9800–9810	[illegible]
3 Monate	9785–9797	[illegible]
Quecksilber ($/Fl.)	–	300–310
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	80–85

Dr. Hermann Schmees

* 9. 12. 1928 † 25. 10. 1984

Wir trauern um einen schweren Verlust und nehmen in Dankbarkeit Abschied.

Waltraut Schmees geb. Schildmann
Torsten Andreas Schmees
Markus Schmees

2057 Reinbek
Langenhege 43

Die Trauerfeier findet Freitag, den 2. November 1984, um 14 Uhr in der Herz-Jesu-Kirche, Reinbek, Niels-Stensen-Weg, statt.

Die Beerdigung ist anschließend auf dem Friedhof Klosterbergenstraße, Reinbek.

Ein reich erfülltes Soldaten- und Reiterleben ist vollendet.

Der Herrgott nahm am 23. Oktober 1984 nach kurzer, schwerer Krankheit meinen geliebten Mann, unseren guten Vater, Schwiegervater und Großvater im Alter von 91 Jahren ganz sanft zu sich in die Ewigkeit.

Hans Niemann

Oberstleutnant a. D. und Reitmeister
Auszeichnungen aus beiden Weltkriegen
und Träger des „Deutschen Reiterkreuzes in Gold"

In tiefer Trauer
Ilse Niemann verw. von Kulesza geb. Riemer
Christa Benetschik geb. Niemann
Bruno Benetschik
Brigitte Pflüger geb. Niemann
Georg Pflüger
Sabine Kob geb. von Kulesza
F. Joachim Kob
und sieben Enkelkinder

2000 Hamburg 13
Hansastraße 38

Die Trauerfeier findet statt am Freitag, dem 2. November 1984, um 15 Uhr in der Halle B des Krematoriums Hamburg-Ohlsdorf.

STUDIEN PLATZ BÖRSE

Die WELT hilft wieder beim Tausch von Studienplätzen. Die Tauschbörse organisiert der Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS). Ausschließlich er nimmt die Tauschwünsche entgegen. Auch die Antworten auf die Offerten sind ausschließlich an den RCDS, Siegburger Str. 49, 5300 Bonn 3, Telefon 02 28 / 46 49 33, zu richten. Bei den Antworten sollen nur das Studienfach, das Semester und die laufende Nummer der Offerte angegeben werden. An erster Stelle ist jeweils der bisherige, an zweiter Stelle der gewünschte Studienort genannt.

Die Tauschaktion betrifft das Wintersemester 1984/85

Psychologie

Erstsemester

von	nach
1 Bielefeld	Bonn
2 Bielefeld	Bochum
3 Bielefeld	Braunschweig
4 Bielefeld	Düsseldorf
5 Bielefeld	Hamburg
6 Bielefeld	Köln
7 Bielefeld	Münster
8 Bielefeld	Wuppertal
9 Bonn	Hamburg
10 Bochum	Bonn
11 Bochum	Köln
12 Bochum	Münster
13 Darmstadt	Bochum
14 Darmstadt	FU Berlin
15 Darmstadt	Frankfurt
16 Darmstadt	Hamburg
17 Darmstadt	Uni München
18 Darmstadt	Regensburg
19 Göttingen	Braunschweig
20 Uni Kiel	Hamburg
21 Mannheim	Bochum
22 Mannheim	Düsseldorf
23 Mannheim	Köln
24 Mannheim	Uni München
25 Marburg	Bonn
26 Marburg	Braunschweig
27 Marburg	Köln
28 Münster	Bremen
29 Münster	Oldenburg
30 Uni München	Würzburg
31 Mainz	Erlangen
32 Mainz	Göttingen
33 Osnabrück	Braunschweig
34 Regensburg	Uni München
35 Saarbrück.	Uni München
36 Trier	Bonn
37 Trier	TU Berlin
38 Trier	FU Berlin
39 Trier	Göttingen
40 Trier	Bremen
41 Trier	Hamburg
42 Trier	Köln
43 Trier	Uni Kiel
44 Trier	Münster
45 Trier	Uni München
46 Trier	Oldenburg
47 Trier	Regensburg
48 Trier	Tübingen
49 Trier	Würzburg

Zahnmedizin

Erstsemester

von	nach
1 Aachen	FU Berlin
2 Aachen	Düsseldorf
3 Aachen	Erlangen
4 Aachen	Uni München
5 Aachen	Regensburg
6 FU Berlin	Erlangen
7 FU Berlin	Frankfurt
8 FU Berlin	Freiburg
9 FU Berlin	Gießen
10 FU Berlin	Heidelberg
11 FU Berlin	Uni München
12 FU Berlin	Regensburg
13 FU Berlin	Saarbrücken
14 FU Berlin	Tübingen
15 Frankfurt	Düsseldorf
16 Frankfurt	Erlangen
17 Frankfurt	Heidelberg
18 Frankfurt	Uni München
19 Freiburg	Frankfurt
20 Freiburg	Heidelberg
21 Freiburg	Tübingen
22 Gießen	Erlangen
23 Gießen	Freiburg
24 Gießen	Regensburg
25 Gießen	Tübingen
26 Köln	Düsseldorf
27 Köln	Heidelberg
28 Köln	Münster
29 Köln	Saarbrücken
30 Münster	Hannover

Tiermedizin

Erstsemester

von	nach
1 FU Berlin	Hannover
2 FU Berlin	Uni München
3 Uni München	Hannover

Biologie

Erstsemester

von	nach
1 Bonn	Göttingen
2 Bochum	Aachen
3 Bochum	Frankfurt
4 Bochum	Münster
5 Bayreuth	Hamburg
6 Bayreuth	TU München
7 Bayreuth	Uni München
8 Düsseldorf	Aachen
9 Düsseldorf	FU Berlin
10 Düsseldorf	Hamburg
11 Düsseldorf	Uni Kiel
12 Düsseldorf	Münster
13 Erlangen	Hamburg
14 Erlangen	Uni Kiel
15 Erlangen	Uni München
16 Erlangen	Tübingen
17 Erlangen	Ulm
18 Erlangen	Würzburg
19 Frankfurt	Bonn
20 Frankfurt	FU Berlin
21 Frankfurt	Göttingen
22 Frankfurt	Heidelberg
23 Frankfurt	Hamburg
24 Frankfurt	Uni München
25 Gießen	Bonn
26 Gießen	FU Berlin
27 Gießen	Hamburg
28 Gießen	Uni Kiel
29 Göttingen	Hamburg
30 Göttingen	Uni Kiel
31 Karlsruhe	Bochum
32 Karlsruhe	Braunschweig
33 Karlsruhe	Düsseldorf
34 Karlsruhe	Freiburg
35 Karlsruhe	Heidelberg
36 Karlsruhe	Hamburg
37 Karlsruhe	Uni Kiel
38 Kaiserslaut.	Braunschw.
39 Kaiserslaut.	Heidelberg
40 Kaiserslautern	Uni Kiel
41 Mainz	Düsseldorf
42 Regensb.	Uni München
43 Stuttgart	Freiburg
44 Stuttgart	Heidelberg
45 Tübingen	Freiburg
46 Würzburg	Heidelberg
47 Würzburg	Hamburg
48 Würzburg	Uni Kiel
49 Würzburg	TU München
50 Würzburg	Uni München

FINANZANZEIGE

Einladung

zur Gesellschafterversammlung der Pommerschen Saatzucht GmbH, Uelzen, am Montag, dem 10. Dezember 1984, um 14.00 Uhr, in Hamburg, Hotel „Reichshof"

Tagesordnung

1. Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr
2. Feststellung des Abschlusses des Geschäftsjahres 1983/84
3. Entlastung der Verwaltung
4. Beschlußfassung über eine Gewinnausschüttung
5. Neuwahlen im Gesellschafterausschuß
   Herr Dobimar von Kameke bietet seinen Rücktritt turnusgemäß an. Wiederwahl ist zulässig.
   Herr F. K. von Flemming ist ausgeschieden. Ersatzwahl gemäß § 7 Ziffer 3 unserer Satzung wird erforderlich.
6. Verschiedenes

Anmeldungen zur Teilnahme an die Pommersche Saatzucht GmbH, Farinastr. 37, 3110 Uelzen 1, erbeten.

Die Geschäftsführung — *Der Vorsitzende des Gesellschafterausschusses*



Die Gesellschaft MULTI TRADING Import-Export-GmbH, Burchardstr. 17, 2000 Hamburg 1 ist aufgelöst. Liquidator Herr Günther Sturm, Sierichstr. 153, 2000 Hamburg 60. Gläubiger wollen sich bitte melden.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns, (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke, WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheika (stellv.), WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje

Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; *Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel*

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11; Telex 4 12 449
Fernkopierer (0 69) 72 79 17
Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11 – 13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 49.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.



Bundesanleihen

		29. 10.	26. 10.
F 8 Bund 78 IV	12/84	99,95G	99,95
6¼ dgl. 79	1/85	100	100bG
8½ dgl. 73 I	3/85	100,85	100,85
7 dgl. 79	4/85	100,45G	100,45
7¼ dgl. 79 II	6/85	100,65	100,65
7¾ dgl. 79 I	7/85	101,15G	101,15bG
8 dgl. 76 IV	10/85	101,65	101,65
5½ dgl. 78 II	3/86	99,15	99,35
5¾ dgl. 78	5/86	99	99,25
7¼ dgl. 76 I	12/86	101,4	101,55
8½ dgl. 79	1/87	100G	100,15
7¼ dgl. 76 II	1/87	101,45	101,55bG
6¾ dgl. 77	4/87	100,5	100,5
6½ dgl. 77	7/87	99,9	99,9
6 dgl. 77	10/87	98,6	98,7
6 dgl. 78 I	1/88	98	98,2
6½ dgl. 78 I	9/88	99,65	99,7
6½ dgl. 78 II	12/88	99	99,05
6¾ dgl. 79	1/89	99,35	99,45
7¼ dgl. 79 I	4/89	100,65	100,65
10 dgl. 81	4/89	100,2	100,5
7½ dgl. 79 I	6/89	101,2	101,6
8 dgl. 79 I	7/89	103,45	103,7
8 dgl. 79 II	8/89	103,6	103,8
7½ dgl. 79 II	9/89	101,3	101,65G
7¾ dgl. 79 II	11/89	102,35	102,65
7¾ dgl. 80 I	1/90	102,3	102,5
10 dgl. 80	4/90	111,65	111,75
5¾ dgl. 78	5/90	95,6	95,7G
8¼ dgl. 80 I	7/90	104,15	104,35
8¼ dgl. 80 II	11/90	104,25bG	104,35
7¾ dgl. 82	11/90	102,3	102,5
9 dgl. 81	2/91	107	107,25
10¼ dgl. 81	7/91	113,55	113,6
10¾ dgl. 81	9/91	116,4	116,6
10 dgl. 81 II	12/91	112,9	112,95
9¾ dgl. 82 I	1/92	111,05	111,35
9¾ dgl. 82 II	3/92	111,2	111,45
6 dgl. 78 II	3/93	94,1	94,15

		29. 10.	26. 10.
F 6½ dgl. 77	5/89	97,5	98
8 dgl. 79 I	7/89	102,8	103,1
6 dgl. 78 I	2/90	96,35	96,5
8 dgl. 80 II	7/90	102,9	103,1bG
9 dgl. 81	3/91	107G	107,05
10½ dgl. 81	9/91	115	115,1
10¼ dgl. 81	11/1	114,1	114,2
8 dgl. 80 I	2/92	102,2	102,6
10 dgl. 82	2/92	112,75	112,85
9¼ dgl. 82	7/92	110,15	110,3
8 dgl. 82	11/92	102,6	102,75
7¾ dgl. 83	1/93	101,3	101,55
8¼ dgl. 83	10/93	104,4G	104,8
8¼ dgl. 84	8/94	104,4	104,8

Bundespost

F 6½ Bdpost 68	6/88	99,65G	99,65
8 dgl. 72 I	9/87	102,4	102,4
10 dgl. 81	3/89	110,05	110,05
10½ dgl. 81	6/89	111,5	111,5
8 dgl. 80	3/90	102,7	102,95
7¾ dgl. 80	9/90	101,85	102,2
8¾ dgl. 80	12/90	106,35	106,6
10½ dgl. 81	10/91	115,05	115,15
9¾ dgl. 82	2/92	111,2	111,5
8¾ dgl. 82	6/92	106,5	106,6bG
8½ dgl. 82	10/92	105,15	105,3bG
7¾ dgl. 83	2/93	101,7	101,9
8½ dgl. 83	9/93	105,5	105,6
8¼ dgl. 84	2/94	104,2	104,7
8 dgl. 84		102,75	102,75bG

Länder – Städte

S 6½ Bd.-Wttbg. 78	86	99,25	99,25
8¼ dgl. 82	92	103,5G	104G
M 7 Bayern 66	86	101,5G	101,5G
6½ dgl. 67	87	102G	102G
6 dgl. 68	85	99,75G	99,75G
6 dgl. 78	88	97,3	97,4G

Renten erneut schwächer

Nachdem die Kurse öffentlicher Anleihen am Wochenende bereits bis zu 0,60 Prozentpunkte zurückgenommen worden waren, stellten sich am Montag weitere Abschläge bis zu knapp einem halben Punkt ein. Die Abgaben werden mit der unsicheren Zinssituation in den USA begründet, stellen aber auch eine Reaktion auf die Zinssenkung in den letzten Wochen am deutschen Kapitalmarkt dar. Unter diesen Umständen ist die neue 7¼prozentige Bahnanleihe (Rendite 7,29 Prozent) weder im In- noch im Ausland plazierbar.

	29. 10.	26. 10.
M 7 dgl. Pf 20	99,75G	99,75G
B 5 Berl. Pfandb. Pf 7	103G	103G
7 dgl. Pf 31	100,5G	100,5G
6 dgl. Pf 34	97,5G	97,5G
6½ dgl. Pf 37	99G	99G
8 dgl. Pf 51	100,25	100,25G
Hn5 BrHann. Hypo. Pf 1	118G	118G
7 dgl. Pf 80	93,25G	93,75G
7½ dgl. Pf 87	98,5G	99G
6 dgl. KS 29	84,5G	85G
7 dgl. KS 30	100,6G	100,7G
D 5 Dt.Centbod. Pf 44	119,5G	119,5G
5 dgl. Pf 54	116G	116G
6 dgl. Pf 109	81,5G	81,5G

	29. 10	26. 10.
Hn8 dgl. Pf 10	100,7G	100,8G
9 dgl. KO 53	101,3G	101,3G
7½ dgl. IS 6	102G	102G
10 dgl. IS 37	100,3G	100,3G
F 5 Pfalz Hypo Pf 48	115G	115G
6 dgl. Pf 58	88,3G	88,3G
6 dgl. Pf 95	80T	80T
7 dgl. Pf 114	100G	100G
D 5 RW Bodencr. Pf C	128G	128G
5½ dgl. K	109,5G	109,5G
4 dgl. Pf 18	104G	104G
6 dgl. Pf 28	97G	97G
6½ dgl. Pf 67	88G	88G
5½ dgl. KO J+E	125G	125G

	29. 10.	26. 10.
F 7½ dgl. RS 27	101,5G	101,5G
6½ dgl. RS 60	99,5G	99,5G
7 dgl. 94	100,5G	100,5G
7 dgl. 99	100,2	100,25G
8 dgl. 101	103	103G
7½ dgl. 102	101,25G	101,25G
9½ dgl. 126	105,75G	105,75G
D 8 LAG TS 76	101,6G	101,7
6½ dgl. TS 77	99,5	99,6
5½ dgl. 78	97G	97
7 dgl. 79	100,2	100,25

	29. 10.	26. 10.
6 dgl. RS 15	99,15	99,15
6 dgl. RS 16	99,1	99,1
6 dgl. RS 19	99G	99G
6 dgl. RS 21	-Zhg.	-Zhg.
6 dgl. RS 26	99,95G	99,95G

	29. 10.	26. 10.
M 5 Bayer. Verbk. Pf 11	119,5G	119,5G
6 dgl. Pf 4	95,5G	95,5G
6½ dgl. Pf 3	91G	91G
6½ dgl. Pf 12	90,5G	90,5G
H 4½ Nordhyp.WBK Pf 24	105	105
6½ dgl. Pf 42	99,9G	99,9G
Hn7 Nord. Lbk. Pf 1	99G	99G
7½ dgl. Pf 4	91,5G	91,5G

Industrieanleihen

	29. 10.	26. 10.
F 3½ Kansai Paint 84 m0	96,75	96,75G
3½ dgl. 84 o0	88,75	89G
3½ Mitsubishi 84 m0	102,5	102,5
3½ dgl. 84 o0	91bG	91,2
3½ Nippon Flour 84 m0	99G	99
3½ dgl. 84 o0	89,85	89,2G
5¾ Rhythm Watch 84 m0	142G	142G
5¾ dgl. 84 o0	96,25bB	96T
3¾ Torremi Industries 84 m0	97,5G	97,5
3¾ dgl. 84 o0	88,75G	88,75G
4 Veba 84 m0	125,5	127T
4 Veba 84 o0	83,5	83,75
F 6½ Wells F. 73 m0 DM	141G	141G
6½ dgl. 73 o0 DM	97,5T	97T
F 6½ BASF 74 m0	154	154
6½ BASF 74 o0	102T	102
3¼ Bayer 84 m0	130,25	133
3¼ Bayer 84 o0	80,6	80,9bG
5 Conti 84 m0	142	143
5 Conti 84 o0	86,5	86,5
M 3½ Stumpf 88 m0	154G	154G
M 3½ Stumpf o0	91TG	91TG

Währungsanleihen

6¼ Kopenhagen 72	97G	97

Wandelanleihen

	29. 10.	26. 10.
F 4¾ AKZO 69	84T	84T
F 5 Asics Corp. 83	103,25	103,25
F 3¾ All Nippon 78	103,1	103,5
F 3½ Asahi Opt. 78	130G	130G
F 4¾ Canon Inc. 77	500G	500G
F 3½ Csc. Comp. 78	375T	375T
F 5¾ Daiei Inc. 80	135G	135bG
F 3 Daikin Ind. 84	101	101
F 4¼ Fujitsu Lim. 78	880G	–
F 5¼ Hoogovens 68	89G	89G
F 3½ Izumiya Co 78	128,5G	132,5G
F 3½ Jusco Co. 78	107,25G	108G
F 4 Kawashima Tex. 84	106T	106

	29. 10.	26. 10.
F 6 Komatsu 78	154,5G	154G
F 6 Konishiroku Pho. 81	125G	123,5G
F 6¾ dgl. 82	117,5	116G
F 3½ Koralauen 78	108bG	109G
F 7½ Kraft Inc. 70	165,5	165
F 3½ Marudai F 78	100,25G	100,8bG
F 6 Michelin Int. 70	95,5G	95,5G
F 5½ Minolta 77	225G	230G
F 4 dgl. 79	172G	175G
F 6,75 Mitsub. H 81	148G	147G
F 6 dgl. 81	112	113,5
F 6 Nichii Co Ltd 80	148G	148G
F 3¼ Nippon Sh. 78	135T	135T
F 3½ Nissan Mot. 78	97,5G	97,5
F 4 Nisshin Steel 78	185G	188G
F 6½ Océ v. d. Gr. 69	110G	110G
F 3½ Olympus 78	310G	315G
F 3¾ Omron Tat 79	485T	485T

	29. 10.	26. 10.
F 4¾ Orient Fin 79	245G	255G
F 3½ Ricoh Comp. 78	250	245G
F 6¾ Rothm. Int. 72	105,5	105,5G
F 3¾ Sanden Corp. 78	135,5	133G
F 6¼ Sekisui 76	-Zhg	-Zhg
F 3½ Stanley 78	200G	200G
F 6 Taiyo Yuden 82	142G	138G
F 5 Texaco Int. 66	97,85	97,9
F 3½ Tok. Elec. 78	470G	480G
F 4 Tokyu Land 79	104	105T
F 3½ Trio Kenw. 78	99,5	99,5
F 6½ Uny Ltd. 79	230G	230G

Ausländische Aktien in DM

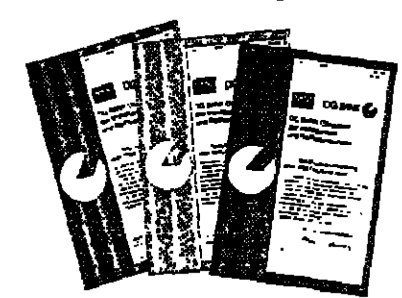
	29. 10.	26. 10.
F L'Air Liquide	180G	180G
D Akzo	91,5	91,5
F Alcan	85,9	83,9
F Alcoa	107,5exD	105
F Alg.Bk.Nedld.	308	310
F All Nippon Air	4G	4G

	29. 10.	26. 10.
F General Electric	172	174,5
F General Foods	172T	172T
F General Mining	42,5	43,5
D General Motors	243	240G
D Gen. Shopping	400T	400T

	29. 10	26. 10
D Parker Drilling	20,8	21
F Parker Hannifin	99,5G	92G
F Peko Wallsend	13	13
M Pepsi	132,4	131,3
F Pernod-Ricard	230T	235T
F Peugeot	68	67



Mit DG BANK-Obligationen der Volksbanken und Raiffeisenbanken *können Sie Ihre Planung auf den Tag*



und Pfennig genau realisieren. Denn mit DG BANK-Obligationen läßt sich zuverlässig rechnen. Sie bieten Ihnen feste Zinssätze und gute Renditen. Am Fälligkeitstag werden sie eingelöst – *zum vollen Nennwert.*

Hier können Sie Ihr Kapital ertragreich anlegen, ob es 1.000 DM, 5.000 DM, 10.000 DM oder mehr sind – wenn Sie wollen, auch in effektiven Stücken. Wählen Sie aus den angebotenen Laufzeiten die für Ihre Planung interessantesten aus, z. B. *für einen Urlaub* in einem fernen Land. Oder für mehr Gemütlichkeit in Ihrer Wohnung. Oder *für eine mobile Anschaffung,* die besonders groß ausfallen soll.

Zum derzeit verfügbaren Angebot gehören.
Serie 43, Nominalzins 6½%, Laufzeit 2 Jahre
Serie 44, Nominalzins 7%, Laufzeit 3 Jahre
Serie 41, Nominalzins 7¼%, Laufzeit 4 Jahre
Serie 49, Nominalzins 7½%, Laufzeit 5 Jahre
Serie 48, Nominalzins 7¾%, Laufzeit 7 Jahre
Die täglichen Verkaufskurse und Renditen erfahren Sie bei Ihrer Volksbank oder Raiffeisenbank.

Lassen Sie sich vom Vermögensberater in einer der über 3.700 Volksbanken und Raiffeisenbanken ganz in Ihrer Nähe informieren – über die Möglichkeiten, Ihr Geld sicher und *planvoll in DG BANK-Obligationen* anzulegen.

DG BANK, Postfach 2628, Wiesenhüttenstraße 10, 6000 Frankfurt am Main 1, Telefon (069) 2680-2389, Telex 412291.

Im Verbund der Volksbanken und Raiffeisenbanken



NUR FEINSTES GOLD GILT AUF DER GANZEN WELT ALS ZEITLOS WERTVOLL.



Vor mehr als 3000 Jahren haben die alten Ägypter ihren König Tutench-Amun in reinstem Gold verewigt. *Schon sie wußten, daß nur pures Gold von unvergänglichem Wert ist.* Und das gilt auch heute noch: Wer in Gold investiert, sollte sich ebenfalls für die reinste Form entscheiden.

Kanadas Maple Leaf zum Beispiel ist aus dem feinsten Gold geprägt, das Sie heute *kaufen können. Es ist also* keine Legierung, sondern die einzige an Bankschaltern erhältliche Goldmünze mit einer Reinheit von 999.9/1000 Feingold – garantiert von der kanadischen Regierung.

Das bedeutet für Sie: Im Gegensatz zu *üblichen Goldmünzen mit* 22 Karat bekommen Sie beim Maple Leaf 24karätiges Gold für Ihr Geld. Außerdem erhalten Sie einen hohen Grad an Sicherheit, ihn jederzeit überall in der Welt problemlos veräußern zu können.

Deshalb können sich umsichtige Kapitalanleger *ruhig an den alten* Ägyptern ein Beispiel nehmen. Wer *Werte von Dauer* schaffen will, sollte Gold in seiner höchsten Reinheit wählen. Und das sind nun mal heute die 999.9/1000 des kanadischen Maple Leaf – eine Reinheit, die durch nichts zu ersetzen ist.

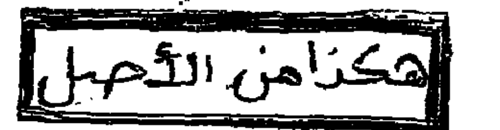


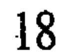
Kanadas Maple Leaf



MAPLE LEAF. FÜR REINHEIT GIBT ES KEINEN ERSATZ.

Den Maple Leaf bekommen Sie bei der **Deutschen Bank**, der **Dresdner Bank**, der **Commerzbank** und bei vielen **Sparkassen, Volksbanken** und **Raiffeisenbanken.**







Der Sieger Orlando Pizzolato aus Italien küßt die Straße (links). Herbert Steffny aus Freiburg wurde Marathon-Dritter in New York. FOTOS: AP

Erst gab es Tips vom großen Bruder, dann wurde Herbert Steffny Marathon-Dritter in New York

K. Bl. **Bonn/New York**

Damit hatte nun niemand gerechnet: Beim berühmten New Yorker Marathonlauf wurde der Freiburger Herbert Steffny Dritter, Michael Spöttel aus Verden belegte den sechsten Platz. Es siegte überraschend der Italiener Orlando Pizzolato, ein Sportlehrer aus der Nähe von Mailand, der für seinen Erfolg 75 000 Mark erhielt. Steffny bekam für seinen dritten Platz noch 54 000 Mark.

Es war sein dritter Marathonlauf, den der 26jährige in New York bestritt. Gut unterstützt und assistiert von seinem Bruder Manfred, dem ehemaligen deutschen Rekordläufer auf der Marathonstrecke und jetzigen Chefredakteur des Lauf-Magazins „Spiridon". Die beiden Steffnys hatten vor dem Rennen in New York noch eine Läufer-Hose in den amerikanischen Nationalfarben erstanden. Steffny trug diese Bekleidung, damit er am Straßenrand von den amerikanischen Zuschauern angefeuert wurde: Go, USA, go. So war es auch, als Herbert Steffny in der Schlußphase des Rennens den besten Amerikaner Pat Peterson aus New York überholte.

Freilich war es überraschend, was in New York gelang. Manfred Steffny: „Wir hatten eigentlich mit einem Platz in den 20er Rängen gerechnet. Die Planungen liefen darauf hinaus, eine Zeit unter zwei Stunden und 13 Minuten zu erzielen. Doch dafür fehlten die Voraussetzungen. Bei einer Wärme von 25 Grad und einer Luftfeuchtigkeit von 90 Prozent mußten wir die Planungen ändern. Es ging darum, das Rennen vorsichtig anzugehen." Was auch geschah: Nach zehn Kilometern hatte Herbert Steffny zu Michael Spöttel aufgeschlossen und bildete mit ihm gemeinsam ein ausgezeichnetes Team. Im nachhinein kann man sich vorstellen, wie die beiden – wären sie vom Verband aufgestellt worden – gemeinsam mit dem Frankfurter Ralf Salzmann bei den Olympischen Spielen in Los Angeles agiert hätten.

Seit zwei Jahren betreibt Herbert Steffny erst den Langstreckenlauf, und in diesem Jahr wurde er bereits deutscher Meister über 25 Kilometer in Waldniel. Als er damals als erster über den Zielstreifen rannte, überraschte er hinterher noch mit einem gelungenen Handstand. Manfred Steffny: „Herbert ist eindeutig der bessere Marathonläufer von uns beiden. Er ist viel athletischer als ich, und außerdem wird ein Marathonläufer erst im dritten Jahr seiner Laufbahn so richtig gut."

Freilich profitiert Herbert Steffny von den Erfahrungen seines Bruders, der ihm die Trainingspläne – in der Fachsprache nennt man so etwas Belastungsblöcke – ausarbeitet. Und selbstverständlich hält sich Herbert Steffny an das, was der Marathonbuch-Autor Manfred Steffny ihm aufschreibt. Manfred Steffny: „Hinzu kommt, daß sich Herbert sehr gut auf eine Aufgabe konzentrieren kann."

New York Marathon hieß diese Aufgabe: Langsam angehen, um sich dann nach vorne zu arbeiten. Nun darf hochgerechnet werden, was gewesen wäre, wenn? Also wenn Herbert Steffny dieses Rennen in einem schnelleren Tempo angegangen wäre. Manfred Steffny: „Nun haben wir ja erst einmal die Sache mit dem langsamen Anfangstempo geübt, die Sache mit dem schnelleren Anfangstempo werden wir uns beim nächsten Mal als Aufgabe stellen." Das wird am 14. April 1985 beim Marathon-Weltcup in Hiroshima (Japan) sein. Denn es ist anzunehmen, daß der Deutsche Leichtathletik-Verband (DLV) nach den Erfolgen in New York eine deutsche Mannschaft für das Rennen in Japan nominiert.

Der 48jährige Franzose Jacques Bussereau starb beim New York Marathon nach einer Herzattacke.

Kinderstars: Die wenigsten bleiben dem Himmel der Filmwelt erhalten

Der Sprung in den dauernden Ruhm

Vor über 50 Jahren spielte er in „Emil und die Detektive" seine erste große Rolle. Hans Richter, Gast von Sigi Harreis, gehört zu den einstigen deutschen Kinderstars, die sich in der neuen Ausgabe der beliebten Sendung treffen. Die Mittdreißiger unter den Zuschauern kennen dagegen Oliver Grimm noch aus dem Kinderfunk der 50er Jahre, und Susanne Uhlens Karriere als schauspielerndes Kind liegt kaum 15 Jahre zurück. Alle aber, die ins Studio gebeten wurden,

Die Montagsmaler – ARD, 20.15 Uhr

haben den schwierigen Sprung vom Kinderstar zum erwachsenen Schauspieler gewagt und – geschafft!

Das ist keine Selbstverständlichkeit. Shirley Temple z.B., der Liebling der amerikanischen Nation in den 30er und frühen 40er Jahren, verschwand von der Leinwand, als sie die Pubertät erreichte. Geschafft hat es dagegen Michey Rooney, der in Filmen wie „Boys-town" neben Spencer Tracy in den 30er Jahren auftrat und als einer der begabtesten Nachwuchsdarsteller galt. Rooney bekam auch als Erwachsener noch gute Rollen und profilierte sich als Charakterdarsteller.

Die Liste jener jugendlichen Mimen, die wie Kometen am Filmhimmel aufsteigen und ebenso rasch verschwinden, ist lang. Nur wenigen von ihnen gelang es, sich später eine solide Schauspielerkarriere aufzubauen. Der Ruhm war ein Rausch für sie: kurz, heftig und nur schwer zu verkraften. Die Glitzerwelt des Films zehrte ihre Begabung und Kräfte in kürzester Zeit auf. Sie wurden verschlissen.

Nichts scheint schwerer zu sein als den Ruhm der frühen Jahre zu verkraften. Hailey Mills, die Tochter von John Mills und Star zahlloser Disney-Filme in den späten 50er Jahren, die einmal als zweite Mary Pickford gefeiert wurde, plauderte aus ihrer eigenen Erfahrung, als sie sagte: „Wer als Kind schon als Star gefeiert wird, der wird faul." Sie hat immerhin aus ihren Fehlern gelernt und steht heute, als 40Jährige, wieder im Theater auf der Bühne und denkt an ein Kino-Comeback. Die trüben Erfahrungen anderer Kinder hindern aber weder ehrgeizige Eltern noch Kinder selbst daran, vom Starruhm zu träumen.

Und Rollen gibt es viele. Kinder sind heute im Film begehrter denn je. Man denke nur an das Musical „Annie", das John Houston 1980 mit der sommersprossigen Aileen Quinn verfilmte. Das gute Kind darf heute noch für Essen und Kleider im Fernsehen werben und träumt von einer Fortsetzung von „Annie" – bisher vergebens. Und wer erinnert sich nicht an den hübschen kleinen Kerl in Robert Bentons „Kramer gegen Kramer"? Justin Henry heißt er, ist heute 12 Jahre alt und hat wieder in einem Film mitgewirkt. Er denkt noch immer an eine große Kinokarriere, will aber auf Rat von Dustin Hoffmann vernünftigerweise erst einmal eine Schauspielschule besuchen.

Viele Kinder jedoch, die durch irgendeinen Zufall für irgendeinen Film entdeckt wurden, geben hochfliegende Pläne und Träume von alleine wieder auf und kehren brav auf die Schulbank zurück. Auch die meisten der jugendlichen Darsteller aus Sergio Leones Epos „Es war einmal in Amerika" sehen sich lieber als Baseballstars denn als Filmhelden.

„Wer den Sprung vom Kinderstar zum erfolgreichen Charakterdarsteller schaffen will", so Michey Rooney, „braucht vor allem eines: Geduld. Und er braucht Glück, Ausdauer, wirkliches Talent und Selbstbewußtsein. Daran aber hapert es oft am meisten." Den ehemaligen Kinderstars bei Sigi Harreis offenbar nicht. Sie sind den Weg gegangen, den die Kometen am schnellebigen amerikanischen Starhimmel oft scheuen: Training, Ausbildung, kleine Theaterrollen, das Handwerk von der Pike auf lernen. Amerikanische Ex-Kinderstars, so zum Beispiel Brooke Shields, versuchen die Barriere zwischen Kinder- und Erwachsenenschauspieler zu nehmen, und Tatum O'Neal beißt sich derzeit durch eine Schauspielschule. Den meisten aber fehlt der Atem. Ihnen bleiben von ihrer kurzen Zeit des Ruhms nur noch Erinnerungen und im Glücksfall ein paar tausend Dollar auf dem Bankkonto.

MARGARETE v. SCHWARZKOP

KRITIK

Ein Blaubart als Teddybär

Max Frischs Problem war immer das Private. Darin ist er das genaue Gegenteil des anderen schweizerischen Autors, Dürrenmatt, der stets nach alle Menschen angehenden Themen von oft geradezu plakathafter Vereinfachung gegriffen hat. Die Filigranposa von Frisch hingegen weckt stets ein bißchen den Verdacht, daß man sich in neutralen Kleinstaaten noch seelische Probleme leiste, für die man in stärker gebeutelten Ländern gar keine Zeit mehr habe. Die Parallelen zu Skandinavien springen ins Auge.

Der ARD-Film „Blaubart" nach Frischs Novelle bestätigt das: Diese Umkrempelung des alten Ritter-Blaubart-Motives ist eine typische Privatisierung. Aus dem Frauenverschlinger der Sagen hat Frisch einen melancholischen Teddybär gemacht, den Vladim Glowna mühelos ohne Maske spielen kann. Zwar laufen ihm alle seine Ehefrauen davon. Aber als er zu Unrecht der Ermordung der letzten in der Reihe angeklagt wird, legen alle überlebenden Exgattinnen vor dem Zürcher Hohen Gericht gerührt ein gutes Wort für ihn ein. Der Freispruch allerdings enttäuscht den helvetischen Soft-Blaubart sehr. Aber sein Versuch, sich als Mörder zu präsentieren, hat keinen Erfolg: Man hat den wirklichen Mörder bereits gefunden (es ist natürlich ein Ausländer).

Dieses Indolenzspiel wäre ein Fressen für einen Regisseur wie Ophüls gewesen. Der polnische Starregisseur Zanussi setzt es in das harte Stakkato einer grobflächig monotonen Stilisierung um, der man bald müde wird. Es wirkt wie Robert Walser in den Malstil von Hodler übersetzt...

Gerettet wird auch dieser Streifen (wie die kürzliche Siegfried-Lenz-Verfilmung) vom Frauenwunder. Unsere Regisseure beginnen den Reiz der Frau in mittleren Jahren zu entdecken. Die Gesichter von Blaubarts Exgattinnen sind von einem Reichtum, der sowohl Frischs Müdigkeit wie auch Zanussis asketische Strenge in die Ecke fegt. Man geht in diesen Gesichtern wie in Märchenlandschaften spazieren.

ARMIN MOHLER

Rastlos über den Globus gehetzt

Wird der polyglotte Martin Schliessler am Ende seiner sechsteiligen Serie „Auf verwehten Spuren" Amerika neu entdeckt haben oder wird auch er zum Schluß über eine gebündelte Zusammenfassung teils gängiger, teils esoterischer Interpretation nicht hinauskommen?

Wenn es dem Autor nicht gelingen sollte, die verwehten Spuren der Entdeckung Amerikas um einige Sandkörner zu bereinigen, dann kann es am fehlenden Fleiß und Engagement nicht gelegen haben, denn schon der Prolog am Sonntagabend war mit Informationen vollgespickt. Genießen konnte man die wunderschönen Bilder jedoch nicht immer, denn der Autor, auf der Suche nach den verschlungenen Wegen der Vergangenheit der Neuen Welt, hetzte rastlos über den Globus, gönnte sich – und den Zuschauern – keine Pause zum Nachenken, zur Vertiefung vieler interessanter Gedankengänge. Was nicht erbarmungslos zugetextet wurde, ging im Wirrwarr ellenlanger Schachtelsätze unter. Die Fernsehsprache ist eine andere, sie muß kurz, griffig und einprägsam sein. Außerdem muß sie synchron laufen zu den bewegten Bildern, ohne dabei zur Bildbeschreibung zu verkümmern. Hier ging manches durcheinander. Bedenklich auch die zwar gängige, aber dennoch beleidigende Beschreibung der nordischen Ureinwohner Amerikas als Eskimos. Eskimo – das heißt Fleischfresser – wollen die Bewohner der Arktik nicht mehr genannt werden, sie nennen sich bereits seit geraumer Zeit Inuit (Mensch).

Und was von der Reiseromantik schlittenfahrender Inuit heute übrig geblieben ist, weiß jeder, der den Norden Amerikas in den letzten Jahren bereist hat. Schlittenhunde halten sich nur noch die Weißen in ihren Eisgärten als Souvenir, die Inuit rasen in Motorschlitten übers Eis. Und wenn die Verwandten dennoch allzu weit entfernt leben sollten, dann setzen sie sich einfach ins Fernsehstudio ihrer Kleinstgemeinden und sprechen live über den Satelliten Anik mit ihren Lieben am anderen Ende des Eiskontinents.

Trotzdem: Man sollte versuchen, dem Autor auf den Fersen zu bleiben, denn was seine Kameras eingefangen haben, ist sehenswert, beeindruckend und bewegend. ERICH VOGT

· ZAHLEN ·

FUSSBALL

Schottisches Pokal-Endspiel: Dundee United – Glasgow Rangers 0:1 (0:1).

REITEN

CSIO Washington, Großer Preis der Springreiter: 1. Fargis auf Touch of Class, 0 Fehlerpunkte/34,69 Sekunden, 2. Hansen auf May Be 0/34,73, 3. Burr auf Albany 4/30,19, 4. Monahan auf Governor 4/34,22, 5. Leone (alle USA) Jonkher 9/35,56, alle im Stechen.

EISHOCKEY

Bundesliga, 10. Spieltag: Rießersee – Köln 3:3, Essen-West – Düsseldorf 2:8, Iserlohn – Kaufbeuren 7:4, Rosenheim – Mannheim 7:1, Landshut – Schwenningen 2:2.

EISKUNSTLAUF

Internationaler Wettbewerb „Skate Canada" in Victoria, Endstand, Paare: 1. Betschke/Kornjenko (UdSSR) 1,4, 2. Coull/Rowson (Kanada) 2,8, 3. Matousek/Eisler (Kanada) 4,2. – Herrren: 1. Orser (Kanada) 2,6, 2. Filipowski (Polen) 5,0, 3. Ogawa (Japan) 7,6. – Damen: 1. Ito (Japan) 3,8, 2. Chin (USA) 3,8, 3. Lebedewa (UdSSR), ... 7. Wolf (Deutschland) 13,8. – Eistanz: 1. Woloschinskaja/Swinin (UdSSR) 2,0, 2. Born/Schönborn (Deutschland) 4,0, 3. Johnson/Thomas (Kanada) 6,0.

LEICHTATHLETIK

New York Marathon, Herren: 1. Pizzolato (Italien) 2:14:53 Std., 2. Murphy (England) 2:15:36, 3. Steffny (Deutschland) 2:16:33, 4. Petersen (USA) 2:16,35, 5. Demadonna (Italien) 2:17,05, 6. Spöttel (Deutschland) 2:17,11 – Frauen: 1. Waitz (Norwegen) 2:29:30, 2. Marot (England) 2:33:58, 3. Fogli (Italien) 2:37:25, ... 8. Teske (Deutschland) 2:41:16, ... 10. Andersen-Schieß (Schweiz) 2:42:24.

TENNIS

Internationales Damen-Turnier in Brighton, Finale: Hanika (Deutschland) – Russell (USA) 6:3, 1:6, 6:2.

VOLLEYBALL

Bundesliga, Herren, 7. Spieltag: Hamburg – Paderborn 1:3.

GEWINNZAHLEN

Auswahlwette „6 aus 45": 10, 23, 30, 33, 40, 43, Zusatzspiel: 3. – **Rennquintett:** Rennen A: 1, 7, 8. – B: 30, 21, 31. (Ohne Gewähr).

NACHRICHTEN

Kuba ist Baseball-Sieger

Havana (dpa) – Kuba ist neuer Baseball-Weltmeister der Amateure. Vor 55 000 Zuschauern gewann die Nationalmannschaft ihr entscheidendes Heimspiel gegen die USA mit 10:1.

Fünfte Meisterschaft

Stuttgart (dpa) – Bei der fünften Taekwondo-Europameisterschaft gewann die deutsche Nationalmannschaft ihren fünften Titel. Sie stellte außerdem neun Einzelsieger.

Jüngster Großmeister

London (dpa/UPI) – Der jüngste Schach-Großmeister der Welt ist der erst 12jährige Engländer Michael Adams. Bei einem Zehner-Turnier in London überbot er die vom Schach-Weltverband (FIDE) geforderte Norm (2400 Punkte) um sieben Punkte.

Nagelsen/Walts siegten

Houston (dpa/UPI) – Mit einem 6:3, 4:6, 6:3, 6:2-Sieg über ihre amerikanischen Landsleute Kathy Rinaldi/Vincent van Patten gewannen Betsy Nagelsen/Butch Walts in Houston die Tennis-Weltmeisterschaft im Mixed.

Harald Ott überraschte

Dortmund (sid) – Sieger der beiden Veranstaltungsabschnitte beim 2. Internationalen Hallen-Moto-Cross in der Dortmunder Westfalenhalle wurde der erst 16jährige Harald Ott (Heidenheim).

Judo-Gold für Frankreich

Paris (dpa/UPI) – Mit einem 4:1-Erfolg über die UdSSR gewann Frankreich in Paris die Judo-Europameisterschaft. Erfolgreichster Judoka war der 32jährige Schwergewichtler Angelo Parisi (Großbritannien) mit fünf Goldmedaillen.

Schuster in Superform

Barcelona (sid) – Der ehemalige deutsche Fußball-Nationalspieler Bernd Schuster steht mit seinem Verein FC Barcelona weiter ungeschlagen an der Spitze der ersten spanischen Fußball-Liga. Beim 2:1-Sieg bei Atletico Madrid war Schuster als Mittelfeldregisseur der überragende Spieler.

Jassmann ohne Resties

München (sid) – Der Deutsche Halbschwergewichts-Meister Manfred Jassmann (32) will sich künftig nicht mehr von Trainer Uli Resties (57) sekundieren lassen. Nach Jassmanns Ansicht hatte Resties beim Titelkampf gegen Ralf Rocchigiani (21) zu früh das Handtuch geworfen. Im Training arbeitet Jassmann weiterhin mit Resties zusammen.

Schiedsrichter erschossen

Montpellier (dpa) – Während eines Fußballspiels in der südfranzösischen Stadt Montpellier wurde der 25jährige Schiedsrichter von einem Zuschauer erschossen. Der Vorfall ist der Höhepunkt wochenlanger Auseinandersetzungen zwischen Fußballfans und einer verfeindeten Jugendgruppe.

Karriere gefährdert

Innsbruck (dpa) – Die Karriere des 25jährigen österreichischen Formel-1-Rennfahrers Gerhard Berger (ATS-Team) ist gefährdet. Berger erlitt bei einem Verkehrsunfall einen Halswirbelbruch.

STAND ● PUNKT

Verschuldung

Die Arbeitslosenquote in Dortmund ist hoch, sehr hoch: Fast 18 Prozent beträgt sie. Da heißt es, die Mark umdrehen. Was freilich nicht für den Fußball-Bundesligaklub Borussia Dortmund zutrifft. Der Verein soll sich nach einem Bericht der Deutschen Presse-Agentur (dpa) in einen Schuldenberg von 7,5 Millionen Mark (!) hineingewirtschaftet haben. Im Grunde genommen bedeutet das den Bankrott.

Was dabei erstaunt: Im Wirtschaftsrat des renommierten Klubs sitzen prominente Geschäfts- und Bankfachleute, wie zum Beispiel Hoesch-Chef Rohwedder und der Direktor der Westfalenhalle, Heinemann. Im übrigen Geschäftsleben leisten sich diese Manager derartige Fehlinvestitionen nicht.

Es wäre wohl falsch, die gesamte Schuld nur auf den ehemaligen Manager Hans-Dieter Tippenhauer und den früheren Trainer Timo Konietzka abzuwälzen. Denn über Preis und Nachfrage mußte schließlich auch der Wirtschaftsrat mitentscheiden. Und da lag vieles im argen. Da wurde zum Beispiel für den ehemaligen Bielefelder Spieler Pagelsdorf das Doppelte dessen bezahlt, was die Arminia eigentlich haben wollte.

Wie wird die Sache ausgehen? Die Vereinsmitglieder werden Vorstand und Wirtschaftsrat entlasten, der DFB wird zögernd weiterhin die Lizenz erteilen. Und dann kann weitergewirtschaftet werden, wie gehabt.

K. Bl.

FUSSBALL / Michel Platini und die Superlative

Auszeichnung für Völler

sid, **Paris**

Sogar Franz Beckenbauer reist an, um bei der prunkvollen Ehrung für Europas Fußballspieler Nummer eins dabeizusein. Wenn Michel Platini in der historischen Conciergerie den Goldenen Schuh als bester Torschütze und den Goldenen Ball als bester Spieler der Europameisterschaft erhält, dann schwelgt Frankreich noch einmal in Superlativen, erinnert sich an die Tage vom 12. bis 27. Juni, deren Drehbuch nur für einen Mann geschrieben zu sein schien. Für „Platinissimo", wie die französische Presse den Bergarbeitersohn aus Nancy nennt.

Daß er während der EM 29 Jahre alt wurde und außerdem sein 50. Länderspiel bestritt, paßte bestens. Für alle anderen 159 EM-Spieler blieben nur Neben- oder Statistenrollen. Platini wurde in Rundfunk, Fernsehen und in den Zeitungen häufiger erwähnt als Staatspräsident François Mitterrand.

Der Gewinn der EM und der persönliche Triumph machen sich für Platini, der ja ohnehin mit besten Verträgen ausstaffiert ist, in klingender Münze bezahlt. „Numéro 10" heißt eine 50-Minuten-Sendung im zweiten französischen Fernsehen, die Platini mit der Rückennummer 10 jeden Samstag moderiert. Außerdem leitet er im Auftrag eines riesigen Elektrokonzerns eine Fußball-Schule in Südfrankreich – beim selben Konzern kümmert sich Yannik Noah um den Tennis-Nachwuchs. Zu den verschiedenen Werbeterminen fliegt Platini immer im Privatflugzeug seines Managers ein.

In Platinis Schatten wird heute auch Rudi Völler stehen, obwohl der Bremer dank seiner beiden Tore beim 2:1 über Rumänien immerhin den dritten Platz bei den Torjägern belegte.

TENNIS / Ein großer Erfolg für Sylvia Hanika

Klarer Sieg in Brighton

sid, **Brighton**

Für die 24 Jahre alte Linkshänderin Sylvia Hanika aus Ottendichl bei München endete ein zwei Jahre langes Warten auf den Sieg in einem bedeutenden Tennisturnier. Die Nummer eins der deutschen Rangliste bezwang im Finale des mit 175 000 Dollar dotierten Turniers im englischen Seebad Brighton Joanne Russell aus den USA mit 6:3, 1:6, 6:2. Ihren letzten Erfolg hatte Sylvia Hanika im März 1982 in New York gefeiert.

In 1:42 Stunden endeten die Hoffnungen der Amerikanerin, zwei Tage vor ihrem 30. Geburtstag die erste Finalteilnahme ihrer Profi-Karriere siegreich zu beenden. Nur knapp 30 Minuten benötigte Sylvia Hanika, um den ersten Satz mit 6:3 zu gewinnen. Im zweiten Durchgang hatte die Linkshänderin Schwierigkeiten mit ihrem Aufschlagspiel und verlor deutlich mit 1:6. Doch in der Schlußphase der Partie zeigte die in Monaco lebende Hanika lange vermißte Kämpferqualitäten und setzte sich gegen ihre zuletzt konditionell überforderte Gegnerin durch.

„Die Leute haben ja schon geglaubt, wenn es darauf ankommt, verliert die Hanika sowieso", erklärte die glückliche Siegerin, die bei ihren letzten fünf Finalteilnahmen jeweils klar verloren hatte. „Sylvia hätte heute noch ganz andere Leuten schlagen können, sie war großartig in Form", lobte die unterlegene Amerikanerin. Joanne Russell mußte nach eigener Aussage dem Halbfinalspiel gegen die Ungarin Andrea Temesvari Tribut zollen, das sie nach begeisterndem Kampf am Samstag gewann. Die Ungarin hatte zuvor überraschend die an Nummer eins gesetzte Pam Shriver (USA) ausgeschaltet.



III.

ARD/ZDF–VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 Tagesschau und Tagesthemen
10.25 Komödienstadel
Der Senior
Mit Maxl Graf, Werner Asam u. a.
12.10 New York, New York
Eine Sendung von Werner Boecker
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Frauenberufe
Die Zukunft begann vor 100 Jahren
16.55 Spaß am Dienstag
Heute mit
Walt Disneys Micky- und Donald-Show
Donald Duck findet Geschmack am Honig. Und wenn's ums Naschen geht, ist ihm kein Risiko zu groß, um an das köstliche Bienenprodukt zu gelangen.
17.20 Da schau her!
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Die Montagsmaler
Unterhaltungsspiel mit Sigi Harreis
21.00 Panorama
Moderation: Peter Gatter
21.45 Dallas
Gemischte Gefühle
Mark Graison plant schon emsig für die Hochzeitsreise mit Pam, ohne zu ahnen, weshalb seine Angebetete ihn plötzlich heiraten will. Dadurch stürzt er sie in einen schrecklichen Gewissenskonflikt, vor allem, als Dr. Kenderson Mark über seine Krankheit informieren will. Wird Pam diese unheilvolle Aufklärung verhindern können?
22.30 Tagesthemen
23.00 Kukurantumi – Road to Accra
Ghanesisches Fernsehspiel
Originalfassung mit deutschen Untertiteln
Der Lastwagenfahrer Addey verursacht einen Unfall und verliert dadurch seinen Job. Um nicht als Plantagenarbeiter zu enden, kauft er auf Kredit einen alten Lastwagen und macht sich selbständig. *Als Gegenleistung für den Kredit* soll seine Tochter Abena den Gläubiger heiraten. Doch Abena weigert sich und stürzt dadurch ihren Vater in einen schweren Konflikt.
0.25 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Pinnwand
16.20 Schüler-Express
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Lena Valaitis
17.50 Mein Name ist Hase!
Trickreiches mit Bugs Bunny
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Heiße Wickel – kalte Güsse
Der Geprüfte
Der aufstrebende Jungunternehmer Ludwig Zankl hat die Unkostenfaktoren bei seiner Steuererklärung wohl etwas zu hoch angesetzt, so daß das Finanzamt nun 67 000 Mark Nachzahlung kassieren will. Völlig resigniert landet Zankl in Bad Wörishofen zur Regenerationskur, doch bei seinem Gemütszustand scheint eine Besserung seiner körperlichen Leiden aussichtslos – dann begegnet Zankl dem hübschen Fräulein Sonja ...
19.00 heute
19.30 Show & Co. mit Carlo
Musik und Gäste bei Carlo v. Tiedemann
Mit Donna Summer, Daliah Lavi, Frank Duval, Second Generation u.v.a.
21.15 WISO
Wirtschaft & Soziales
Moderation: Friedhelm Ost
Obwohl Bundeswertpapiere wie Schatzbriefe, Anleihen und Obligationen bis zu fünf Prozent mehr Zinsen als ein Sparbuch einbringen, legen die meisten Sparer ihr Geld *noch immer auf Sparbüchern* an. WISO beschäftigt sich heute mit diesen einträglicheren Anlageformen und gibt dabei Tips für den Kauf solcher Papiere.
21.45 heute-journal
22.05 Gegenlichtaufnahme
Ein kritisches Porträt der jungen Generation in Shanghai
Spielfilm aus der VR China (1983)
Regie: Ding Yin Nen
23.50 heute

III.

WEST
20.00 Tagesschau
20.15 Ausländerreporter
20.45 Rückblende
Tod vor 90 Jahren: Zar Alexander III.
21.00 Formel Eins
21.45 Der Feinkörnige aus der Kreidezeit
22.15 Drei vor Mitternacht
Drücken sich die Grünen?
0.00 Schach dem Weltmeister
0.30 Letzte Nachrichten

NORD
20.00 Tagesschau
20.15 Zur Wahl gestellt
21.15 Task Force Police
22.05 Kinder, Küche, Computer
23.05 Schach dem Weltmeister
23.35 Nachrichten

HESSEN
19.00 Formel Eins
19.45 Mode aktuell
20.00 Frauenarzt Dr. Prätorius
Deutscher Spielfilm (1950)
21.30 drei aktuell
21.45 Kulturkalender
22.15 Atelierbesuche
22.45 Vor vierzig Jahren

SÜDWEST
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Die Sprechstunde
Nur für Baden-Württemberg:
20.15 Heute in Villingen-Schwenningen
Nur für Rheinland-Pfalz:
20.15 Kulturkalender
21.00 Landesspiegel
Nur für das Saarland:
20.15 Magazin Saar 3
Gemeinschaftsprogramm:
21.15 Das kleine Teehaus
Amerikanischer Spielfilm (1956)
23.15 Science Report (1)
23.30 Nachrichten

BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 Die ideale Frau
Deutscher Spielfilm (1959)
20.45 Die Sprechstunde
21.30 Rundschau
21.45 Z. E. N.
21.50 Wettlauf um neue Arbeitsplätze
22.35 Im Gespräch
23.20 Rundschau

Das höchste der Gefühle

A. W. – *Allmählich* hat sich herumgesprochen, daß es kein Patentrezept fürs Glücklichsein gibt. So viele Menschen, so viele Ansichten über das wahre Glück. Der Freiburger Herder-Verlag hat dem jetzt Rechnung getragen und einen voluminösen Band herausgebracht, in dem verschiedene herausragende Kulturträger Auskunft über ihre private Glücksperspektive erteilen: „Das Glück liegt auf der Hand. Abc der Lebensfreuden" (352 Seiten, 29,80 Mark).

Eine interessante Lektüre! Die meisten Mitteilungen sind freilich nicht sonderlich überraschend. Daß etwa der Doktor Paul Reitze, Kulturredakteur des „Rheinischen Merkur", sein Glück und seine Freude im Lesen findet, liegt irgendwie in der Luft, nicht weniger als das Bekenntnis des Talkmasters Werner Höfer, daß ihm der Frühschoppen (gemeint ist die bekannte TV-Sendung) das höchste der Gefühle vermittelt, und des Lyrikers Heinz Piontek, daß er bei besonnten Abendspaziergängen besonders glücklich ist.

Bemerkenswerter schon das Geständnis des Kulturkritikers Werner Ross, daß er sich am glücklichsten beim „Blödeln" *fühle* – hoffentlich schlägt das nicht auf die Schreibe durch! Ähnlich riskant für den Beruf der mutig offenbarte Glückszustand der Journalistin Sybil Gräfin Schönfeld: Klatschen und Tratschen. Einige Umfrageteilnehmer nennen ausgesprochen erlesene Glückszustände, so das Besichtigen von Barockkunstwerken, das Drachenfliegen oder das Wolkenbeobachten, aber die meisten finden sympathischerweise doch in ganz schlichten, deftigen Verrichtungen ihre Erfüllung.

Da wird Speckknödelessen genannt, Biertrinken, Einkaufen, Faulenzen, Zigarrerauchen. Ludolf Herrmann kommt zum Glück beim Eintauchen in die angestammte Großfamilie, Prof. Heinrich Lützeler (natürlich!) beim Karneval. Am ausgefallensten wohl Siggi Sommer (Barfußgehen), Franz Herre (Nach-Knoblauch-Duften) oder Oskar Köhler (Mit-Streichhölzern-Herumzündeln).

Einer nennt „Schlafen". Nicht geboren zu sein sei das beste. Das könnte man wohl am ehesten verallgemeinern, nur wäre mit Kurt Tucholsky hinzuzufügen: „Aber wem passiert das schon!"

„Ein deutsches Thema" – Das Treffen ehemaliger „DDR"-Autoren in Vlotho

Wo die Ferne zur Sage wird

Zum vierten Mal innerhalb von zwei Jahren trafen sich ehemalige „DDR"-Autoren an einem Ort Westdeutschlands zum Erfahrungs- und Gedankenaustausch, diesmal im westfälischen Vlotho, in den Räumen des Gesamteuropäischen Studienwerks. Das Politisch-Spektakuläre der vergangenen Treffen war der Sachlichkeit einer nüchternen Ar*beitswoche gewichen. Aber dies ent*sprach voll der Konzeption der Initiatoren, zu denen – neben Theo Mechtenberg, dem Leiter des Studienwerkes – die Schriftsteller Erich Loest, Jürgen Fuchs und Siegmar Faust gehörten.

In der Konsequenz dieser Konzeption lag auch die bewußte Begrenzung der Teilnehmerzahl. Außer den Schriftstellern selbst waren nur noch Literaturwissenschaftler sowie einige interessierte Lehrer und Studenten eingeladen worden. Das kam der Intensität der Gespräche während der fünftägigen Tagung sehr zustatten.

Lesungen aus bisher unveröffentlichten Manuskripten lösten sich ab mit Werkstattdiskussionen, die erfrischend offen und kontrovers verliefen. Eingerahmt wurden diese Diskussionen von zwei Grundsatzreferaten, von denen sich das erste mit „Tendenzen in der neuesten DDR-Prosa" beschäftigte (Prof. Klussmann von der Ruhr-Universität Bochum), das andere eine Analyse über „Kontinuität und Wandel des Erzählens im Schaffen von Christa Wolf" bot. Aus neuen Arbeiten lasen Siegmar Faust, der für den erkrankten Jürgen Fuchs eingesprungen war, Erich Loest, Helga Lippelt, Wolfgang Hegewald und Jutta Bartus.

Am interessantesten zweifelsohne die Arbeiten von Loest, Lippelt und Hegewald. An ihnen konnten wohl am genauesten typische Themen- und Gestaltungsprobleme ehemaliger „DDR"-Autoren verdeutlicht und diskutiert werden. Loest stellte ein Kapitel aus seinem neuen Roman „Zwiebelmuster" vor, mit dem er, wie er bekannte, erneut in Leipzig gelandet sei – aber als Thema sei diese Stadt für ihn eben „unerschöpflich", zumal ihm das Schreiben darüber ganz leicht von der Hand ginge, „weil es mir offensichtlich von der Seele und aus dem Herzen kommt". Loest vergaß nicht hinzuzufügen, daß er über dieses Festhalten an der Heimat froh sei und sich wohl fühle dabei, um pointiert abzuschließen: „Heimat-Literatur – auch das höre ich nicht ungern!"

Der Schriftsteller stellte das Bekenntnis zu einer nicht verklärenden, wohl aber erhellenden Heimat-Literatur in einen scharfen Gegensatz zu Ratschlägen, die ihm von westdeutschen „TV-Leuten" gegeben worden seien. Man hätte ihm gesagt: „Ach, ihr aus der DDR, ihr könnt ja schreiben. Aber immer die alten Sachen, immer vom Knast. Schreibt doch einmal über das, was hier ist. Schreibt *was Heiteres!" Loests Antwort*: „Wer von der Wirklichkeit losgelöste Unterhaltung will, den kann ich nicht bedienen. Das hätte ich drüben auch machen können – und die Heimat dabei behalten."

Es war Theo Mechtenberg, der zusammenfassend konstatierte: „Hier entsteht eine Literatur, die so in der DDR nicht geschrieben werden könnte und deshalb eine wesentliche Bereicherung der deutschen Literatur bedeutet." Mechtenbergs Wertung entsprach einigen Thesen, die zuvor auch von Paul Gerhard Klussmann vertreten worden waren, der in seinem Vortrag betont hatte, daß es zwar nach wie vor und unübersehbar verschiedene gesellschaftspolitische Grundbedingungen für Schriftsteller in beiden deutschen Staaten gäbe, diese Bedingungen aber nicht ausreichten, um Annäherung, Austausch und Durchdringung „beider deutscher Literaturgebiete" zu verhindern.

Verstärkt worden, so Klussmann, sei der Durchdringungsprozeß durch die Ankunft immer neuer Schriftsteller und Künstler von drüben. Ihre Anwesenheit, die in Mitteldeutschland zwar leider Abwesenheit bedeute, verstärke geradezu den geistigen Vereinigungstrend; scheinbar *„DDR"-spezifische Themen würden* zu „genuin deutscher Thematik" und trügen so dazu bei, die Identität der Deutschen schärfer herauszuarbeiten.

Als weiteres, brisantes Thema entpuppte sich recht bald die „Reiselust". Erich Loest: „Reisen ist für mich lebensnotwendig, und ich habe in der DDR gelitten wie ein Hund, daß ich nicht reisen durfte, wurde neidisch. Es war vielleicht gar nicht unbedingt nötig für meine Arbeit, sondern ich fühlte mich einfach tief gedemütigt." Von dieser allgemein bestätigten Erfahrung war es nicht weit zu Wolfgang Hegewalds Prosastücken „Hoffmann, Ich und Teile der näheren Umgebung", die im übrigen eine Kontroverse auslösten, die über bloße Sujetfragen weit hinausging.

Hegewald, der in diesem Jahr bei S. Fischer eine inzwischen beim Ingeborg-Bachmann-Wettbewerb preisgekrönte Arbeit veröffentlichte, hob hervor, daß die politischen Systemgrenzen der „DDR" dafür gesorgt hätten, daß es ein ganz neues Thema in der deutschen Literatur gäbe: „die Verwandlung von Topographie in Utopie". Diese Verwandlung hängt nach Hegewald mit der Tatsache zusammen, *daß für die Mehrheit* der Nachkriegsgeborenen in Mitteldeutschland „Leben hinter der Mauer zur Lebensgeschichte" geworden ist; eben dadurch würden topographische Orte wie beispielsweise Paris oder Stockholm zu reinen Utopien, zu Mythen geradezu. Der junge Autor in der „DDR" reise im wesentlichen nur in Gedanken durch die Welt, was dann – positive Ambivalenz eines an sich betrüblichen Vorgangs – ausgesprochen phantastische Texte hervorbringe.

Hegewald sprach sich auch aus diesem Grund gegen einen sogenannten „DDR-Dokumentarismus" aus, wie ihn Helga Lippelt vorstellte, und verteidigte, in Anlehnung an die gegenwärtige südamerikanische Literatur, Phantastik und Fiktion „als Befreiung" von phantasietötenden Normen und Gegebenheiten. Er plädierte äußerst engagiert für die Ansicht, daß „gesellschaftliche Wirklichkeit durch literarische Wirklichkeit sichtbar" gemacht werden müsse. Die Wirklichkeit in der „DDR" sieht er als Ergebnis von „Ab-Sprache der dort Mächtigen", und diese „Ab-Sprache" gelte es, mit Hilfe von Gegen-Sprache „zu entlarven". Nicht alle stimmten diesem rigoros vorgetragenen Konzept zu. Besonders einige westdeutsche Teilnehmer nicht, die der „Betroffenheitsliteratur" den Vorzug gaben.

Vlotho hat gezeigt, daß man bei den aus der „DDR" gekommenen Schriftstellern von der politischen Deklamation zur praktischen Arbeit übergegangen ist. Ein wichtiger Vorgang, der ohne den unermüdlichen Mentor und Promotor Erich Loest nicht denkbar wäre. Mit ihm haben die jungen Autoren aus der „DDR" einen Förderer gefunden, der das Wort „Solidarität" nicht nur im Munde führt.

Vlotho wird auch in Zukunft ein Ort für Begegnungen dieser Art sein – allein schon durch die Tatsache, daß dort in den nächsten Jahren jeweils ein Autor aus der „DDR" für einige Monate, mit einem Stipendium ausgestattet, leben und arbeiten kann.

ULRICH SCHACHT



Mozarts Trauung mit Constanze Weber: Tom Hulce und Elizabeth Berridge in Milos Formans Film „Amadeus" FOTO: DIE WELT

M. Forman verfilmte Peter Shaffers „Amadeus"

Sieger bleibt die Musik

Peter Shaffers Mozart-Stück „Amadeus" war in aller Welt schon so schrecklich erfolgreich. Folgerichtig muß also ein Kolossalfilm daraus werden. Hollywood wirft sich mit aller Bildmacht ins laufende Geschäft. Der tschechisch-amerikanische Top-Regisseur Milos Forman („Einer flog über das Kuckucksnest") ward ausersehen, den schon auf der Bühne so billig einleuchtenden Mozart uns nun auch auf der Leinwand zu erklären.

Das Genie als Opfer mißgünstiger Mittelmäßigkeit. Ein Teufel, ständig sozusagen auf Knien, bringt das musikalische Gotteskind in Armut und schließlich zu Tode. Am Ende weint der Mörder. Salieri, Mozarts teuflischer Gegenspieler, hat obsiegt. Mozart liegt im Armengrab. Salieri aber schlägt sich an die giftige Brust.

Das Schema ist, wie schon auf der Bühne, so billig, wie es vorschnell (und sicher falsch) einleuchtend wirkt. Peter Shaffer hat eine griffige und heikel dramatische Erklärung einer genialen Unerklärbarkeit möglich gemacht: Woher, erstens – woher es kommen konnte, daß ein menschlich ganz kommuner Geist, ein sozusagen schweinigelnder Gotteslümmel, so überirdische Musik zustande bringen konnte? Mozart wird immer wieder als der kleine, dumme Weiberheld und grundtörichte Nichtsnutz dargestellt. Aber wenn er Notenblätter mit Musik vollkleckste, stand er mit dem Herrgott sozusagen direkt in Idealkontakt. Er war ein kurzgeschlossenes Genie. Das erste Rätsel wäre bei Shaffer geklärt.

Zweitens war er, wenn wir Shaffer folgen wollen, aber auch ein Opfer. Der arglose kleine Götterbursche fand in dem intriganten Hofkapellmeister von Wien seinen arglistigen *Gegenspieler. Der erkannte schmerz*lich die grandiose Überlegenheit des musikalischen Wunderkindes. Das Mittelmaß setzte sich mörderisch zur Wehr, es würgte den genialen Konkurrenten. Ein Teufelsgeist, den Göttlichen würgend, vollbringt immer sozusagen seine Schofeltat aus reinem Minderwertigkeitsgefühl und letztlich wieder aus purer Bewunderung, die sich und ihre Gotteserkenntnis vor dem unerklärlichen Genie nur durch Vernichtung retten kann. Die Erklärung wäre gegeben. Der Film kann losgehen.

Foreman kleidet ihn in eine lange rachsüchtige und scheinbar tiefenpsychologische Beichte. Ein junger Beichtvater tritt ein in ein Irrenhaus. Dort wohnt jetzt der ehemals so musikmächtige Salieri, verwüsteten Gesichtes. Er erklärt sich dem in Schrecken lauschenden Beichtvater. Foreman, der *Regisseur*, kann dem endlich tief Bereuenden sozusagen das Drehbuch vom Leben und Leiden des armen Mozart vom Mund ablesen und es mit üppiger Geläufigkeit ins Bild setzen.

Wir sehen den Steppke Mozart an der Hand seines strengen Vaters Leopold auf Genie-Reisen durch die Höfe und Städte Europas. Wir erleben die Musikerpressung, die an dem holden Wunderkinde betrieben wird. Gleich blühen üppige Bilder auf. Die leichtsinnige und genußsüchtige Welt des 18. Jahrhunderts wird opulent an die Leinwand gestrichen. Wir erleben schnell die Flegeljahre und die so wundersam produktive Halbstarkenepoche Mozarts. Er benimmt sich rüpelhaft. Aber er schreibt mit unerklärlich leichter Hand überirdische Musik. Gegen die Intrigen des teuflischen Salieri, der längst und verbittert die *künstlerische Übermächtig*keit seines jungen Gegenspielers eingesehen hat, ist der geniale Hans-guck-in-die-Welt freilich hilflos. Amadeus ahnt die intrigante Schrecklichkeit seines Gegenspielers gar nicht.

Mozart kann sich von der starken Figur seines Vaters nicht lösen. Peter Shaffer, der auch das Drehbuch zu diesem Mozart-Kino schrieb, läßt den Vater schließlich in der Schreckgestalt des „Steinernen Gastes" aus der Oper mit erklecklichem Aplomb erscheinen. Wieder Tiefenpsychologie mit allen Mitteln der landläufigen Billigkeit. Kintopp vereinnahmt beflissen eine im Grunde tragische Unerklärbarkeit. Aber wann schon hätte der Kintopp Rücksicht genommen?

Das Wien Mozarts sieht beständig so aus wie ein rasendes Venedig zur Zeit des totalen Karnevals. Foreman stapelt immer neue Bilder der Sinnenüppigkeit hoch. Er läßt den armen, dummen Mozart schließlich in Armut und Produktionsängste versinken. Amadeus wird ins Massengrab geschaufelt. Salieri kann triumphieren. Aber der Teufel weint. Er mußte aus Notwehr gegen das Genie morden. Shaffers Trick und billige Genie-Erklärung triumphieren auch hier wieder – scheinbar.

Sonderbar: im Gegensatz zu Shaf*fers teuflisch und billig geschicktem* Mozart-Reißer auf der Bühne ist hier in Wirklichkeit Mozart selber der Star. Den spielt Tom Hulce mit einer Arglosigkeit, einer munteren, ahnungslosen Behendigkeit eines Rokoko-Punks wie einen rasenden, dummen, kleinen Struwwelpeter, der immer nur Musik wunderlich absondert.

Kein Wunder, daß sich da der Film-Salieri des F. Murray Abraham nur immer tragisch und mephistophelisch grämen muß, wenn er sich, ausführlich büßend, an die mörderische Brust schlägt. Drei Stunden währt das (billig Mozart erklärende) Mozart-Spektakel. Das ist sicher eine Stunde zuviel.

Aber auch hier wieder ereignet sich das Wunder mit Mozart: Auch wenn sich dem „Kundigen" immer wieder der Magen drehen mag: Mozarts Mu*sik bleibt Sieger, triumphierend über* ziemlich alles sichtbare Ungemach. Sie öffnet den Himmel direkt, wenn auch die Leinwand ständig donnert und die vermeintliche Erklärung des Wunders Mozart schleimt und trostlos trickreich zu „erklären" sich bemüht. Mozart ist auch im Film (so gar nicht von Salieri) totzukriegen. Ein Wunder. Ein Trost.

FRIEDRICH LUFT

JOURNAL

Internationale Biennale des Humors und der Satire

DW. Gabrowo

Die Internationale Biennale des Humors und der Satire in den Künsten wurde jetzt zum siebenten Mal vom Haus der Satire und des Humors im bulgarischen Gabrowo ausgeschrieben. Die Wettbewerbsbeiträge der Sektionen für Malerei, Graphik, Skulptur, Zeichnung und Photographie werden vom 18. Mai *bis 30. September ausgestellt*. Außerdem findet vom 18. bis 25. Mai das 3. Internationale Festival des des satirischen und Lustspielfilms statt. An der 6. Biennale hatten sich 2700 Künstler mit insgesamt 6000 Arbeiten beteiligt.

Naive Malerei aus Jugoslawien

DW. Waldshut

Bis in die dreißiger Jahren reichen die Anfänge der naiven Malerei im jugoslawischen Hlebine zurück. Der inzwischen hochberühmte (und hochbezahlte) Ivan Generalić und Franjo Mraz fielen damals einem Maler auf, der sie förderte und auch andere Bauernmaler heranzog. Inzwischen sind die jugoslawischen Naiven längst ein Begriff. Eine Auswahl gegenwärtiger Arbeiten zeigt die Ausstellung „Naive Kunst aus Hlebine, Jugoslawien" vom 3. November bis zum 2. Dezember in der Galerie im neuen Landratsamt Waldshut und danach vom 9. Dezember bis 13. Januar in der Franziskaner-Galerie in Villingen. Sie umfaßt Gemälde und Bildhauerarbeiten. Der Katalog kostet 15 Mark.

Millionen Jahre alte Werkzeuge gefunden

AFP, Moskau

Eineinhalb bis zwei Millionen Jahre alte Werkzeuge sind jetzt von sowjetischen Archäologen in der Nähe von Yakutsk in Ostsibirien gefunden worden. Wissenschaftler entdeckten rund 1500 Objekte bei dem Dorf Dering-Jutiakh an der Lena. Da es vor eineinhalb Millionen Jahren in dieser kältesten Region der Sowjetunion noch vier Grad kälter gewesen sei – heutzutage kommen in Ostsibirien Temperaturen von minus 70 Grad vor –, bedeutet dies nach Auffassung der Archäologen, daß die sibirischen Ur-Menschen vor ihren „Zeitgenossen" in Afrika bereits das Feuer kannten und sich warm anzogen. Im allgemeinen gehen Wissenschaftler da*von aus, daß die Menschen erst seit* 500 000 Jahren mit Feuer umgehen können.

Für Restaurierung von Mohendscho Daro

AFP, Paris

Die Vereinigten Staaten werden dem Unesco-Fonds etwas über eine Million Dollar für die Restaurierung der Ruinenstätte Mohendscho Daro in Pakistan zur Verfügung stellen. Außerdem soll für 1985 ein weiterer Kredit von 980 000 Dollar für die Restaurierung der am Unterlauf des Indus gelegenen bekanntesten Siedlung der Induskultur bereitgestellt werden. Die japanische Regierung hat 200 000 Dollar für das Unesco-Projekt zur Verfügung gestellt, dessen Gesamtkosten sich auf neunzehn Millionen Dollar belaufen. Mohendscho Daro erlebte seine Blüte zwischen 2500 und 1500 v. Chr.

Tarnowski contra von Dohnanyi

dpa, Hamburg

Hamburgs ehemaligen Kultursenator Prof. Wolfgang Tarnowski (SPD), der den Schauspielhaus-Intendanten Niels-Peter Rudolph während seiner Amtszeit nach Hamburg holte, hat das Verhalten von Hamburgs Bürgermeister Klaus von Dohnanyi (SPD) in der Affäre Rudolph „zutiefst entsetzt". Der Anlaß des in der vergangenen Woche veröffentlichten Briefes des Bürgermeisters an den Intendanten, die allgemein als mißglückt bewertete Aufführung von Gotthold Ephraim Lessings „Minna von Barnhelm", sei „bescheiden dürftig", meinte Tarnowski in einem Interview des NDR.

Warum soll ein Fisch im Kreise schwimmen?

DW. Darmstadt

Seit dem 18. Jahrhundert kennt man in Europa das kugelförmige Goldfischglas, in dem die Fische immer im Kreis schwimmen müssen. Im 19. Jahrhundert kamen dann von England her eckige Aquarien auf. Diese Form hat sich, obwohl die technische Ausstattung inzwischen recht kompliziert wurde, nicht geändert. Deshalb haben die Tetrawerke, die im vorigen Jahr noch konstruktivistische Künstler ehrten, den Tetra-Preis für ein unkonventionelles Aquarium-Design ausgeschrieben. Die Ergebnisse werden vom 7. bis 30. November im Institut für Neue Technische Form in Darmstadt gezeigt. Zur Jury gehören Architekten, Formgestalter und auch ein Zoologe – jedoch keine Fische, denn die sind ja bekanntlich stumm.

Das Alvin Ailey Dance Theater auf Tournee

Amoktanz eines Fixers

Am Ende immer wieder das gleiche Lied: Es ist gewiß kein Zufall, wenn das Alvin Ailey American Dance Theater noch jede seiner Vorstellungen bei der diesjährigen Deutschland-Tournee mit den „Revelations" beschließt. Diese Tänze sind „Offenbarungen". In keiner anderen Choreographie gewinnt die Glaubwürdigkeit der Schwarzen Amerikas eine solche Körperlichkeit. In keinem anderen bricht sich ein Gefühl so vehement Bahn wie in dieser Suite, die ein Paar der populärsten Spirituals vereinigt. Keine Empfindung wird bloß veräußerlicht. Die Verehrung Gottes erscheint hier als die natürlichste Sache von der Welt – und als die unterhaltsamste obendrein.

Ailey hat die „Revelations" schon 1960 geschaffen und damit seiner Arbeit ein künstlerisches Maß gegeben, das weder er selbst, geschweige denn andere in den nachfolgenden Jahren jemals erfüllt haben. Andere Stücke mögen denselben Schwung haben, die gleiche Spannung, die das Publikum wie elektrisiert von den Stühlen reißt. Aber kein anderes Ballett von Ailey, von Beatty und all den anderen hat diese Bildhaftigkeit, diesen Ernst, diese Originalität.

Ein paar Bewegungen der Arme – und schon wird die Not eines geknechteten Volkes spürbar. Einige Requisiten wie ein heller Sonnenschirm, wie kleine Fächer oder schmucke Stühlchen – und man ist Zeuge eines Festes, das von einer ungeschmälerten Lebensfreude kündet, von einem Willen, sich durch die Mißlichkeiten dieser Welt nicht unterkriegen zu lassen.

Nur im „Cry" hat sich Alvin Ailey elf Jahre später noch einmal zu einer vergleichbaren Konzentration seiner choreographischen Mittel bereitgefunden. In dem langen Solo für eine Tänzerin werden denn auch die Liebe und das Leid, werden die Macht und die Ohnmacht eines Menschen offenbar. Donna Wood, eine beherrschende Erscheinung inmitten eines Ensembles von unverminderter Attraktivität, hat sich all die Erfahrungen der Menschheit zu eigen gemacht. Aber ihr Ur-„Schrei" besitzt nicht mehr die eindringliche Gewalt, die *ihm einst Judith Jamison* gegeben hat. Er ist manchmal fast ein wenig kleinlaut geworden, rüttelt die Zuschauer nicht mehr auf. Er ist inzwischen kein Natur-Ereignis mehr. Er ist ein Kunst-Ereignis.

Diese Entwicklung ist auch an den anderen Arbeiten abzulesen. In „Night Creature" (1975) zeigt Ailey zwar, daß er nach wie vor sein Handwerk beherrscht. Die Musik Duke Ellingtons bleibt nicht Selbstzweck. Sie wird dem Stück dienstbar gemacht, das alle die Qualitäten, die das Ailey *American Dance Theater besitzt*, gleichsam paradieren läßt: seine Schönheit, seinen Rhythmus, seine tänzerische Eloquenz, aber das ganze Werk wirkt wie eine Revue, die allein auf den Effekt zielt und den Jazz Dance kommerzialisiert.

Vielleicht hätte die Compagnie aus einem Phänomen wie dem Breakdance ihre Lehre ziehen müssen. Denn gerade ein Ballett wie „The Stack-Up", das Talley Beatty vor zwei Jahren choreographiert hat, verlangt eigentlich nach einem aggressiveren Idiom als dem des Jazz Dance. Die Straßenspiele der Schwarzen, die Schwierigkeiten der Außenseiter, die Todesängste nach einem „goldenen Schuß": sie hätten eine Sprache gebraucht, mit der sich nichts beschönigen läßt.

So allerdings verkommt das existentielle Thema zur opulenten Show. Der Amoktanz eines Fixers zielt deshalb ins Leere. Er trifft nicht ins Herz. Das Publikum bewundert zwar das Engagement, aber es macht sich nicht die Botschaft des Stücks bewußt. Es hält sich – anders als bei „Revelations" – an Äußerlichkeiten. Und das ist ja nicht unbedingt der Sinn der Sache.

HARTMUT REGITZ



Schwarze Welterfahrung im Tanz sichtbar gemacht: Die Alvin Ailey Company in „Revelations" FOTO: DW

Neuss: Symposion „Bildwelten des Symbolismus"

Makellos und makaber

Keine Kunst kann, wenn sie sich nicht in schierem Naturalismus erschöpft, ohne Symbole auskom*men. Der sogenannte Symbolismus* war deshalb auch keine eindeutige Stilrichtung, sondern ein Stilpluralismus unter dem Generalnenner des Sinnbildlichen, mit dessen Hilfe Geistiges sinnlich dargestellt wird, seien es Ideen, Imaginationen, religiöse oder profane Vorstellungen. Das wurde jetzt ausführlich im Clemens-Sels-Museum von Neuss mit Vorträgen und an Bildbeispielen exemplifiziert.

Praktisch und zeitlich wirkte der Symbolismus – der von der Literatur weit auf die Bildende Kunst übergriff – als Abwehr- und Gegenbewegung gegen Realismus, Naturalismus und Impressionismus; obwohl er sich Elemente beider Stilarten ebenso zunutze machte wie Stilmittel der Romantik, des Manierismus, der orientalischen und abendländischen Antike, des Mythos und des Mittelalters „vor Raffael", der Renaissance, der Nazarener und der Klassizisten. Zu seinen Leitfiguren zählen Botticelli und Rembrandt, Richard Wagner und Baudelaire, Nietzsche, Mallarmé, Swedenborg, Gauguin und Victor Hugo.

Dabei waren die echten Symbolisten alles andere als Eklektiker. Sie sahen und gestalteten Altes neu. Gustave Moreau liefert dafür Lehrbeispiele. In ihren Bildern finden sich „*Blumen des Bösen*" und „Künstliche Paradiese", viel Poesie und noch mehr Literatur. Wir treffen auf bleiche Jünglinge und schöne Frauen, „feurig und pervers", makellose und makabre Schönheit, ästhetische Betörung und Verführung zum Kitsch, wir begegnen dem Einhorn und der Schlange, der Sphinx und dem Gral, der Madonna, Lilith und Salome, Exzentrik, Sexus, Eros, Traum und Tod.

Diese Bilder waren lange Zeit vergessen. Nur wenige glaubten noch an die Lebenskraft der Kunst des 19. Jahrhunderts und ihre Bedeutung für die Nachwelt. Zu ihnen gehörte die Leiterin des Clemens-Sels-Museums in Neuss. Irmgard Feldhaus begann nach dem Zweiten Weltkrieg mit dem Aufbau einer Sammlung der Kunst des 19. und 20. Jahrhunderts, die vordem nicht einmal in Ansätzen existiert hatte. Dabei legte sie zum Befremden vieler Kollegen und „Kenner" ein besonderes Schwergewicht auf die Kunst der Nazarener, der Präraffaeliten und der Symbolisten. Sie erwarb Gemälde, Zeichnungen und Grafik, um die weit größere Institute sie heute beneiden. Ihre mutige Tat hat sich nämlich inzwischen nicht nur materiell bezahlt gemacht (die Preise haben sich längst vervielfacht), sondern auch die allgemeine Entwicklung, die umfassende Rück*besinnung auf das vorige Jahr*hundert in Handel und Wissenschaft haben ihr recht gegeben.

Sicher war es auch ein Zeichen von Dankbarkeit, wenn jetzt die Stadt Neuss zum bevorstehenden 65. Geburtstag der verdienten Museumsdirektorin ein Symbolismus-Symposion veranstaltete, das ihre kluge Umsicht und die unbeirrbare Sicherheit ihres Kunsturteils noch einmal ins volle Licht rückte. Es wurde eine fast familiäre Veranstaltung, von den Mitarbeitern des Museums liebevoll amateurhaft organisiert und vom Neusser Publikum so lebhaft frequentiert, daß sie über Monitore in das Foyer übertragen werden mußte.

Zwei Tage lang bemühten sich neun Referenten, die „Bildwelten des Symbolismus", auch in ihren Voraussetzungen und Hintergründen, zu beleuchten. Das geschah mit einem Rückblick auf die barocke Ikonographie mit diskussionsbedürftigen „Anmerkungen" zum Frauenbild des Symbolismus und Hinweisen auf Symbole des Unbewußten bei Schopenhauer und Wagner. Die Bedeutung des englischen Dichters Alfred Tennyson wurde ausführlich dargestellt, die arkadische Landschaft im Werk K. X. Roussels als „Lebensverklärung" und „ästhetische Utopie" interpretiert.

In zwei herausragenden Referaten behandelten Hans H. Hofstätter, vielleicht der fundierteste Kenner des Symbolismus hierzulande, das Werk Gustave Moreaus und Hans van der Grinten, Museumsdirektor in Nijmegen, vor allem den religiösen Symbolismus Jan Toorops und den belgischen Symbolismus, der ganz entscheidend Anteil an dem weiterwirkenden Einfluß dieser Bewegung in Europa hatte.

Das Bildmaterial zu soviel Theorie und Geschichte lieferte das Museum in reicher Auswahl. Es war nicht nötig, dafür eigens eine Ausstellung aufzubauen; auch Leihgaben waren entbehrlich. Im Obergeschoß bieten die ständigen Abteilungen des Symbolismus, der Präraffaeliten und Nazarener genügend – und in vielen Stücken hervorragendes – Anschauungsmaterial zum Thema, zu seinen Vorbildern und seinen Nachwirkungen. Dazu kamen eine Grafiksonderausstellung aus eigenen Beständen und außerdem noch zusätzliche Ergänzungen vor allem im Bereich der vom Symbolismus besonders befruchteten Buchkunst.

EO PLUNIEN

KULTURNOTIZEN

Die „Geschichte der Christlichen Archäologie" dokumentiert eine Ausstellung historischer Bücher im Foyer des Kunsthistorischen Instituts der Universität Bonn vom 6. bis 23. November.

„Im Glanz des schwäbischen Kunsthandwerks – Das historische Erbe – Tendenzen der Gegenwart" heißt eine Ausstellung, die zu den 2000-Jahr-Feiern Augsburgs im kommenden Jahr vorbereitet wird. Sie wird vom 19. Januar bis 3. März im Augsburger Zeughaus gezeigt.

Renaissance-Zeichnungen aus dem Besitz der Biblioteca Ambrosiana in Mailand zeigt das Los Angeles County Museum vom 24. Januar bis 30. März.

Eine Internationale Krippenschau ist vom 1. Dezember bis 13. Januar im Rathaus Mölln zu sehen. Sie umfaßt 87 Krippen aus vier Erdteilen.

Ein Kulturabkommen zwischen Frankreich und der ČSSR wurde in Paris unterzeichnet. Es gilt für drei Jahre.

Walter Becker, der expressionistische Maler, ist 91jährig in Dießen am Ammersee gestorben.

In Neapel lebt eine farbige Fremdenlegion

KLAUS RÜHLE, Rom

Italien hat ein echtes Einwanderungsproblem. Das Land ist zum bevorzugten Einreiseziel von Hunderttausenden von heimatlosen Menschen aus der Dritten Welt geworden. Hunger und Verzweiflung trieben sie dazu, ihre Heimat zu verlassen und nach Europa zu flüchten. Die meisten von ihnen sind in Italien hängengeblieben und versuchen dort mit oder ohne Aufenthaltsgenehmigung Fuß zu fassen und sich eine neue, wenn auch fragwürdige Existenz aufzubauen. Man schätzt, daß in Italien rund eine Million Ausländer ohne polizeiliche Anmeldung ihr Dasein fristen.

Besonders brennend ist dieses Problem in Neapel, einer Stadt, die ohnehin unter massenhafter Arbeitslosigkeit leidet. Derzeit leben dort mindestens 40 000 Einwanderer aus der Dritten Welt. Über zwei Drittel von ihnen sind der Polizei und dem Einwohnermeldeamt unbekannt. Nur die 14 000 dunkelhäutigen Hausgehilfinnen und Kindermädchen leben und arbeiten legal in der Vesuvstadt. Die anderen Männer und Frauen aus Afrika und Asien kommen durch Schwarzarbeit über die Runden. Besonders die illegale Bauindustrie bedient sich gern der illegalen Einwanderer, weil sie dabei viel Geld spart. Die armen Vietnamesen, Libanesen und Abessinier bekommen nur den halben Arbeitslohn und sind von jeder Form der Sozialversicherung ausgeschlossen.

Die meist farbige Fremdenlegion in Neapel und in anderen italienischen Städten belastet in erheblichem Maße die Verbrechensstatistik. Dies gilt nicht nur für das Heer der Taschendiebe, sondern vor allem für den Rauschgifthandel. In Neapel liegt der Kleinverkauf von Drogen fast ausschließlich in den Händen der „Fremdenlegionäre". Auch der Nachschub aus dem Orient läuft in der Regel über die geheime Einwanderung. Das Drogengeschäft scheint immer mehr von der Camorra an die unliebsamen Emigranten aus der Dritten Welt übertragen zu werden. Man könnte beinahe von einer „farbigen Camorra" sprechen. Eine weitere Branche, die neuen Auftrieb durch die schwarze Einwanderung erhalten hat, ist die Prostitution.

Für den ausländischen Touristen machen sich die Söhne des Islam und der Dritten Welt überhaupt am augenscheinlichsten als ambulante Straßenhändler bemerkbar. In Rom wimmelt es zwischen Piazza Navona und Campo dei Fiori von Afrikanern und Asiaten, die Ohrringe, Kettchen, Seidenschals und anderen Ramsch anbieten. Ab und zu macht die Polizei reinen Tisch, aber am nächsten Tag ist der Basar unter freiem Himmel wieder voll in Betrieb.

Mit schwarzen Listen gegen Lolitas Reize

Britische Untersuchung zu Schüler-Lehrer-Beziehungen

SIEGFRIED HELM, London

Liebesaffären zwischen Lehrern und Schülern kommen häufiger vor, als gemeinhin angenommen wird. Nicht nur Lehrer sind durch frühreife minderjährige Lolitas in Gefahr, sich um Ruf und Amt zu bringen. Auch Lehrerinnen sind gegen die Verführung durch heranwachsende Schüler nicht gefeit. Darüber berichtete die angesehene britische Fachzeitschrift „The Times Educational Supplement" in ihrer jüngsten Ausgabe.

In den Lehrerzimmern vieler Schulen machen inoffizielle „schwarze Listen" die Runde mit den Namen frühreifer Schülerinnen, die bereits kleine Meisterinnen im Flirten seien und die sich der arglose Lehrer um jeden Preis vom Leib halten müsse. In dem Report über die in den Schulen sinkende Reizschwelle für Affären mit den Lehrern wird gewarnt: Die jugendlichen Verführer (beiderlei Geschlechts) finden besonders bei Klassenreisen reiche Jagdgründe. Auch bei Arbeitsgemeinschaften müßten Lehrer auf der Hut sein.

In dem Report wird der Fall eines 30jährigen Pädagogen geschildert, der sich bei der Einstudierung einer griechischen Tragödie von einer 16jährigen Schülerin umgarnen ließ. Ein 30jähriger Mathematiklehrer verfiel den Reizen einer 16jährigen Schülerin im Zeltlager im schottischen Hochland und brannte anschließend mit ihr durch.

Trotz des wachsenden Berufsrisikos für Pädagogen bei einer noch hohen Dunkelziffer sei der Trend nicht zu übersehen, daß solche Affären vor dem Standesamt enden. In dem mutigen Beitrag wird gefordert, daß man einen Unterschied zwischen „Vernarrtheit" und einer „echten, auf Gegenseitigkeit beruhenden Leidenschaft zwischen zwei jungen Erwachsenen" machen müsse. (SAD)

Polizei wartete vergebens auf Abnehmer des Stoffs

Großer Schlag gegen den Rauschgifthandel mißlungen

A. GRAF KAGENECK, Paris

Beamte des französischen Rauschgiftdezernats und ihre amerikanischen Kollegen vom Narcotics Bureau des FBI haben zwar am Wochenende im Hafen von Marseille die größte Rauschgiftmenge in der Geschichte der Bekämpfung des Rauschgifthandels sicherstellen können – 10 Tonnen Haschisch aus dem Nahen Osten –, aber die Indiskretion eines ihrer Beamten und eines Journalisten haben sie um die Früchte ihres Sieges gebracht.

Sie konnten die Händler nicht fassen, weil keiner der Adressaten der Sendung zur Abholung erschienen war. Die zuständigen Herren hatten von der Ankunft des Schiffes nicht nur über ihre Geheimkanäle, sondern auch aus dem Lokalblatt „Le Méridional" erfahren, in der alles am Sonntagmorgen zu lesen stand. Die Beamten sind seitdem so wütend, daß sie alle Journalisten, die am Montag Näheres dazu hören wollten, rücklings aus ihren Büros hinauskomplimentierten.

Von einem ihrer V-Männer im Nahen Osten hatte die französische Polizei Anfang letzter Woche gehört, daß ein Frachter aus einem nichtgenannten Land des östlichen Mittelmeeres in Richtung Marseille unterwegs sei und eine zusätzliche Ladung von 10 Tonnen Haschisch geladen habe, die größte je verschiffte Menge Rauschgift seit dem Kriege. Das Schiff wurde schon weit draußen auf dem Mittelmeer von Marine-Flugzeugen der französischen Luftwaffe und Hubschraubern der Polizei diskret in Überwachung genommen und bis Marseille geleitet. Als Schauerleute getarnte Beamte überwachten die Entladung und Unterbringung der verdächtigen Ballen in einem Hangar. Dann warteten man 24 Stunden auf die Abholer.

Zwei mit der Untersuchung von Rauschgift-Delikten betraute Staatsanwälte, Franzose und Amerikaner, die seit Jahren in engem Kontakt entlang der französischen Mittelmeerküste zum unermüdlichen Aufknacken der „French connection", des Rauschgiftflusses aus dem östlichen Mittelmeerbecken über Frankreich in die USA, befaßt sind, erhofften sich wichtige Auskünfte über die Verästelungen, die der Hauptumschlagplatz Marseille außer Amerika auch noch im übrigen Europa versorgt. Dem Vernehmen nach wären auch die Niederlande und die Bundesrepublik unter den Empfängern der Sendung gewesen.

Aber es kam niemand. Erst als man den Beamten die Sonntagsausgabe des „Méridional" brachte, wurde ihnen klar, warum sie beinahe 48 Stunden lang vergebens angesessen hatten. Die Wut der Polizisten kannte keine Grenzen mehr.

Er war der Herrscher über die Töpfe des Elysée

Marcel Le Servot, hier in seinem Reich, war Küchenchef mehrerer französischer Minister- und Staatspräsidenten. Zu seiner Brigade gehörten sieben Köche, zwei Zukkerbäcker und ein halbes Dutzend Jungköche, die bei ihm ihren Militärdienst ableisteten. Bei großen Empfängen im Elysée-Palais mit mehr als hundert Gästen war Schnelligkeit in der Küche oberstes Gebot. Die Essen durften nicht länger als eine Stunde und fünf Minuten dauern. FOTO: STUDIO X



HEINZ WEISSENBERGER, Paris

Marcel Le Servot war sein Leben lang die Diskretion in Person. So will er auch nach der Pensionierung nicht ein einziges Sterbenswörtchen über das Privatleben seiner Chefs oder über die Dinge, die er in 26 Jahren Dienst bei französischen Regierungs- und Staatschefs erlebte, verlauten lassen. Marcel Le Servot, der wohl am wenigsten bekannte unter den großen Köchen Frankreichs, ist mit 62 Jahren in den Ruhestand getreten.

Zehn Jahre lang hatte Le Servot, ein kleiner stämmiger Normanne, als Chefkoch an Bord des Flaggschiffs „Jean Bart" gekocht, dann holte ihn General de Gaulle, damals noch Ministerpräsident, 1958 als Leibkoch in seinen Amtssitz, das Hôtel Matignon. Der General war bei Besuchen an Bord der „Jean Bart" auf Le Servot aufmerksam geworden, der genau die gutbürgerlichen, herzhaften und einfachen Gerichte kochte, die de Gaulle liebte.

Das Idyll dauerte ganze sechs Monate, dann zog de Gaulle nach seiner Wahl zum Staatspräsidenten in das Elysée-Palais um. Er wollte Le Servot mit sich nehmen, doch das Protokoll blieb steif: Im Elysée gab es bereits einen Chefkoch. So blieb Le Servot im Hôtel Matignon, wo nacheinander die Ministerpräsidenten Debré, Pompidou und Couve de Murville amtierten. Erst 1969 holte ihn Pompidou ins Elysée-Palais, als er Nachfolger de Gaulles geworden war.

Im Elysée kochte Le Servot für drei Präsidenten: Pompidou, Giscard d'Estaing und François Mitterrand. Für den Koch hatten Pompidou und Mitterrand Ähnlichkeiten: „Sie liebten beide die ländliche Küche, gesottenes Kalbfleisch, Gulasch, Sülzen, Hirn zum Beispiel."

Giscard war für Le Servot etwas zu sehr der „Nouvelle Cuisine" zugetan: „Er wollte ständig Neues, ging oft in Restaurants, die gerade ‚in' waren, und wollte von mir die gleichen Gerichte, die er dort bekommen hatte."

. Le Servots Abgott de Gaulle kümmerte sich herzlich wenig um die Küche, er überließ dies seiner Frau Yvonne. Er hatte nur eine Schwäche: Suppen. Le Servot: „Suppen, Suppen und nochmals Suppen, selbst im heißen Hochsommer!"

Für die Essen im Elysée-Palais – oft sitzen bis zu 150 Personen am Tisch – gibt es nur eine feste Regel: Sie dürfen nicht länger als eine Stunde und fünf Minuten dauern. Aufgabe des Chefkochs ist es, zusammen mit dem Protokoll das Menü zusammenzustellen. Er muß auf zahlreiche „Tabus" achten, etwa Moslems kein Schweinefleisch zu servieren.

Für Le Servot war das kein Problem. Er hatte vor 12 Jahren den „Club der Chefs" gegründet, dem die Chefköche von etwa 40 Staatschefs angehören. Die Club-Mitglieder treffen sich einmal im Jahr in einer Hauptstadt der Welt, und dabei tauschen die Köche Rezepte und „Tips" über die Essensgewohnheiten ihrer Präsidenten, Fürsten und Könige aus.

Nach seiner Pensionierung zog sich Marcel Le Servot in seine schöne Villa nahe dem bretonischen Hafen Concarneau zurück. Dort haben seine Frau Ginette, mit der er seit 40 Jahren verheiratet ist, und sein dressierter Esel „Pompon" ihn ganz für sich. In den vergangenen 26 Jahren war Marcel, der allein in Paris lebte, nur am Wochenende nach Concarneau gefahren. (SAD)



Zwei Meister ihres Fachs: Marcel Le Servot (links) und Paul Bocuse FOTO: GAMMA STUDIO X

Philippinische Fähre mit 242 Mann gesunken

rtr. Manila

Eine philippinische Fähre mit fast 250 Menschen an Bord ist gestern unweit der Insel Marinduque in einem Hurrikan gesunken. Die Küstenwacht teilte mit, es seien bisher erst 96 Personen durch ein Fischerboot gerettet worden. Die „MV Venus" sei mit 200 Passagieren und 42 Besatzungsmitgliedern an Bord auf der Fahrt nach Manila gewesen.

Päckchen in die „DDR"

gi. Bonn

Pakete und Päckchen in die „DDR" und nach Ost-Berlin müssen oberhalb der Anschrift den Vermerk „Geschenksendung, keine Handelsware" tragen. Diesen und weitere Hinweise für Geschenksendungen in den anderen Teil Deutschlands enthält das neue Merkblatt des Gesamtdeutschen Instituts, das ab sofort an allen Postschaltern vorrätig ist.

Flüge Berlin–Münster

rtr. Berlin/West

Die britische Fluggesellschaft British Airways hat gestern vormittag mit Beginn des Winterflugplans den Linienflugverkehr von Berlin-Tegel nach Münster/Osnabrück aufgenommen. Die Strecke wird aus beiden Richtungen zweimal täglich von Montag bis Freitag bedient.

Girokonten in China

AP, Peking

Zum ersten Mal seit über 30 Jahren hat eine chinesische Bank jetzt wieder persönliche Scheckkonten eingerichtet. Wie die englischsprachige Tageszeitung „China Daily" gestern berichtete, hat die Industrie- und Handelsbank in Schanghai 87 Girokonten für Wissenschaftler, Ärzte, Intellektuelle und heimgekehrte Auslandschinesen eröffnet.

Massenkarambolage

dpa, Linz

Mindestens fünf Menschenleben und 25 Verletzte hat gestern eine Massenkarambolage auf der Autobahn Wien–Salzburg gefordert. Wie die Polizei mitteilte, rammte ein deutscher Sattelschlepper in der Nähe des Attersees einen auf dem Pannenstreifen abgestellten Wagen. Dabei stürzte der Sattelschlepper um und geriet auf die Nebenfahrbahn. Mehr als ein Dutzend Fahrzeuge fuhren auf.

Schach-Wunderkind

SAD, London

England hat ein neues Schach-Genie. Es ist der zwölfjährige Michael Adams aus Truro in Cornwall, der sich zum jüngsten internationalen Schachspieler der Welt qualifizierte, als er jetzt bei einem Turnier in London mit 2407 Punkten Schachmeister wurde. Der Schüler erreichte damit das Niveau vieler Großmeister.

Strafe fürs Füttern

dpa, Köln

Mit Geldbußen von 1000 Mark will die Stadt Köln das Füttern von Tauben stoppen. Große Scharen dieser Vögel sind für die Domstadt zum ernsten Problem geworden. Die Vögel würden Krankheiten und Ungeziefer übertragen, und Taubenmist schädige die Kunstdenkmäler, begründete die Stadtverwaltung ihr Vorgehen.

Zu schnell unterwegs

SAD, Paris

Als die französische Polizei einen Porsche, der mit 175 Stundenkilometern auf der Autobahn unterwegs war, stoppte, machte sie einen nicht alltäglichen „Fang": Die Fahrerin war gerade erst fünfzehn Jahre alt.

ZU GUTER LETZT

„Würde Ludwig Erhard noch leben, er müßte sich bestimmt im Grab herumdrehen." Der Generalsekretär der FDP, Helmut Haussmann, in einem Vortrag anläßlich eines Parlamentarischen Gästeabends in Bonn.

WETTER: Herbstlich

Wetterlage: Während der Norden Deutschlands von atlantischen Tiefausläufern gestreift wird, bleibt Süddeutschland unter dem Einfluß eines Hochdruckkeils.



29. Oktober 1984, 8 Uhr, Deutscher Wetterdienst

Stationen: 12 bedeckt, West Stärke 5, 16°C. bedeckt, still. Nebel. Sprühregen. Regen. Schneefall. Schauer. Gebiete: Regen. Schnee. Nebel. Frostgrenze. H-Hoch- T-Tiefdruckgebiete. Luftströmung: warm, kalt. Fronten: Warmfront, Kaltfront, Okklusion. Isobaren: Linien gleichen Luftdruckes (1000mb–750mm)

Vorhersage für Dienstag:

In Norddeutschland stark bewölkt und gelegentlich Regen. Um 13 Grad. Im Westen und in Berlin wolkig mit Aufheiterungen und trocken. Nachmittags bei 16 Grad. Nächtliche Tiefstwerte um 9 Grad, schwacher Südwestwind. Im Süden gebietsweise länger andauernder Nebel. Nach dessen Auflösung sonnig. Höchsttemperaturen 10 bis 14 Grad, nachts plus 3 bis minus 2 Grad.

Weitere Aussichten:

Wenig Änderung.

Temperaturen am Montag, 13 Uhr:

Berlin	10°	Kairo	26°
Bonn	11°	Kopenh.	10°
Dresden	9°	Las Palmas	23°
Essen	11°	London	17°
Frankfurt	7°	Madrid	15°
Hamburg	10°	Mailand	14°
List/Sylt	13°	Mallorca	20°
München	7°	Moskau	4°
Stuttgart	8°	Nizza	19°
Algier	20°	Oslo	8°
Amsterdam	14°	Paris	14°
Athen	22°	Prag	2°
Barcelona	18°	Rom	19°
Brüssel	13°	Stockholm	8°
Budapest	12°	Tel Aviv	27°
Bukarest	14°	Tunis	19°
Helsinki	3°	Wien	4°
Istanbul	20°	Zürich	6°

Sonnenaufgang* am Mittwoch: 7.13 Uhr, Untergang: 16.57 Uhr; **Mondaufgang:** 14.39 Uhr, Untergang: 22.47 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

„Transplantationsmedizin steht erst am Anfang"

PETER SCHMALZ, München

An Liebe gebrochene Herzen sind der Schlagertexter schnulzige Freude und füllen mehr klang- als sinnvoll die Hitparaden. Am Leben zerbrochene Herzen sind dagegen in der Regel tödlich und führen nur sehr selten zum Ruhm. Der weithin gute Ruf des Münchner Klinikums Großhadern, das in diesen Tagen sein zehnjähriges Jubiläum feiert, lebt in nicht geringem Maße von diesem Herzens-Ruhm: In keinem anderen deutschen Krankenhaus wurden soviele erfolgreiche Herzverpflanzungen durchgeführt. Allein Professor Bruno Reichart hat hier 23 Herzen und zweimal sogar Herz und Lunge transplantiert, ehe er im vorigen Monat als Barnard-Nachfolger ans Groote-Schuur-Hospital nach Kapstadt wechselte.

Ob Herz, Niere, Leber oder Bauchspeicheldrüse – die Mediziner haben mit Organverpflanzungen Erfolge, von denen sie vor wenigen Jahren noch nicht zu träumen wagten. Und die Entwicklung schreitet rasant voran. „Die Transplantationsmedizin steht erst am Anfang", meinte Professor Walter Land, Direktor des Transplantationszentrums in Großhadern, gestern in München. „Dieses Fach wird sich dramatisch entwickeln."

Ein wahrer Boom wird bei Nierenverpflanzungen registriert. Wurden 1970 in der Bundesrepublik nur 61 dieses bohnenförmigen Organs übertragen, waren es nur dreizehn Jahre später schon 1027. Und die Warteliste wächst beängstigend: 1970 waren 745 chronisch Nierenkranke bekannt, Ende letzten Jahres waren es bereits 17 000, zu denen jährlich 2400 neue hinzukommen. Der Grund für den explosionsartigen Zuwachs: Der früher zum Sterben verurteilte Nierenkranke überlebt heute dank moderner Dialyseverfahren, die jährlichen Nierenerkrankungen sind dagegen mit 50 bis 60 pro einer Million Einwohner seit längerer Zeit konstant.

Obwohl die Operationskapazität der 21 deutschen Transplantationszentren fortwährend steigt, wächst die Warteliste. „Die Schere zwischen Operationen und Transplantationsfähigen wird immer größer", meinte Professor Land. Der Grund: Es gibt zuwenig Spenderorgane.

Dabei, so loben die Ärzte, hat die Spendebereitschaft in der Bevölkerung erfreulich zugenommen, ein weit größeres Problem sind die Kollegen in den weißen Kitteln. Professor Land: „Wir wünschen uns, daß alle Krankenhäuser jeden für eine Entnahme geeigneten Patienten melden. Aber da herrscht bei einigen Chefärzten noch eine Scheu."

Manche Klinikleiter befürchten, sie könnten in den Ruf einer „Ausschlacht-Klinik" geraten, vermutet Bayerns Sozialminister Franz Neubauer. Ein anderes Motiv, so Professor Land gestern, ist die noch häufig zu beobachtende Unsicherheit mancher Ärzte bei der exakten Todesbestimmung.

In Bayern, wo erst 25 Kliniken mit den beiden Transplantationszentren in Großhadern und in Erlangen eine enge Zusammenarbeit auf diesem Gebiet eingegangen sind, soll demnächst ein Poster, das allen Krankenhausärzten zugeschickt wird, vor Ort aufklären. Die medizinisch heute weitgehend problemlosen Nierentransplantationen haben zwei beachtliche Vorteile. Zum einen wird der Empfänger von der zeitraubenden, gesundheitlich wie seelisch strapaziösen Dialyse erlöst. Zum anderen werden auch die Behandlungskosten drastisch gesenkt. Die Heimdialyse kostet im Jahr etwa 60 000 Mark, die gleiche Behandlung im Krankenhaus sogar 100 000 Mark. Für eine Nierenverpflanzung mit Nachbehandlung müssen aber nur 50 000 Mark gezahlt werden. Sozialminister Neubauer: „Bei einer dreijährigen Funktion des übertragenen Organs können somit pro Transplantation zwischen 180 000 und 250 000 Mark eingespart werden."

Neubauer hofft, daß eine Bewußtseinsänderung bei den Angehörigen der Betroffenen zu einem spürbaren Abbau der Warteliste führt: Wenn Blutsverwandte eine ihrer beiden Nieren dem kranken Verwandten spenden, kann die Transplantation unverzüglich vorgenommen werden. Nach Angaben von Professor Land werden in den USA 60 Prozent aller Nierenverpflanzungen durch solche Lebendspender-Nieren ermöglicht, in der Bundesrepublik dagegen nur drei Prozent.

Inzwischen bereitet sich das Münchner Klinikum auf ein neues Transplantations-Abenteuer vor: In den nächsten Tagen soll in einer 12- bis 16stündigen Operation eine Leber verpflanzt werden. Dieser Eingriff wurde in Deutschland bisher nur in Hannover gewagt.

